Mai/Juni 2019 Nr. 3 74. Jahr €14,90 CH: CHF 24,90 A: €17,00 L: €17,50 2728

IP

INTERNATIONALE POLITIK

Griff nach den Sternen

Daten zählen
Thomas Straubhaar erklärt ökonomischen Nationalismus

Staaten quälen
Timothy Snyder über die Feinde der Demokratie

Europa wählen
Heinrich August Winkler zur Zukunft der EU

Goldene Zeiten?

Martin Bialecki
Chefredakteur

Es geht ihr nicht gut, der EU. Und jetzt muss sie auch noch wählen. Diese Wahl zum Europäischen Parlament wird zwar weder Spontanheilung noch Schlusspfiff sein, so funktionieren politische Prozesse auch in Zeiten entgrenzter Beschleunigung nicht. Aber sie wird Antworten geben: Welche Europäische Union wollen wir denn nun?

Dass viel auf dem Spiel steht, ist banal. Es sind nur alle so müde. Dabei ginge es vor allem ums Zähmen. Und ums Loslegen, beherzt und mit langem Atem.

Zu zähmen wäre die schnelldrehende Utopie, Europa könne sich ohne Trumps Amerika hurtig eine strategische Autonomie zimmern. Dann die Bestie des Populismus, feist genährt von den Orbáns, Salvinis und Weidels; getragen vom so menschlichen wie infantilen Impuls, sich in allzu komplexer Gegenwart am Feuer der einfachen Lösung zu wärmen, in das man simpel Scheit um Scheit werfen kann. Dabei ist das insulare Heilsversprechen von Abschottung und Homogenität in dieser verwobenen Welt gar nicht einzulösen.

Zu zähmen wäre auch die grassierende Schmerzfreiheit, mit der Europa seinen Fragmentierungen beiwohnt, denen seiner Werte, seiner Ordnung, seines Gemeinsinns – Ost gegen West, Nord gegen Süd. Fast wehrlos nimmt dieser herrliche Kontinent sein Verwaschen in eine Urlaubsdestination hin, gerne bereist von Chinesen und Amerikanern als die hermetische Verschränkung eines üppig ausgestatteten Themenparks mit einem Museum der alten Welt; wahnsinnig romantisch, aber gänzlich erstarrt.

Stattdessen? Realitätssinn und Optimismus. Pragmatismus, Unterhaken und Solidarität. Transparenz gemeinsamer Ziele. Begeisterung und ganz, ganz viel Erklären: So könnte das gehen.

Wie viele Chancen dieses Europa hat! Es muss sich nur endlich entscheiden, was es will.

Ihr

IP

Inhalt

5 **IP-Forsa-Frage**: Was soll aus Europa werden?

SCHWERPUNKT
Griff nach den Sternen

8 **Die verdrängte Finalität**
Wir brauchen ein Ziel für den Einigungsprozess.
Von Heinrich August Winkler

14 **Einfach machen!**
An einem wirklich föderalen Europa führt kein Weg vorbei. *Von Brendan Simms und Benjamin Zeeb*

19 ***Europa 2040:* Spielarten des Scheiterns**
Szenario1: Wie die EU untergehen könnte.
Von Jan Zielonka

24 ***Europa 2040:* Kontinent der Wahl**
Szenario 2: Ein ganz normaler Tag im „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“. *Von Almut Möller*

29 ***Europa 2040:* Glück gehabt**
Szenario 3: Wie die EU doch noch zur regionalen Ordnungsmacht wurde. *Von Jan Techau*

34 **„Wir sind auf Augenhöhe“**
Was Europa gefährdet und was die EU stärkt.
Ein Interview mit Günther Oettinger

37 **Zeit, dass sich was dreht**
Sieben Vorschläge, wie wir die EU besser machen können. *Von Sophie Pornschlegel*

42 **Ein strategischer Baustein**
Warum wir einen Europäischen Sicherheitsrat brauchen. *Von Ulrich Speck*

Ratlos in Berlin

46 **Gefährliche Stille**
Deutschland muss seine Interessen und Werte vertreten. *Von Bruce Jackson*

54 **Doch so verschieden**
Eine deutsch-französische strategische Kultur ist weit entfernt. *Von Barbara Kunz*

59 **Die Welt der AKK**
Was bewegt Deutschlands mögliche Kanzlerin? *Von Andreas Rinke*

65 **Gegen Schwurbel-Politik**
Wider die „Verantwortung"? Thorsten Benner irrt. *Von Thomas Kleine-Brockhoff*

Gegen den Strich

70 **Soziale Medien**
Acht Thesen auf dem Prüfstand. *Von Christoph Koch*

Weltwirtschaft

76 **Global, digital – national**
Der polit-ökonomische Zeitgeist und die Demokratie. *Von Thomas Straubhaar*

Perspektiven auf Afrika

82 **Eine neue Partnerschaft**
Deutschland und Afrika könnten viel zusammen erreichen. *Von Albrecht Conze*

87 **In der zweiten Reihe**
Afrika und Deutschland nehmen einander nicht sehr wichtig. *Von Dominic Johnson*

Venezuela

90 **Comandante der Herzen**
Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" ist gescheitert. *Von Thomas Fischermann*

Italien

96 **Europas Achillesferse**
Die Euroskepsis des Landes hat eine gewisse Tradition. *Von Andrea Affaticati*

Zur Ordnung

100 **„Optionen gibt es immer"**
Demokratien, Spieler, Schiedsrichter. *Timothy Snyder im Gespräch*

106 **Mehr Gelassenheit**
Für Realismus statt Sanktionsdrohungen bei Nord Stream 2. *Von Friedbert Pflüger*

Werkstatt Europa

111 **Russland und der Westen**
Brauchen wir eine neue Ostpolitik? *Von Ralf Fücks und Nikolaus von Twickel*

Digitale Welt

116 **Der smarte Osten**
Neue Technologien verändern die arabische Welt. *Von Ayad Al-Ani*

Essay

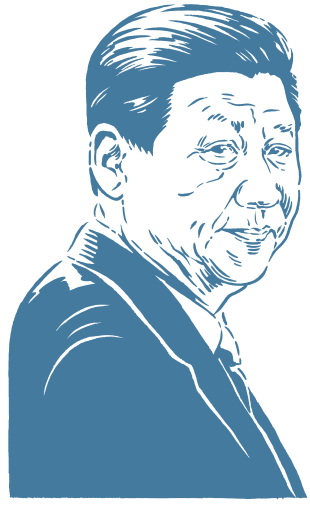
121 **Wider die Faschismuskeule**
Platte Pauschalisierungen helfen gegen Rechtspopulisten kaum. *Von Carlo Moos*

128 Brief aus … Tunis
130 Presseschau Algerien
134 Buchkritik
143 Schlusspunkt
144 Impressum

Am 23. März 2019 schloss mit Italien der erste G7-Staat und ein EU-Gründungsmitglied einen Vertrag über die Teilnahme an Chinas milliardenschwerem Infrastrukturprojekt Belt and Road Initiative (BRI) – ein Erfolg für Pekings Machtambitionen, während es der EU abermals nicht gelang, gegenüber der Volksrepublik mit einer Stimme zu sprechen.

EREIGNIS IN ZAHLEN

Italien schließt sich der BRI an



Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte unterzeichnete mit Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping insgesamt **29** Vereinbarungen, davon **10** verbindliche Wirtschaftsabkommen. Die neue Kooperation mit einem Volumen von **2,5** Milliarden Euro wurde nicht zuletzt vom zur Lega gehörenden Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Michele Geraci, vorangetrieben.

Peking will unter anderem in die Häfen von Genua und Triest investieren. Das wirtschaftlich gebeutelte Italien erhofft sich im Gegenzug Aufträge für den Bau von Stahlfabriken und Gasnetzen in China. Bislang betrugen die italienischen Exporte nach China nur **19** Milliarden Euro (2018), wobei Italien – wie fast alle europäischen Staaten – ein Handelsdefizit zu verzeichnen hat. Deutschlands Handelsvolumen beläuft sich auf fast **200** Milliarden Euro.

Bei seinem anschließenden Besuch in Paris schloss Xi **15** weitere Wirtschaftsverträge mit einem Volumen von insgesamt **40** Milliarden Euro ab, vor allem für die Lieferung von Airbus-Flugzeugen. Beim gemeinsamen Gipfel mit Xi signalisierten Emmanuel Macron, Angela Merkel und Jean-Claude Juncker Bereitschaft zu einer engeren Zusammenarbeit mit China und schlossen auch eine Teilnahme an der BRI nicht aus. Bedingungen seien jedoch gegenseitiger Marktzugang und dass China die Einheit der EU respektiere, so Macron.

Die 2013 von Xi initiierte BRI ist das bislang wichtigste geopolitische Projekt des 21. Jahrhunderts. Entlang der geplanten Route von China bis nach Afrika und Europa leben **4,4** Milliarden Menschen in **65** Ländern. Die EU-Mitglieder Griechenland, Polen und Ungarn hatten sich dieser neuen Seidenstraße bereits angeschlossen.

© Illustration: Roland Brückner

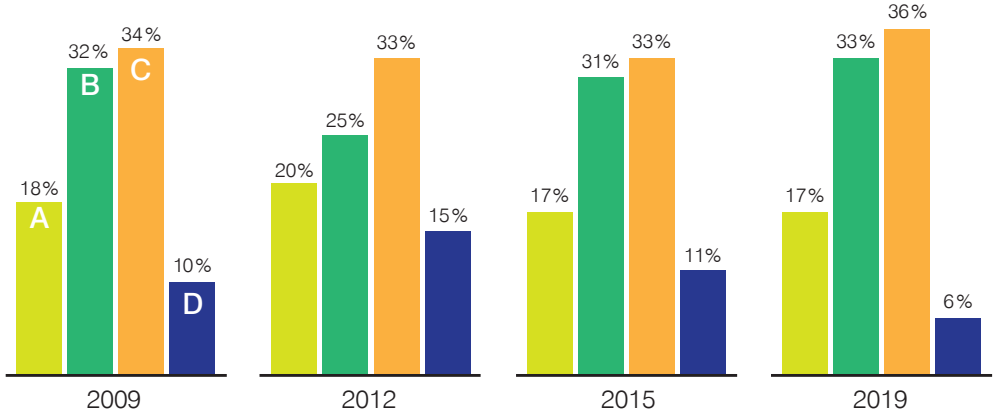
„Sollten einige Länder glauben, man kann mit den Chinesen clevere Geschäfte machen, werden sie sich wundern."

BUNDESAUSSENMINISTER HEIKO MAAS

IP-FORSA-FRAGE

Die Europäische Union sollte …

A sich zu einem Bundesstaat mit einer eigenen Regierung entwickeln
B so bleiben, wie sie zurzeit ist
C wieder eine reine Wirtschaftsgemeinschaft werden
D sich auflösen



Vor dem Hintergrund des Brexit und einem erstarkten Populismus in Europa spricht sich die Hälfte der Befragten für den Erhalt der EU in ihrer jetzigen Form (33 Prozent) beziehungsweise eine weitere Integration und Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene aus (17 Prozent). Während die Zahl der Unterstützer einer noch stärker integrierten EU gegenüber 2015 stagniert und im Vergleich zu früheren Jahren fällt, wächst die Zustimmung zum Status quo mit 33 Prozent (gegenüber 31 Prozent 2015 und 25 Prozent 2012).

Unter denjenigen, die eine noch engere EU befürworten, sind Anhänger der Grünen (29 Prozent), der FDP (25 Prozent), der SPD (21 Prozent) und von der Linken (20 Prozent) überdurchschnittlich stark vertreten. Dagegen sind nur 11 Prozent der CDU/CSU-Anhänger für eine föderale, bundesstaatlich verfasste EU. Die große Mehrheit der Unions- (45 Prozent), aber auch der Grünen-Wähler (47 Prozent) wünscht sich dagegen den Erhalt des Status quo in Europa.

SPD-Wähler sind hingegen mehrheitlich für eine Rückbesinnung der EU auf eine Wirtschaftsgemeinschaft (37 Prozent) – eine Position, die auch unter Anhängern der FDP (44 Prozent), der Linken (32 Prozent) und der Alternative für Deutschland (64 Prozent) die meisten Befürworter findet. Dass sich die EU auflösen solle, findet in allen Wählergruppen die geringste Unterstützung; lediglich AfD-Wähler (15 Prozent) befürworten dies in nennenswerter Zahl. Durchschnittlich 6 Prozent Unterstützung für ein Ende der EU ist zudem der niedrigste seit Beginn der IP-Forsa-Umfrage ermittelte Wert.

Datenbasis: 1001 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: +/– 3 Prozentpunkte. Erhebungszeitraum: 2. bis 3. April 2019. Quelle: Forsa

Bild n
Printausgab

nur in
be verfügbar

Griff nach den Sternen

Die EU wird sich verändern müssen, selbst wenn sie „nur“ das Erreichte erhalten will. Das gilt ganz unabhängig vom Ausgang dieser Europawahl, bei der so viel auf dem Spiel steht. So könnte es mit Europa weitergehen: Anregungen und Denkanstöße.

Die verdrängte Finalität

Es war ein Fehler, kein Ziel für den Einigungsprozess der EU zu formulieren. Davon haben die Nationalisten profitiert. Ein Plädoyer für mehr Ehrlichkeit

Von Heinrich August Winkler

Von allen deutschen Parteien hat sich keine im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament so ambitiös geäußert wie die FDP. In ihrem Ende Januar 2019 verabschiedeten Wahlprogramm fordert sie die Einberufung eines (zweiten) europäischen Verfassungskonvents bis spätestens 2022. Und auch der Auftrag der Konstituante wird eindeutig festgelegt: Sie soll ein Europa schaffen, das demokratisch, dezentral und bundesstaatlich verfasst ist.

Das noble Ziel, den bestehenden Staatenverband in einen Bundesstaat zu verwandeln, ist in den vergangenen Jahren nur noch selten beschworen worden. Die deutsche Bundeskanzlerin hat zuletzt in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* vom Januar 2012 ihre Vorstellungen von einer föderativen Zukunft der Europäischen Union skizziert: Im Laufe eines langen Prozesses würden die Mitgliedstaaten der EU mehr Kompetenzen an die Kommission abgeben, „die dann für die europäischen Zuständigkeiten wie eine europäische Regierung funktioniert. Dazu gehört ein starkes Parlament. Die gleichsam zweite Kammer bildet der Rat mit den Regierungschefs. Und schließlich haben wir den Europäischen Gerichtshof als oberstes Gericht. Das könnte die Gestalt der Politischen Union Europas sein, in einiger Zukunft, wie gesagt, und nach vielen Zwischenschritten."

Eineinhalb Jahre später, während des Bundestagswahlkampfs im August 2013, setzte Angela Merkel in einem Interview mit dem Fernsehsender Phoenix deutlich andere Akzente: „Mehr Europa ist mehr als nur eine Verlagerung einer Kompetenz vom Nationalstaat nach Europa, sondern ich kann auch mehr Europa haben, indem ich mich in meinem nationalen Handeln strenger und intensiver darauf einlasse, das mit anderen zu koordinieren. Das ist auch eine andere Form von mehr Europa." Vierzehn Jahre nach dem Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion begann sich die deutsche Position auf dem Gebiet der Europapolitik der britischen anzunähern. Der Wunsch, Großbritan-

nien in der EU zu behalten, war ein wesentlicher Grund für Merkels Bekenntnis zum Intergouvernementalismus. Die Kurskorrektur der Kanzlerin war auch ein Signal an den im Mai 2012 gewählten französischen Staatspräsidenten François Hollande, mit dem sich bisher keine Übereinstimmung in Sachen Politische Union und Reform der EU hatte erzielen lassen. Nicht zufällig verwies Merkel in dem Phoenix-Interview auf das Beispiel der Niederlande. Deren Außenminister Frans Timmermans hatte im Juni 2013 in einem Brief an die Abgeordneten des Parlaments in Den Haag erklärt, die Zeit einer immer engeren Union in jedem möglichen Politikfeld sei abgelaufen. Künftig solle die Devise gelten: „National, wo es möglich ist, europäisch, wenn es sein muss."

Das Demokratiedefizit

Der damalige niederländische Außenminister, spätere Vizepräsident der EU-Kommission und heutige Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten sprach aus, was die meisten europäischen Regierungen dachten. Interpretiert man die Formel der „ever closer union" im Sinne einer bundesstaatlichen Vertiefung der Europäischen Union, ist heute mit Zustimmung vielleicht noch in Luxemburg und Belgien und in Teilen der deutschen Öffentlichkeit zu rechnen, aber kaum irgendwo sonst. Wer wie die FDP in ihrem Wahlprogramm die Mitgliedstaaten der EU auf dieses Ziel einschwören möchte, führt Europa nicht enger zusammen, sondern spaltet es. Dass dem so ist, ist keine Folge des europaweit erstarkenden Nationalpopulismus. Es ist vielmehr eine Konsequenz des Demokratiedefizits der EU oder, anders gewendet, der fortschreitenden Verselbständigung der europäischen Exekutivgewalt – einer Entwicklung, die mit dem Vertiefungsschub von Maastricht Ende 1993 in ein neues Stadium getreten ist und in vielen Staaten populistischen Anti-EU-Parteien kräftigen Auftrieb gegeben hat.

Populistische Anti-EU-Parteien wurden nach 1993 stärker

Eine oft gehörte Antwort auf die Frage, wie sich das Demokratiedefizit der EU beheben lasse, lautet, es gelte, das Europäische Parlament zu stärken und so die Europäische Union Schritt für Schritt zu parlamentarisieren. Gegen diese Forderung spricht, dass das Europäische Parlament über eine geringere demokratische Legitimation verfügt als nationale Parlamente. Wäre das Straßburger Parlament nach dem demokratischen Prinzip „one person, one vote" zusammengesetzt, müsste es, um auch der Bevölkerung kleiner Mitgliedstaaten eine angemessene Vertretung zu verschaffen, mehrere tausend Abgeordnete umfassen; es wäre also nicht arbeitsfähig. Es gibt mithin gute, ja zwingende Gründe, die kleineren Staaten auf Kosten der größeren zu bevorzugen.

Angesichts der immer noch begrenzten Rechte des Europäischen Parlaments ist dieser Mangel an demokratischer Legitimation hinnehmbar. Geleugnet werden aber darf er nicht. Denn nach wie vor gilt, was der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm 2015 so formuliert hat: „Die EU hat keine ausreichenden Ressourcen für eine Eigenlegitimation. Sie wird noch für längere Zeit von der Legitimation abhängen, die ihr die Mitgliedstaaten zuführen. Eine Vollparlamentarisierung würde diese aber gerade abschnüren. Sie liegt daher nicht im demokratischen Interesse."

„Mehr Europa“ auch um den Preis von weniger Demokratie: Eine solche Politik zu betreiben, heißt dem europäischen Projekt zu schaden. Wer dieses Projekt den Grundprinzipien der Demokratie entsprechend weiterentwickeln will, muss konsequenterweise die „Integrationsverantwortung“ der nationalen Parlamente stärken. (Es war das Bundesverfassungsgericht, das diesen Begriff in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag im Juni 2009 in die öffentliche Debatte eingeführt hat). Die europapolitischen Entscheidungen der nationalen Parlamente lassen sich besser koordinieren und synchronisieren; ein gemeinsamer Ausschuss könnte dabei hilfreich sein. Von der demokratischen Legitimation der europäischen Politik hängt ihr Rückhalt in den Staaten ab, aus denen die Union besteht. Wer meint, das Europäische Parlament könne längerfristig an die Stelle der nationalen Parlamente treten, jagt einer ahistorischen Utopie nach und fördert wider Willen, was er zu bekämpfen glaubt: den Nationalismus.

In Paris wie in Berlin klafft eine Lücke zwischen Wort und Tat

Die Freunde Europas haben Grund zur Selbstkritik. Die nationalistischen Parteien hätten nicht so viel Zulauf, wären die Befürworter der europäischen Integration Grundsatzfragen wie der nach der Zukunft der Nationen und der Nationalstaaten in einem vereinten Europa und damit nach der Finalität des Einigungsprozesses nicht seit Langem beharrlich ausgewichen. Der Paradigmenwechsel von der „ever closer union“ zur „ever closer cooperation“, den auch Deutschland, vertreten durch seine Kanzlerin, vollzogen hat, ist ganz beiläufig erfolgt; er war nicht Gegenstand einer Regierungserklärung und klärender Parlamentsdebatten. Die europapolitischen Initiativen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron vom Sommer 2017 blieben nicht nur deswegen unbeantwortet, weil in Deutschland erst eine Bundestagswahl und dann langwierige Koalitionsverhandlungen anstanden. Es fehlte vielmehr im Kanzleramt wie in den Parteizentralen der Großen Koalition an strategischer Klarheit über das, was Deutschland wollen sollte.

Es ist so einfach, das Blaue vom Himmel zu versprechen

Europawahlen verleiten die Parteien sehr viel stärker als nationale Wahlen dazu, ihren Anhängern sprichwörtlich das Blaue vom Himmel zu versprechen. Die Propagierung des Bundesstaats Europa durch die FDP ist da nur ein aktuelles Beispiel. Die Grünen etwa fordern ein europäisches Einwanderungsgesetz, die Partei Die Linke eine einmalige Millionärsabgabe in allen EU-Staaten, ein Verbot von Rüstungsexporten und die Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex sowie des Grenzüberwachungssystems EUROSUR, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer wie die SPD einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die SPD überdies die Umwandlung des Europatags 9. Mai in einen gemeinsamen europäischen Feiertag.

Plausibler klingt die Forderung der Sozialdemokraten, im europäischen Ministerrat bei außenpolitischen Entscheidungen das Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Doch abgesehen davon, dass diese Änderung erst einmal einstimmig beschlossen werden müsste, drängt sich noch ein anderer Einwand auf: Wie sich im Herbst 2015 während der Migrations-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

krise gezeigt hat, können politisch umstrittene Mehrheitsentscheidungen vorhandene Spaltungen noch vertiefen. Eine einende Wirkung darf man sich von der Abschaffung der Einstimmigkeit also kaum versprechen.

Anlässlich einer Europawahl der Öffentlichkeit wohlklingende, aber praktisch kaum durchsetzbare Vorschläge zu unterbreiten, ist keine deutsche Spezialität. Wenn Emmanuel Macron sich Anfang März in seinem „Brief an die Europäer" für einen „an jedes Land angepassten und jedes Jahr gemeinsam neu verhandelten Mindestlohn" ausspricht, hofft er, nicht nur im eigenen Land links der Mitte Zustimmung zu finden. Aber er wird kaum annehmen, dass ein Land wie Bulgarien sich mit einer Regelung einverstanden erklärt, die nach eigener Einschätzung zu Lasten seiner Wettbewerbsfähigkeit gehen würde. Sollen andere, wirtschaftlich stärkere Länder, obenan Deutschland und Frankreich, in die Bresche springen? Das bleibt offen.

Was die europafreundliche Rhetorik angeht, übertrifft Macron alle anderen Staats- und Regierungschefs der EU. Aber wenn er von europäischer Souveränität und einer europäischen Armee spricht, ist damit keine Preisgabe französischer Hoheitsrechte gemeint. Die alleinige Verfügungsmacht Frankreichs über seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und seine Atomwaffen ist sakrosankt. Was bei Macron supranational klingt, sind in Wirklichkeit vieldeutige Metaphern.

Auf die Kunst, europäisch zu reden und national zu handeln, verstehen sich deutsche Politiker freilich auch. Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 ist dabei ein besonders eklatantes, parteiübergreifendes Beispiel. Wenn die SPD eine gemeinsame, parlamentarisch kontrollierte Armee fordert, denkt sie wohl kaum an die Aufgabe des deutschen Parlamentsvorbehalts in Sachen Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr – es sei denn, es gelänge, alle europäischen

Staaten auf ein analoges Vorbehaltsrecht des Europäischen Parlaments zu verpflichten, wehrpolitisch also ein „deutsches Europa“ zu schaffen.

In Sachen Asyl und Migration gilt Ähnliches: Wie 2015 gibt es auch heute noch eine linke Neigung, Deutschland in den Rang der moralischen Leitnation Europas zu erheben. Im 19. Jahrhundert wurde in Deutschland gern ein auf die Konservativen gemünzter Spottvers aus dem 1826 verfassten „Nachtwächterlied“ von Adelbert von Chamisso zitiert: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Inzwischen scheint sich Deutschland links von der Mitte an einer leicht abgewandelten Devise zu orientieren: „Und Europa absolut, wenn es unsern Willen tut.“

Ein Gegengewicht zu den „illiberalen Demokratien“ schaffen

Von einigen wirklich brennenden Fragen ist im deutschen Europawahlkampf 2019 nur selten die Rede. Ist die Europäische Union noch eine Wertegemeinschaft? Gegen die offene Missachtung der Rechtsstaatsregeln, wie sie in den Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993 und dem Lissabon-Vertrag von 2009 niedergelegt sind, durch Ungarn, Polen und Rumänien hat die EU bislang nicht viel ausrichten können. Was bleibt vom Postulat, Europa müsse in wichtigen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme sprechen, wenn einige Mitgliedstaaten sich wirtschaftlich vom Russland Putins oder der Volksrepublik China so abhängig gemacht haben, dass sie moskau- oder pekingkritische Beschlüsse der Gemeinschaft nicht mehr mittragen wollen oder können und deshalb immer wieder blockieren? Was will die EU dem Unilateralismus Donald Trumps entgegensetzen, wenn sie selbst in grundlegenden normativen Fragen so zerstritten ist wie gegenwärtig? Was bleibt von der Idee eines avantgardistischen Kerneuropa, wenn selbst ein Gründungsmitglied der Europäischen

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Wirtschaftsgemeinschaft und der Währungsunion wie Italien auf Kollisionskurs zu Brüssel und zum gemeinsamen Regelwerk der EU geht?

Da Änderungen der verfassungsähnlichen europäischen Verträge der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedürfen, ist es in den meisten Fällen eine Illusion, offenkundige Missstände auf dem Weg der Vertragsänderung beseitigen zu wollen. Aber nichts hindert die im weitesten Sinn liberalen Demokratien innerhalb der EU daran, enger zusammenzuarbeiten und so ein Gegengewicht zu den „illiberalen Demokratien" zu schaffen, ehe sich deren Zahl, ob mit oder ohne den Beitritt von so problematischen Kandidatenstaaten wie Serbien, noch vergrößert.

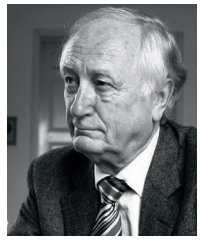
Eine bessere Abstimmung der liberalen Demokratien ist aber auch über den Rahmen der EU hinaus dringend erforderlich. Großbritannien bliebe auch nach einer Trennung von der Europäischen Union durch seine politische Kultur den Staaten der Europäischen Union eng verbunden. Dasselbe gilt für die einstigen britischen Siedlungskolonien Kanada, Australien und Neuseeland. Und es gilt, trotz Donald Trump, für die Vereinigten Staaten von Amerika. Nicht nur auf dem Gebiet der Verteidigung bleibt Europa auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA angewiesen. Was wir so gern die „europäischen Werte" nennen, sind in Wahrheit westliche, im hohen Maß von Amerika geprägte Werte. Wenn der Westen noch eine Zukunft haben soll, müssen die liberalen Demokratien Europas einer weiteren transatlantischen Entfremdung mit aller Kraft entgegenwirken.

Populisten profitieren von den Fehlern der liberalen Demokraten

Populisten und Nationalisten sind Nutznießer von Versäumnissen und Fehlern der Verteidiger der liberalen Demokratie. Ein besonders schwerwiegender Fehler war und ist es, der Frage nach der Finalität des europäischen Einigungsprozesses auszuweichen, ja sie zu verdrängen. Die Europäische Union ist ein Staatenverbund postklassischer Nationalstaaten. Postklassische Nationalstaaten unterscheiden sich von den älteren, klassischen, voll souveränen Nationalstaaten dadurch, dass sie einige ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben und andere auf supranationale Einrichtungen übertragen haben.

Wer die Parole ausgibt, es gelte, die Nationalstaaten in einem vereinigten Europa aufzulösen, übersieht, dass die überwältigende Mehrheit der Europäerinnen und Europäer gar nicht daran denkt, ihren historisch gewachsenen Nationalstaat aufzugeben. Zudem bildet der Nationalstaat in Europa bis heute den sichersten Hort von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie. Um diese Errungenschaften zu bewahren und weiterzuentwickeln, bedarf es einer immer engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten, die sich zu diesen Werten bekennen.

Dieses Ziel ist bescheidener als das eines europäischen Bundesstaats oder einer europäischen Republik. Aber es ist realistischer und demokratischer als jede nur vermeintlich europafreundliche Utopie.



Prof. Dr. Heinrich August Winkler lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Herbst erscheint „Werte und Mächte. Geschichte des Westens" in einem Band.

Einfach machen!

Die „Methode Monnet“ ist am Ende, die EU in der Dauerdepression. An einem wirklich föderalen Europa führt kein Weg vorbei

Von Brendan Simms und Benjamin Zeeb

Wie man es dreht und wendet: Es sieht nicht gut aus für Europa. Die vielleicht einmalige historische Chance, den Kontinent infolge der Finanz- und Währungskrise politisch zu vereinen, wurde leichtfertig verspielt. Die transatlantische Ordnung, Garant für Wohlstand und Sicherheit seit Ende des Zweiten Weltkriegs, zeigt Auflösungserscheinungen. Die Innovationskraft ist auf einen Stand gefallen, dass Debatten darum kreisen, ob kritische Infrastruktur ausschließlich aus den USA oder vielleicht doch auch aus China importiert werden darf. Dazu kommen der Brexit, eine nach wie vor fragile Währungsunion, deren Festigkeit spätestens mit der nächsten Rezession auf eine schwere Probe gestellt werden wird, das politische Versagen in der Rüstungspolitik, das moralische Versagen im Mittelmeer und eine immer konfusere politische Kultur, deren Fähigkeit zum rationalen Diskurs schwindet.

Kurz: Was noch vor wenigen Jahren als undenkbare, ja untragbare Entwicklung ins Reich der Fantasie verbannt worden wäre, ist heute mit erschreckender Selbstverständlichkeit als neuer Normalzustand anerkannt. In Berlin wie in Brüssel hat man sich mit alldem arrangiert. Fehlende Handlungsfähigkeit wird weniger schmerzlich wahrgenommen in einer Welt, in der Kompromissfähigkeit zum obersten Prinzip erhoben wurde. Der mühsam ausgehandelte Deal, der Weg des geringsten Widerstands, die Option mit den wenigsten Gegnern tritt an die Stelle widerstreitender Positionen und dem offenen Kampf um Mehrheiten. So entsteht ein nie enden wollendes Innehalten: lieber stehen bleiben, als zu riskieren, ein paar Schritte in die falsche Richtung zu gehen. Es gibt kein Wort dafür, wenn politische Gebilde derart unproduktiv und richtungslos um sich selbst kreisen. Bei einem Menschen würde man wohl von Depression sprechen.

Angesichts der Lethargie drohen die anstehenden Europawahlen zur Katastrophe zu werden. Es ist fraglich, ob die wohl auch diesmal geringe Beteili-

gung und die zu erwartenden Gewinne populistischer Parteien zu einem Umdenken führen werden. Wahrscheinlicher ist, dass man sich wieder auf den Standpunkt zurückziehen wird, man habe die Vorteile der EU einfach nicht hinreichend kommuniziert: Die Leute hätten noch immer nicht richtig verstanden, was sie an Europa haben. Wenn überhaupt, so seien externe Faktoren an der Unzufriedenheit schuld: globale Trends, die die Arbeitswelt vieler Europäer durcheinanderbringen und Ungleichheit fördern. Dinge allesamt, die außerhalb der Kontrolle politischen Handelns liegen. Dass Europa ein ernstes Problem mit der Demokratie und mit effektivem Regierungshandeln hat, wird nur sehr selten eingestanden, und dann nur hinter vorgehaltener Hand.

Das europäische Paradox

Wie können die Europäer, wie es Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron fordert, ihre Souveränität zurückgewinnen? Die Antwort ist ebenso einfach wie für viele immer noch schwer vorstellbar: Mit Souveränität oder Macht ist es wie mit dem Geld. Wo keines ist, kann man auch keines verteilen. Deshalb muss Europa selbst, wie der frühere Außenminister Joschka Fischer kürzlich am Rande einer Konferenz treffend formuliert hat, „zu einer Macht werden".

Wie aber dieser Weg beschritten werden soll, ist alles andere als klar erkennbar. Die Idee einer kontinuierlich immer weiter zusammenwachsenden Konföderation, die eines fernen Tages, gewissermaßen automatisch, zu einer vollständigen politischen Union verflochten sein wird, musste früher oder später mit eng definierten staatlichen Interessen in Konflikt geraten. Die „Methode Monnet", die schrittweise Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft unter Verzicht auf ein klar definiertes Integrationsziel, kann nur so weit funktionieren, wie es noch Projekte gibt, die sich vergemeinschaften lassen. Eigentlich hatte bereits die Währungsunion diese Methode überfordert. Wer nun eine europäische Armee fordert, die auf die gleiche Art und Weise entstehen soll, muss mit vergleichbaren Verwerfungen und „unintended consequences" rechnen, wie sie auch die Einführung des Euro zur Folge hatte.

Europa muss zu einer wirklichen Macht werden

Das Ergebnis dieses Konflikts zwischen Gemeinschaftsprinzip und den kümmerlichen Überresten der nationalstaatlichen Souveränität führte nämlich keineswegs zu einer Teilung von Machtbefugnissen, wie dies EU-Optimisten häufig behaupten. Auch werden Hoheitsrechte nicht wirklich an Brüssel abgetreten: Die Macht diffundiert schlicht irgendwo zwischen Brüssel und den nationalen Hauptstädten und lässt keinen der beteiligten Akteure handlungsfähig zurück. Selten in der Geschichte gab es ein vergleichbares Versäumnis, ökonomisches Potenzial und schiere demografische Größe in politische Macht und Gestaltungsoptionen umzusetzen.

Besonders deutlich wird dies in der Finanzpolitik. Obgleich es in diesem Politikfeld keine nationalen Lösungen mehr gibt, gelingt es den EU-Mitgliedern nicht, ihrem jeweiligen nationalpolitischen Kontext zu entkommen. Während in weiten Teilen Europas gerade versäumt wird, dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung zu tätigen, nähert sich der deutsche Haushaltsüberschuss mit 60 Milliarden Euro stetig den griechischen Gesamt-

staatsausgaben (rund 90 Milliarden Euro) an. Ohne automatische Transfers kann keine Währungsunion über längere Zeit funktionieren. Das gilt für den Euro wie für andere Währungen, beispielsweise den Dollar. So besteuert der amerikanische Staat die Bürger New Yorks jährlich mit etwa 100 Milliarden Dollar mehr, als tatsächlich in New York ausgegeben werden. Der Rest wird durch Bundesprogramme wie Medicare, Medicaid, Social Security sowie Infrastruktur- und Militärausgaben neu verteilt. Florida, Michigan oder Kentucky hingegen geben jährlich Milliarden Dollar an Bundesmitteln aus, die von Bürgern anderer Staaten entrichtet werden – im Grunde ohne Klagen. Denn eine Union hat nicht nur einen wirtschaftlichen Nutzen. In Europa wehren wir uns dagegen noch immer, die Gesetze der Schwerkraft zu respektieren.

Ohne Transfers kann keine Währungsunion länger überleben

Wären solche und andere Fragen wie beispielsweise eine gemeinsame Rüstungspolitik Gegenstand entscheidender parlamentarischer Debatten, könnten sie ausgehandelt werden und in einen demokratischen Entscheidungsprozess münden. Dies lässt das Modell der EU, die zwar die Union im Namen trägt, de facto aber wie eine Konföderation agiert, nicht zu. Einer der größten Vorteile der Demokratie, unüberbrückbare Differenzen in einem Mehrheitsentscheid auflösen zu können, ist somit ausgehebelt.

Schon lange geht es für überzeugte Europäer nicht mehr darum, den Menschen zu erklären, warum Europa gut für sie ist. Es geht eher darum, deutlich zu machen, warum es in seiner momentanen Konfiguration nichts für sie tun kann, warum es nicht mehr funktioniert – gar nicht funktionieren kann – und was wir daran ändern können.

Die Vereinigten Staaten von Europa

Dabei ist es jedoch keineswegs nötig, das Rad neu zu erfinden. Es gibt in der Geschichte ein Beispiel, das erstaunlich viele Parallelen zum heutigen Europa aufweist: die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die 13 ehemaligen Kolonien waren aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen das Vereinigte Königreich mit enormen Schulden hervorgegangen. Gleichzeitig war die junge Union vom spanischen Florida im Süden und von den Briten im Norden bedroht, die sich in Kanada behauptet hatten. Das lose Regelwerk, das sich die ehemaligen Kolonien nach dem Unabhängigkeitskrieg gegeben hatten, war völlig ungeeignet, um die finanzielle und außenpolitische Herausforderung zu meistern. Es gab keine echte Exekutive, und der Kongress verfügte nicht über das Recht der Steuererhebung, um nationale Projekte finanzieren zu können. Sämtliche internationale Verträge mussten von jedem Mitgliedstaat einzeln ratifiziert werden, damit sie in Kraft treten konnten. Amerika befand sich damals also in einem ähnlich unhaltbaren Zustand wie Europa heute. Aus diesem Grund kam es 1787 zur Ausarbeitung der Verfassung in Philadelphia – der Rest der Geschichte ist bekannt. Die USA wurden zur mächtigsten politischen Union der Welt.

Von den USA lernen heißt keineswegs, dass man alle Fehler wiederholen muss, die im Laufe der Zeit in Washington begangen wurden. Vielmehr geht es darum, die drei zentralen Leistungen dieser Vereinigung anzuerkennen: die Ermächtigung des Unions-Parlaments, die Übertragung des Oberbefehls über die

Armee an die Regierung in Washington und die Konsolidierung der Schulden der Mitgliedstaaten in einer gemeinsamen Staatsschuld, die durch das „volle Vertrauen und die Bonität“ der US-Regierung abgesichert wurden.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und handlungsfähige Europäische Union sind im Kern dieselben wie vor 250 Jahren in Amerika. Was nur gemeinsam gemacht werden kann, muss auf die europäische Ebene gehoben, von der europäischen Exekutive gestaltet und im Europäischen Parlament legitimiert werden. Die Geschichte zeigt, dass erfolgreiche Unionen nicht aus graduellen Prozessen in ruhigen Zeiten entstehen, sondern als Konsequenz scharfer Umbrüche in Perioden, die von extremen Krisen gekennzeichnet sind. Die politische Union bedarf nun eines Moments der kollektiven Kraftanstrengung ihrer Bürger: Eine vollständige, parlamentarische Schulden- und Verteidigungsunion ist der einzige Weg, um Europas Krise zu lösen und auswärtige Gefahren dauerhaft abzuwenden. Nur so kann Europa endlich zu der positiven Kraft auf der Weltbühne werden, die es eigentlich sein müsste.

Es ist Zeit für eine Kraftanstrengung aller EU-Bürger

Dazu muss der Mythos der Methode Monnet überwunden werden. Wir stehen vor der Entscheidung: politische Union oder Rückfall in die Nationalismen des 19. Jahrhunderts. Bei zahlreichen Organisationen, die sich der europäischen Sache verschrieben haben, ist diese Erkenntnis noch nicht wirklich angekommen. Ein Festhalten am europäischen Multilateralismus bedeutet einen gefährlichen Irrweg, der bestenfalls in der Erstarrung der europäischen Einigung enden wird. Außerdem muss Europa kritikfähig werden. Es ist an der Zeit, die sehr realen Konstruktionsfehler der EU einzugestehen, anstatt ständig dieselben Vorteile der Gemeinschaft vorzubeten. Auch sollten wir damit aufhören, das Narrativ vom Friedensprojekt überzustrapazieren. Denn auch dieses ist nicht wirklich ehrlich, war es doch die NATO, und nicht die EU, die vor allem den Frieden in Europa gewahrt hat.

Und schließlich: Macrons Scheitern zeugt nicht nur vom Ende der Methode Monnet und der Notwendigkeit, den prozesshaften Charakter der europäischen Einigung zu überwinden. Wir müssen auch überdenken, in wen wir unsere Hoffnung setzen. Die europäischen Nationalstaaten und ihre Regierungen sind so weit gegangen, wie sie gehen konnten. Jeder weitere Schritt in Richtung Europa kommt einer Selbstaufgabe gleich und kann niemals vom Mandat einer nur im nationalen Kontext legitimierten Regierung abgedeckt sein. Zu erwarten, dass Frankreich und Deutschland diesen Schritt zusammen herbeiführen können, ist Traumtänzerei. Tatsächlich wird sich ein neues Europa nicht mit oder über den Nationalstaat errichten lassen, sondern nur gegen ihn. Dies erfordert eine massive Politisierung der europäischen Zivilgesellschaft. Die Träger der europäischen Idee müssen fortan die europäischen Regionalregierungen, Unternehmen, Interessenverbände, Parteien, Gewerkschaften, kurz: die Bürger selbst sein. Es bedarf vieler Kleiner, um dem ewigen Klein-Klein der wenigen Großen endlich ein Ende zu setzen.

Prof. Brendan Simms lehrt Geschichte an der Universität Cambridge und ist Vorsitzender des Project for Democratic Union. **Benjamin Zeeb** ist Geschäftsführer des PDU.

Europa 2040

Wer vor zehn Jahren ein Szenario prophezeit hätte, in dem ein Zerfall der EU nicht mehr ausgeschlossen ist, wäre als unverbesserlicher Pessimist gescholten worden. Wagen wir angesichts von Brexit, Eurokrise und Nationalismus dennoch eine Prognose: Wie könnte die Union in gut 20 Jahren aussehen?

Von Jan Zielonka, Almut Möller und Jan Techau

Spielarten des Scheiterns

Big Bang, Vernachlässigung, falsche Reformen: Wie die EU untergehen könnte

Jan Zielonka | Das Brexit-Chaos legt die Vermutung nahe, dass die Staaten Europas nicht mehr in der Lage sind, ihre Differenzen auf konstruktive Weise beizulegen. Im Europa-Wahlkampf 2019 erleben wir eine Renaissance der nationalistischen Rhetorik. Proeuropäische Politiker streiten darüber, welche Reformen nötig sind. Aber kann europäische Integration in einer Atmosphäre von Konflikt und Chaos gelingen? Kann die EU in einer neuen Ära von Nationalstolz gedeihen? Wie viele Krisen verträgt die EU, bevor ihr Aufgabe und Sinn verloren gehen? Und, die wichtigste Frage von allen: Zerfällt Europa?

Auf diese drängenden Fragen gibt es keine plausiblen Antworten. Das liegt zum Teil daran, dass es schwer ist, die rasch aufeinanderfolgenden Ereignisse zu verstehen. Auch sind im Prozess der europäischen Einigung die Pessimisten schon oft widerlegt worden. Europa ist aus früheren Krisen gestärkt hervorgegangen, und auch die Herausforderungen von heute werden sich früher oder später überwinden lassen.

Es ist auch deswegen schwierig, Vorhersagen über eine mögliche Desintegration der EU zu machen, weil wir über kein plausibles Narrativ und erst recht nicht über die theoretischen Grundlagen für diese Debatte verfügen. Aus unerklärlichen Gründen haben wir uns immer auf die europäische Einigung konzentriert und das gegenteilige Szenario vernachlässigt. Das ist so, als würde man über Frieden diskutieren, ohne zu versuchen, den Krieg zu verstehen. Sicherlich kann man für den Frieden sein, aber man kann ihn nicht bewahren, wenn man die Gründe und Folgen des Krieges nicht versteht. Ebenso gilt: Können wir die Demokratie verstehen, ohne über Diktatur zu sprechen?

Die Möglichkeit eines Zerfalls der Union haben wir ignoriert

Und doch haben sich Generationen von Intellektuellen, Kommentatoren und Politikern ausschließlich auf Integration konzentriert und die Desintegration vernachlässigt. Es ist kein Wunder, dass wir heute so verwirrt sind. Wir wissen nicht wirklich, was Desintegration verursacht und welches ihre Symptome sind. Ist Zerfall ein allmählicher Prozess oder gleicht er vielmehr dem plötzlichen Tod? Wird der Brexit die Integration der verbleibenden 27 Staaten stärken – oder schwächt er sie? Wie können wir die Desintegration aufhalten und umkehren?

Angesichts des Fehlens plausibler Theorien von Desintegration können wir versuchen, uns plausible Szenarien vorzustellen, wie die Europäische Union in den kommenden Jahrzehnten auseinanderfallen könnte. Es gibt drei Entwicklungen, die derzeit besonders gut möglich erscheinen. Im ersten Szenario verlieren die europäischen Politiker die Kontrolle über finanzielle oder politische Ereignisse. Im zweiten Fall versuchen die Regierungen gegenzusteuern, aber verschlimmern letztlich das Problem. Das dritte Szenario beschreibt eine Politik der wohlwollenden Vernachlässigung, die jedoch keine gutartigen Folgen hat.

© Illustrationen: Katinka Reinke

Das Big-Bang-Szenario

Auf dem Höhepunkt der Eurokrise galt eine unkontrollierbare Lawine einer tiefgreifenden Rezession als das wahrscheinlichste Zerfallsszenario. Wenn der Euro scheitere, scheitere auch Europa, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel mehrfach. Der polnische Finanzminister Jacek Rostowski ergänzte, ein solches Ergebnis könne durchaus in einen Krieg münden. Nichts von alldem trat ein, aber viele Beobachter argumentieren nach wie vor, es könne auf Dauer keine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Fiskalregierung geben. Ob diese pessimistische Behauptung zutrifft, werden wir aber nur überprüfen können, wenn es zu einer weiteren großen Finanzkrise kommt. Solch eine Krise ist schwierig vorherzusagen. Auch ihre Auslöser lassen sich kaum lokalisieren. Der letzte Finanzschock nahm in New York seinen Anfang, nicht in Brüssel. Der nächste könnte aus Schanghai oder Rio kommen.

Der nächste Finanzschock könnte aus Schanghai kommen

Finanzturbulenzen könnten aber auch durch eine Sicherheitskrise hervorgerufen werden, wie es vor 50 Jahren der Fall war. Auch eine weitere große Flüchtlingskrise kann die EU-Institutionen zusammenbrechen lassen. Eine Umweltkatastrophe oder eine Pandemie könnten eine nicht mehr kontrollierbare Spirale in Gang setzen. Keines dieser Ereignisse kann mit Sicherheit vorhergesagt werden, aber sie alle könnten geschehen – ob mit oder ohne absichtliches Zutun der Union.

In Notsituationen gehören Chaos und Konflikte zum Normalzustand. Als mächtigstes Land Europas würde Deutschland im Zentrum des Krisenmanagements stehen. Manche Länder würden sich Deutschland anschließen; andere würden versuchen, ein Gegenbündnis zu bilden. Weil jedes Chaos für populistische Parteien ein Paradies ist, würde der Nationalismus aufblühen. Die Folge wären gegenseitige Beschuldigungen, Gebiets- und finanzielle Ansprüche. Man kann sich nur schwer vorstellen, dass die EU eine Lawine gegenseitiger Anklagen, Vergeltungsmaßnahmen und Vorwürfe überleben würde. Es würde zu einem kosmischen Urknall oder plötzlichen Tod kommen.

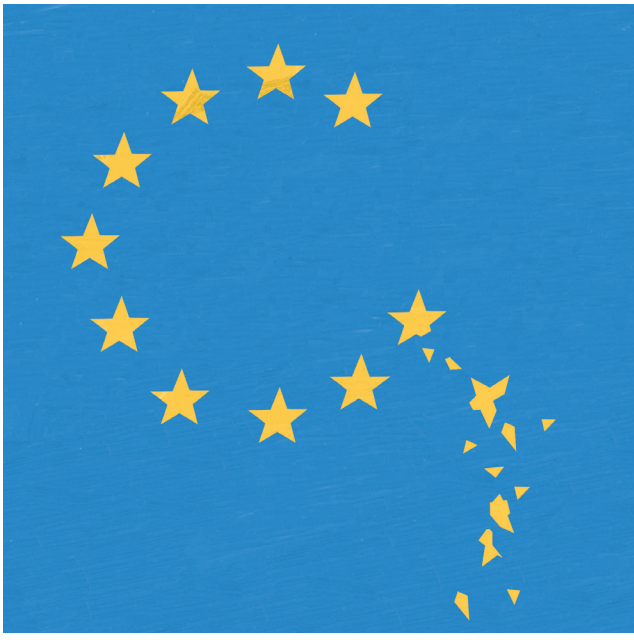
Dieses dramatische Szenario stachelt unsere Fantasie an, aber es ist schwierig, über die „unbekannten Unbekannten“ zu spekulieren, die es auslösen könnte. Nicht jede Krise führt in den Weltuntergang. Die EU hat ihre beeindruckende Widerstandsfähigkeit schon mehrfach unter Beweis gestellt. Zwar wird der Brexit der EU mehr schaden, als derzeit zugegeben wird, aber vermutlich wird auch er nicht zu ihrem Zerfall führen. Tatsächlich ist es viel wahrscheinlicher, dass das Vereinigte Königreich als Folge des Brexit zerfällt als die EU. Zudem ist es schwierig, konkrete politische Maßnahmen zur Verhütung eines europäischen Untergangs zu entwickeln, wenn dieser durch hypothetische Bedrohungen ausgelöst wird, egal wie beängstigend sie sind.

Das Gorbatschow-Szenario

Die Sowjetunion brach zusammen, nachdem Michail Gorbatschow mit der Einführung von wirtschaftlichen und demokratischen Reformen begonnen hatte. Dabei wollte Gorbatschow die Sowjetunion stärken, nicht sie zerstören.

Historiker erinnern auch daran, dass sich der Niedergang des Habsburger Reiches durch Reformen beschleunigte. Ein gutes Beispiel dafür ist der so genannte österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867, durch den die Doppelmonarchie mit zwei getrennten Parlamenten und Ministerpräsidenten in Budapest und Wien entstand.

Die EU hat sich während der vergangenen 30 Jahre an keine großen Reformen gewagt, und die Reformen, die sie in Angriff nahm, erwiesen sich als höchst umstritten. Dies trifft vor allem auf den Fiskalpakt von 2012 zu. Der Pakt spaltet nach Ansicht der Kritiker die Union, weil er den Gläubigerländern eine übermäßig harte und kontraproduktive Politik aufzwingt, die manche als ungerecht empfinden. Versuche, das Schengen-System zu reformieren, haben sich für zahlreiche Staaten als genauso strittig erwiesen, vor allem für solche aus Mittel- und Osteuropa, die sich weigern, die zentrale Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU zu akzeptieren.



Im Vorfeld der Europawahlen 2019 haben Politiker eine Fülle von Reformvorschlägen gemacht, von denen viele sich allerdings eher widersprechen als ergänzen. Die Umsetzung der ehrgeizigsten Vorschläge dürfte nicht nur zu Konflikten führen, sondern auch unerwünschte und unerwartete Nebeneffekte haben. Pläne, eine ehrgeizigere wirtschaftliche und politische Union zu errichten, haben mutmaßlich die weitreichendsten Folgen.

Eine politische und wirtschaftliche Union aus zahlreichen verschiedenen Einheiten, so groß deren gegenseitige Abhängigkeit auch sein mag, wird es schwer haben, genügend gemeinsame Interessen auszumachen, an denen sie ihre Politik ausrichten kann. Sie kann nur funktionieren, wenn sie aus wenigen europäischen Ländern besteht, die ähnliche Ansichten vertreten und sich gleichen. Ein solches Kerneuropa würde aber einen neuen Graben durch den Kontinent ziehen und Angst und Misstrauen erwecken.

Manche EU-Länder würde die Sorge umtreiben, ausgeschlossen zu werden, während andere befürchten müssten, im Falle ihres Beitritts von anderen Kernstaaten dominiert zu werden. Mit anderen Worten: Der Sprung in eine ausgestaltete Union würde vermutlich die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern destabilisieren und ihre Kooperationsvereinbarungen zerbrechen lassen. Es ist durchaus möglich, sich an einer Föderation zu versuchen, auch einer sehr losen, um die EU-Integration zu retten. Doch am Ende beschleunigt man womöglich gerade damit die Desintegration.

Selbst weniger umstrittene Reformen, zum Beispiel Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Verteidigung gegen Cyberangriffe, können Vertrags-

änderungen notwendig machen – und damit in einigen Ländern Volksabstimmungen erfordern. Europäische Referenden haben sich als Festveranstaltungen für Populisten und Euroskeptiker erwiesen. Durchaus denkbar ist also, dass sie am Ende zur Desintegration beitragen.

Reformen, die darauf zielen, bestimmte Kompetenzen aus Brüssel in die nationalen Hauptstädte zurückzuholen und die Budgetzuweisungen für die EU zu verringern, können die EU ebenfalls spalten. Solche Reformen werden hauptsächlich von euroskeptischen Parteien unterstützt und nicht von den Befürwortern einer engeren Integration. Normalerweise verbindet man ja auch die Rückführung von Kompetenzen aus Brüssel in die nationalen Hauptstädte eher mit Desintegration als mit Integration.

Wohlwollende Vernachlässigung

Reformen sind eine riskante Sache. Politiker scheuen davor zurück, ihre beruflichen Perspektiven und Ressourcen aufs Spiel zu setzen für Projekte, deren Ergebnis höchst unsicher ist. Auch ist es sehr schwierig, in einem Europa, das in vielen politischen und wirtschaftlichen Fragen zerstritten ist, Reformen durchzusetzen. Das gilt erst recht, wenn sie sehr ehrgeizig sind. Proeuropäische Liberale werden sich in der Regel besonders heftig gegen Reformen wehren, die vom antiliberalen Lager vorgeschlagen werden, selbst wenn Dezentralisierung die EU flexibler und wettbewerbsfähiger machen könnte. Im Szenario der wohlwollenden Vernachlässigung kommt es zum Zerfall, weil niemand die Gefahr erkennt oder etwas unternimmt. Die Mitgliedstaaten versuchen eher, Probleme auf eigene Faust oder in einem nichteuropäischen Rahmen zu lösen, als europäische Lösungen für nationale Probleme zu finden. Sie sagen sich zwar nicht offen vom europäischen Projekt los, nutzen es aber nur noch als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit.

Die lange Geschichte der Westeuropäischen Union (WEU) ist ein gutes Beispiel für einen solchen symbolischen Kooperationsrahmen. Die WEU bestand viele Jahrzehnte lang, aber sie wurde kaum jemals für die sicherheitspolitischen Zwecke genutzt, für die sie eigentlich gedacht war.

Die WEU-Mitglieder trafen sich in regelmäßigen Abständen und verabschiedeten Erklärungen. Auch die Verwaltungsstruktur und sogar die Parlamentarische Versammlung der WEU funktionierten scheinbar normal. Und doch – wann immer sich ernste Herausforderungen in Sachen Sicherheit und Verteidigung stellten, ignorierten die WEU-Mitglieder die WEU-Struktur und nutzten stattdessen die NATO, die EU, die UN, die OSZE oder informelle Rahmen.

Der Preis dieser Politik wurde während der Balkan-Kriege deutlich. Die Europäer standen ohne gemeinsame Sicherheitsstrategie da. Weder stimmten sie darin überein, welche Institution mit dem Krieg befasst werden sollte, noch verfügten sie über effektive militärische Fähigkeiten, die etwas Sinnvolles hätten bewirken können.

Eine Politik des Sich-Durchwurstelns und der wohlwollenden Vernachlässigung hat ihren Preis, aber sie ist besser, als auf Teufel komm raus höchst ehrgeizige und riskante Projekte voranzutreiben. In einer Zeit wirtschaftlicher Turbulenzen und ideologischer Verwirrung ist Pragmatismus eine echte Alternative zum Idealismus. Ein schrittweiser Ansatz kann besser funktionieren als ein revolutionärer. Dies erklärt vermutlich die derzeitige Politik der europäischen Regierenden. Sie scheuen offenkundig davor zurück, ihre beruflichen Aussichten und Ressourcen in Politikvorschläge zu investieren, deren Erfolg hochgradig unsicher ist. Stattdessen unternehmen sie gerade einmal das Mindestmaß, um eine finanzielle Kernschmelze und politische Kämpfe zu vermeiden, aber nicht genug, um den Prozess des schleichenden Zerfalls zu stoppen.

Pragmatismus kann eine echte Alternative zum Idealismus sein

Die EU selbst ist offensichtlich ein Opfer dieses Ansatzes. Einige ihrer zentralen Institutionen werden immer weiter marginalisiert. Und doch ist die Halbwertszeit von Institutionen sehr hoch, was es wahrscheinlich macht, dass die EU – oder vielmehr ihre Fassade – überleben wird.

Europa wird immer mehr einem Labyrinth gleichen, in dem verschiedene Akteure sich in entgegengesetzte Richtungen bewegen, aber dabei den Anschein von Dialog und Kooperation aufrechterhalten. Informelle Arten der Entscheidungsfindung werden wichtiger werden als die dysfunktionalen Verträge. Die stärkeren Staaten, vor allem Deutschland, werden eher ungewollt als absichtlich in die Position von Königsmachern rücken. Es wird einfach so sein, dass Probleme, die auftauchen, gelöst werden müssen. Wenn sich Brüssel außerstande sieht, etwas Hilfreiches zu unternehmen, wird die europäische Öffentlichkeit von Deutschland Lösungen erwarten. Das mag sich jedoch als zweifelhafter Segen erweisen.

Keines der drei beschriebenen Szenarien verspricht Gutes für Europa und für Deutschland. Trotzdem erscheinen die Maßnahmen, die derzeit erwogen werden, um den Zerfall zu verhindern, nicht ausreichend. Ihnen fehlt es auch an breitem Rückhalt in der Bevölkerung. Womöglich ist der einzige Weg, wie sich Desintegration verhindern lässt, die vorherrschende Logik umzudrehen: Integration muss nicht allein eine Angelegenheit der Nationalstaaten sein; Städte, Regionen und Organisationen der Zivilgesellschaft könnten einen greifbaren Zugang zu den Entscheidungsprozessen und Ressourcen der EU bekommen. Die Integration könnte der Funktionalität folgen und nicht so sehr der territorialen Logik, weil verschiedene Bereiche unterschiedliche Mitgliedschaften und Formen von Governance erfordern.

Die Macht innerhalb Europas neu zu verteilen und sie näher an den Bürgern anzusiedeln, könnte mehr dazu beitragen, europäische Politiken zu legitimieren, als das derzeitige zentralisierte System. Solche Veränderungen werden nicht von oben kommen, sie müssten von unten in Bewegung gesetzt werden. Sind die Europäer bereit, ihre Zukunft in die eigene Hand zu nehmen?

Prof. Dr. Jan Zielonka ist Professor für Europäische Politik in Oxford und Ralf Dahrendorf Fellow am St. Antony's College.

Kontinent der Wahl

Ein ganz normaler Tag im „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“

Almut Möller | Brüssel, an einem Frühlingstag im Mai 2040. Marie Épinard ist verdrießlich. Vor wenigen Monaten ist die Französin, deren Karriere einst als „junge Wilde“ im Beraterteam des damaligen Präsidenten Emmanuel Macron begann, ins Berlaymont am Rond-Point Schuman eingezogen. Als Präsidentin der Europäischen Kommission sieht sie sich der Tradition ihres Landsmanns Jacques Delors verpflichtet.

Mit Elan ist sie angetreten, die Dynamik des Binnenmarkts als Kernstück des Gemeinsamen unter dem Dach der Europäischen Union zu sichern. Denn inzwischen ist unter diesem Dach allerlei los. Den gemeinsamen Rechtsbestand, die „Union der Gleichen“, hatte es zwar schon seit den 1990er Jahren nicht wirklich gegeben – mit dem Euro und dem Schengen-Raum entwickelten sich sogar zwei große Felder der Differenzierung. Dennoch war die Erzählung der EU von sich selbst lange eine der Einheitlichkeit.

Aber seit einigen Jahren hatte sich die Differenzierung weg von einem Instrument zur Überwindung von Blockaden hin zum aktiven Gestaltungsprinzip in der EU entwickelt – mit einer Reihe von institutionellen Folgen, die das Zusammenspiel in Brüssel verändert hatte. Paris war hier seinerzeit eine der treibenden Kräfte. Das Einstimmigkeitsprinzip in vielen Feldern, die eigentlich gemeinsames Handeln erfordern, und die ständigen Blockaden aufgrund von Einzelinteressen hatten Gruppen von Mitgliedstaaten schließlich den Stier bei den Hörnern packen lassen. Und die schritten dann in so unterschiedlichen Feldern wie der Kooperation der Polizei und Nachrichtendienste, der Verteidigungspolitik, der Technologie- oder der Steuerpolitik voran.

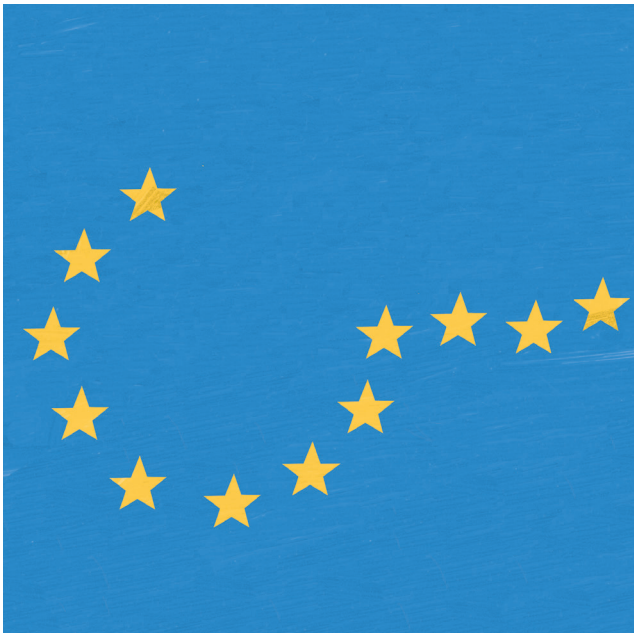
Eine der wichtigsten Aufgaben von Épinard ist es aufzupassen, dass dies im Rahmen der EU-Verträge mit gemeinsam vereinbarten Rechten und Pflichten geschieht – und offen für alle ist, die sich später anschließen wollen. Zwar gibt es inzwischen wieder so etwas wie einen Common Sense unter den EU-Staaten, wie solche Formen der Zusammenarbeit gemeinwohlverträglich ablaufen können. Und das immerhin ist eine bemerkenswerte Entwicklung, nachdem sich lange Jahre die mentalen Karten in Bezug auf die EU in den Mitgliedstaaten immer weiter auseinanderbewegt hatten. Die Erfahrung eigener Schwäche im Angesicht eines immer aggressiveren globalen Umfelds hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

Inzwischen gibt es so etwas wie einen Burgfrieden in der EU: Alle betreiben einen möglichst ambitionierten Binnenmarkt – und einige machen halt noch mehr. Zu viele verschiedene Stränge, die möglicherweise unverbunden nebeneinander stehen, bergen aber das Risiko der Zerfaserung. Differenzierung geht auf Kosten von Transparenz – und vor allem auch auf Kosten der Bürger. Inzwischen sind nämlich als Folge der unterschiedlichen Geschwindigkeiten auch die Rechte und Vorzüge, die die EU-Europäer genießen, alles andere als gleich, was regelmäßig politische Sprengkraft entwickelt.

In der Konsequenz verbringt die Präsidentin der EU-Kommission viel Zeit damit, die Gutachten ihrer juristischen Berater über die Frage zu verdauen, wie viel Ungleichzeitigkeit eine Union vertragen kann, um sich noch als solche bezeichnen zu können. Heute morgen war mal wieder ein großer Schwung unterschiedlicher Meinungen dazu auf dem Tisch, wann der Punkt erreicht sei, wo konkurrierende Systeme unter einem gemeinsamen Dach nicht mehr sinnvoll sind. Épinard hätte ja selbst gern ein „Bierdeckelmodell" für die EU. Aber heutzutage muss man schon mal weiter ausholen.

Europa rückt zusammen

Da ist zunächst also der Binnenmarkt, der allen Mitgliedern der EU offensteht, die sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen. „Big is beautiful" ist hier seit den 2020er Jahren die Parole. Der immer aggressiver werdende Wettbewerb zwischen den USA und China und der Aufstieg anderer Mächte und Regionen haben die Europäer letztlich näher zusammenrücken und sogar Fortschritte in allen vier Grundfreiheiten (Waren, Personen, Dienstleistungen, Kapital- und Zahlungsverkehr) erzielen lassen.



Auch die Briten haben nach ihrem Austritt aus der EU schließlich über die Jahre wieder zu einer engen Anbindung an den Binnenmarkt gefunden und den „Circle of friends" in Nicht-EU-Europa mit ihrem Gewicht gestärkt. Der Westliche Balkan ist, unterstützt durch einen bewussten Kraftakt der EU-Länder, nun Teil des Binnenmarkts. Europas integrationsskeptische Regierungen haben schließlich akzeptiert, dass der Binnenmarkt nicht ohne starke supranationale Institutionen funktionieren kann. Und die Aussicht, die Kriterien für eine Mitgliedschaft im Binnenmarkt nicht mehr zu erfüllen, diszipliniert auch die politischen Kräfte in Europa, die begonnen haben, sich in ihren Ländern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verabschieden. Das alles stärkt die Gemeinschaftsinstitutionen, allen voran die Europäische Kommission. Die kann ihre wiedergewonnene Stärke im Binnenmarkt auch dazu nutzen, der EU in der konflikt- und chancenreichen internationalen Handelspolitik Schlagkraft zu verleihen.

Der Weg dahin war lang. Die Europäer hatten es über viele Jahre nicht geschafft, die tiefen Gräben zu schließen, die sich zum einen zwischen den Verfechtern von „mehr Europa" und den Anhängern der nationalen Souveränität aufgetan hatten und die zum anderen grundsätzliche Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betrafen. Erst nach dem Brexit im Jahr 2019, der zwar in letzter Minute in einem ordentlichen Verfahren verlief, aber die wirtschaftlichen Interessen von London und den EU-Hauptstädten empfindlich traf, wurde

den EU-Europäern bewusst, wie stark sie tatsächlich an innerem Zusammenhalt verloren hatten: wirtschaftlich, sozial, kulturell.

Das zeigten auch die Europawahlen, die noch im selben Jahr eine deutliche Stärkung nationalistischer Kräfte im Europäischen Parlament brachten. Deren Gestaltungsmacht blieb zwar mit weniger als einem Drittel der Sitze und geringen gemeinsamen Schnittmengen begrenzt. Aber ihre wiederholten taktischen Allianzen erhöhten das Störpotenzial für das EU-System empfindlich.

Hinzu kam die Abkühlung der globalen Konjunktur, deren Auswirkungen in der EU deutlich zu spüren waren, auch in Deutschland. Die Eurozone, deren Architektur noch immer nicht vollendet war, zeigte erneut ihre innere Schwäche. In Rom spielte Matteo Salvini, inzwischen italienischer Ministerpräsident, mit dem Feuer: ein Austritt aus der Währungsunion komme nicht infrage, vielmehr wolle Italien ihre Regeln von innen verändern.

Neue Nüchternheit

Für den Élysée war das Wegfallen der Italiener für eine Allianz ein echtes Problem. Noch dazu hatten sich die Regierungen in Madrid im Zuge ungelöster innerer Spaltungen um die Frage der Unabhängigkeit Kataloniens seit Jahren selbst blockiert. Um Den Haag und seine neue „Hanse-Allianz“ fiskalpolitisch konservativer EU-Länder, mit der auch Deutschland sympathisierte, hatte sich ein neues potenzielles Kraftfeld in der EU entwickelt. Wie also konnte Frankreich das nötige Gewicht für eine echte Reform der Wirtschafts- und Währungsunion in die Waagschale werfen?

Paris hatte es dann bald aufgegeben, noch an das deutsch-französische Schwungrad für eine Reform der Eurozone zu glauben. Präsident Macron hatte es mit enormem politischen Kraftaufwand geschafft, die Protestbewegungen im eigenen Land aufzufangen, seinen Reformweg moderat voranzutreiben, seine Ideen für die Zukunft von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Europa in einer Koalition mit den Liberalen im Europäischen Parlament zu verankern und den Rassemblement National um Marine Le Pen in Schach zu halten. Berlin unter Kanzlerin Angela Merkel aber war trotz aller hochfliegenden Bekenntnisse zum Ausbau der Wirtschaftsunion nicht zum Kompromiss bereit.

In diesem Kontext nahmen vor dem Hintergrund der schwachen globalen Konjunktur die Verteilungskämpfe in der EU zu. Die Aushandlung des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021-2027 wurde zum Hauen und Stechen, in dem die unterschiedlichen Interessen in bisher beispielloser Weise aufeinanderprallten.

Die Kräfte der Mitte wurden auch im Europäischen Rat und im Ministerrat deutlich geschwächt. Einerseits durch weitere Wahlerfolge nationalistischer Parteien und Bewegungen, die Regierungen bildeten, andererseits durch die eigene innere Schwäche und die fehlende gemeinsame Vision Deutschlands und Frankreichs für die Zukunft der EU. War der Vertrag von Maastricht also endgültig gescheitert, waren die Staaten und Gesellschaften Europas nicht

bereit für eine echte politische Union, für eine vertiefte Zusammenarbeit in Fragen der Migration, der inneren Sicherheit, der Verteidigung?

Diese Ernüchterung mündete zwischenzeitlich in einen neuen Konsens unter den Mitgliedstaaten. In dieser Phase der grundlegenden Differenzen entschied man sich, den Binnenmarkt als „Hauptdaseinsberechtigung" der EU in den Vordergrund zu stellen, wie es die Kommission schon 2017 angedacht hatte.

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt", so hatte es zwar einst dessen Vater Jacques Delors angemahnt. Doch andererseits: Von Emotionen hatten die EU-Länder in den letzten Jahrzehnten zu viele erlebt, und zwar negative. Warum also nicht eine neue Nüchternheit? So wurde eine Reihe von Initiativen begonnen, um den Binnenmarkt weiter zu entfesseln. Flankierend dazu nahmen Fortschritte in der Sicherung der EU-Außengrenzen zumindest kurzfristig die Aufmerksamkeit vom explosiven Thema der Migration. Ohne eine Einigung in der gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik verschärften sich jedoch im Laufe der Zeit die Kontrollen an den Binnengrenzen. Insgesamt wurde schnell deutlich, dass der Binnenmarkt ohne eine Einbettung in einen ambitionierteren politischen Rahmen sein Potenzial nicht würde weiter entfalten können.

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt" (J. Delors)

Entscheidend für den Beginn einer neuen Phase der Differenzierung waren rückblickend zwei Entwicklungen: erstens die Verschiebung der US-Sicherheitsinteressen in Richtung China und die graduelle, nicht wie zwischenzeitlich erwartet mit einem großen Knall vollzogene Abwendung von Europa. Zweitens die Einigung auf eine echte gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik durch eine Gruppe von EU-Mitgliedstaaten angesichts eines anhaltenden Migrationsdrucks, der innenpolitische Verwerfungen auszulösen drohte.

Briten an Bord

Was die Verteidigungspolitik angeht, so signalisierte Großbritannien, an einer echten Kooperation mit den EU-Europäern interessiert zu sein. Die eigene Position außerhalb der EU-Strukturen erwies sich von Vorteil, da sich auch zuhause die weiterhin gespaltene öffentliche Meinung zur EU einfacher navigieren ließ. Für Frankreich, das sich frühzeitig intensiv um die Einbeziehung der Briten gekümmert hatte, war dies eine willkommene Entwicklung, um die Schwäche Berlins abzufedern.

Noch im Rahmen seiner ersten Amtszeit konnte Präsident Macron die neue deutsche Bundeskanzlerin Annegret Kramp-Karrenbauer davon überzeugen, gemeinsam mit London, Madrid, Rom und Warschau ein echtes Angebot der Kooperation in der Verteidigungspolitik an weitere willige und fähige EU-Mitgliedstaaten zu machen.

Hierbei sollten weniger institutionelle Fragen im Vordergrund stehen, sondern einige Beispiele schneller, flexibler und vor allem erfolgreicher Zusammenarbeit. Needless to say: Da man die Briten mit an Bord brauchte, musste das Ganze zunächst außerhalb der Verträge stattfinden. Für die Berater im Kanzleramt war das eine fette Kröte, die sie da schlucken sollten. Jedoch sah sich Berlin in der EU seit Langem mit dem Vorwurf konfrontiert, vor allem deshalb auf Initiativen im EU-Rahmen zu setzen, weil diese die eigene Ambitionslosigkeit bemänteln

könnten. Angesichts der sicherheitsrelevanten Herausforderungen galt es in der Tat, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. So erblickte schließlich doch noch die Europäische Interventionsinitiative à la française das Licht der Welt.

Insgesamt war die Veränderungsbereitschaft Berlins in Bezug auf eine stärkere Differenzierung deutlich gestiegen. Hatte man bisher stark auf den Zusammenhalt der EU insgesamt gesetzt und war vor allem besorgt, Länder Mittel- und Osteuropas auf dem Wege der engeren Zusammenarbeit zu verlieren, so hatte sich jetzt die Überzeugung durchgesetzt, dass eine Kooperation mit gleichgesinnten Partnern durchaus attraktiv sein könne. Zumal wenn es um Kernfelder ging, die im ureigenen Interesse Deutschlands waren. So ließe sich auch ganz nebenbei den Menschen im eigenen Land der Mehrwert Europas vor Augen führen.

Richtige Balance zwischen Gemeinsamkeit und Differenzierung

Denn obgleich Deutschland eines der Länder war, das am meisten von der Mitgliedschaft in der EU profitierte, hatte sich das Bild eines „Zahlmeisters Deutschland für die Krisen der anderen“ im Land hartnäckig gehalten. Aus Sicht Berlins war es ausgesprochen attraktiv, eine Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, die in der EU-27 lange gescheitert war, in einer Gruppe von EU-Ländern zu organisieren. Weit weniger attraktiv war dagegen die Perspektive einer engeren Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Rahmen der Eurozone, wie es Frankreich seit Langem forderte. In der Migrationsfrage ließ sich Differenzierung auch leichter auf der Basis der bestehenden EU-Verträge mithilfe des Instruments der „verstärkten Zusammenarbeit“ organisieren.

Die Kooperation mit Gleichgesinnten galt jetzt als attraktiv

Paris wiederum bestand darauf, dass diese neuen Formate der Zusammenarbeit, die über den Binnenmarkt hinausgingen, an die EU-Institutionen angebunden sein müssten. Es sollte aber einen klar sichtbaren Unterschied machen, welche Mitgliedstaaten an diesen Projekten teilnahmen und welche nicht. So sollten an Abstimmungen im Europäischen Parlament nur die Abgeordneten teilnehmen, deren Länder beteiligt waren. Dies sollte auch für die Eurogruppe gelten.

Die Kommission sollte zwar Verantwortungsbereiche für Verteidigung, Migration und den Euro haben, ihre Rechte aber würden je nach Format unterschiedlich ausgestaltet sein. Unter der Prämisse, dass die starke Rolle der Gemeinschaftsinstitutionen im Binnenmarkt aller EU-Mitglieder gewahrt bleiben sollte, stimmte Berlin zu. Und so wurde der Weg frei für ein neues Experimentierfeld der flexiblen Kooperation von Gruppen von Mitgliedsländern – Vive l’Europe différenciée! Die „Neue Hanse“ etwa hatte den Anspruch, eigene Akzente zu setzen und eine Gruppe mittlerer Mitgliedstaaten auf Feldern gemeinsamen Interesses zusammenzubringen; sie entwickelte ein Differenzierungsprojekt für neue Technologien.

Zwischenzeitlich wurde diskutiert, auch die nationalen und regionalen Parlamente in Ergänzung zum Europäischen Parlament in diese Differenzierungsprojekte einzubeziehen. Dazu kam es jedoch nicht, weil man in einer Reihe von Hauptstädten fürchtete, auf diesem Wege den langsamen Tod des Europäischen Parlaments einzuleiten oder den eben gewonnenen Vorzug schnellerer Handlungsfähigkeit wieder zu unterlaufen.

So also grübelt Marie Épinard nun über die Frage der richtigen Balance zwischen dem, was alle gemeinsam machen, und dem Europa der Differenzierung – und kommt schließlich zu dem Schluss, dass das wohl nur die nächsten anstehenden Wahlen zeigen können. Dann werden die Unionsbürgerinnen und -bürger darüber befinden, ob es die erste Chefin der Europäischen Kommission geschafft hat, gemeinsam mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und auf dem Wege der Differenzierung die Union wieder näher an die Erwartungen ihrer Bürger nach Sicherheit und Wohlstand heranzuführen oder nicht. Deshalb ist es im Jahr 2040 ganz selbstverständlich in der EU: Nicht die große Perspektive der Geschichte ist Maßstab für das Erreichte – sondern der nächste Gang der Europäer an die Wahlurnen.

Almut Möller ist Senior Policy Fellow und leitet das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR).

Glück gehabt

Wie die EU doch noch zur regionalen Ordnungsmacht wurde

Jan Techau | Alles fing damit an, dass im Baltikum der Strom ausfiel. Im Herbst 2021, als es schon kühl wurde im Norden Europas, hatte der Kreml entschieden, ein kleines Experiment zu wagen. Jahrelang hatte Moskau darauf hingearbeitet, das alte, noch aus der Sowjetzeit stammende Elektrizitätsnetzwerk in Europas Nordosten so umzubauen, dass eine Abkopplung Estlands, Lettlands und Litauens möglich wurde, ohne dabei Kaliningrad mit abzuschalten. Um seine Wirkung voll zu entfalten, musste die Operation noch vor 2025 geschehen, dem Zieldatum für die avisierte Unabhängigkeit der drei ehemaligen Sowjetrepubliken vom russischen Atomstrom und dem Leitungsnetz.

Und so gingen Anfang Oktober 2021 von Narva bis an die polnische Grenze die Lichter aus – und für volle drei Wochen nicht wieder an. Computersysteme, Internet, Zahlungsverkehr, Verkehrssteuerung, Industrieproduktion, Abwasser- und Kühlsysteme, Heizungen und Telekommunikation, alle Vitalfunktionen der Gesellschaft gingen nach und nach in die Knie. Die Notfallversorgung konnte einige Nischen mit Strom versorgen, doch die Katastrophe nicht verhindern.

Verzweifelt forderten die baltischen Regierungen die NATO zur Ausrufung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags auf, doch die Allianz war träge geworden. Einigkeit konnte erst nach vollen zwei Wochen erzielt werden, wobei einige westeuropäische NATO-Staaten sich mit Blick auf ihre Solidaritätspflicht nicht mit Ruhm bekleckerten. Zwar wagte Russland keinen militärischen Übergriff auf das schutzlos daliegende Baltikum, aber

es hatte seine Macht demonstriert und die Allianz gespalten. Die Schwachstellen des westlichen Bündnisses lagen offen zutage. Als man sich im Kreml schließlich am 21. Tag des Blackouts entschied, die drei Länder wieder ans Netz gehen zu lassen, wurde die Aktion, die einige tausend Menschen das Leben gekostet und verheerenden wirtschaftlichen Schaden angerichtet hatte, von Moskauer Strategen allgemein als schöner Erfolg gewertet.

Womit man in Moskau nicht gerechnet hatte, war die Langzeitwirkung der Operation. Hätte man gewusst, welche Prozesse die Operation auslösen würde, und wie diese die strategische Lage bis zum Sommer 2040 verändern würden, hätte man in Russland vermutlich die Finger vom Schalter gelassen.

Neunzehn Jahre später ist die EU eine voll entwickelte Regionalmacht mit einer kleinen, aber unübersehbaren Fähigkeit zur globalen Machtprojektion. Das Schlagwort „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" führt international nicht mehr zu Gekicher und Augenrollen, sondern ist ein Faktor, den Washington, Peking, Ankara, Moskau, Teheran und Delhi ernst nehmen müssen.

Baltic Blackout und die Folgen

Möglich wurde diese Entwicklung durch mehrere parallel verlaufende Entwicklungen, die sich gegenseitig verstärkten. Der Schock des „Baltic Blackout" setzte ungeahnte Kräfte in den Mitgliedstaaten frei. Nicht nur schnellten die Verteidigungsausgaben nach oben, auch die Verschlankung der militärischen Strukturen in den fünf maßgeblichen Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und Spanien sowie die Anpassung des verkrusteten Beschaffungswesens sorgten für einen ungeahnten Fähigkeitszuwachs.

Mit der NATO wurde ein Abkommen über so genannte European Redundant Battle Structures (ERBS) abgeschlossen, das die Kommandostrukturen beider Organisationen voll kompatibel werden ließ, Waffensystemdopplungen begrenzte und die wechselseitige Abstimmung pragmatisch ausbuchstabierte.

Hilfreich hierbei war, dass seit 2022 der so genannte Migrantenboom einsetzte, eine Phase hohen wirtschaftlichen Wachstums, ausgelöst durch die weitgehende Integration der jungen, hungrigen Menschen, die seit 2015 in großer Zahl nach Europa gelangt waren. Der Boom bezog seine Kraft auch aus einem Wiederanziehen der chinesischen Wirtschaft seit 2025 und aus dem Abschluss des Transatlantic-Pacific Integrated Markets Program (T-PIMP) zwischen China, zehn Staaten des pazifischen Raumes, der EU und den USA. Der Nachfolger Donald Trumps im Weißen Haus hatte im Eiltempo die brachliegenden globalen Freihandelsverhandlungen wieder aufgenom-

men, und die Angst vor einer großen weltweiten Rezession hatte eine bis dahin unvorstellbare globale Koalition zustande gebracht.

Sogar auf den Nahen Osten hatte diese liberale Renaissance abgefärbt. Nach der friedlichen Revolution im Iran 2022 und dem Gang des türkischen Präsidenten Erdogan ins russische Exil nach Sotschi (eine Etage im dort gerade fertiggestellten Trump-MAGA-Hotel wurde eigens für ihn im neo-ottomanischen Stil eingerichtet) war der Weg für eine großflächige Marktintegration in der Region frei geworden. Iraner und Türken schlossen sich dem von Saudi-Arabien, Ägypten und den Golf-Staaten gegründeten Arab Regional Mercantile Pact for Investment and Trade (ARMPIT) an, mit dem vollendeten Binnenmarkt der EU beschloss dieser Bund eine Zollunion.

Die günstigen globalen Wirtschaftsbedingungen wirkten wie ein Jungbrunnen auf die EU. Umfassende Sozialprogramme nahmen der populistischen Eliten- und Globalisierungskritik einen Teil ihrer Grundlage. Die diplomatischen, militärischen und Entwicklungskapazitäten konnten ausgebaut werden, ohne dass es zu giftigen und polarisierenden Verteilungskämpfen in den nationalen Haushalten kam. Entscheidend aber war der dauerhafte politische Konsens, der dem aufstrebenden Europa über den Gräbern der im Baltikum Gestorbenen zugewachsen war. Auch den stoffeligsten Europa-Abwimmlern war klar geworden, dass die Selbstzerfleischung des Kontinents sich nicht fortsetzen durfte. Der Preis dafür war schlicht zu hoch.

Im Iran triumphierte 2022 eine friedliche Revolution

Russlands Chefideologe schmollt

Einen weiteren Schub erfuhr der wiedererwachte europäische Ehrgeiz durch den schleichenden Abgang Moskaus von der ganz großen internationalen Bühne. Nur zwei Jahre nach dem Elektrokrieg im Baltikum war Russland in die von Ökonomen lange erwartete massive Rezession geglitten, die dann 2024 zum Abgang des Machtkreises um Putin führte (Reiseziel: Sotschi, MAGA-Hotel).

Russland war so stark in den Tributsog Chinas geraten, dass es gewissermaßen neutralisiert wurde. Es fehlten ihm schlicht die Ressourcen, um weiterhin verschwenderisch-massive Präsenz an seiner eigenen Westgrenze zu zeigen, der Grenze, die seit 1990 ohnehin seine sicherste und berechenbarste war. Chefideologe Dugin bezog eine Kellerwohnung im MAGA und schmollte. Als Juniorpartner Chinas durfte das Land Hilfsdienste in Zentralasien erledigen, im Gegenzug garantierte China Russlands territoriale Integrität.

Das außenpolitische Kerneuropa hatte also nicht nur den Spielraum, um seine eigenen Hausaufgaben zu erledigen. Im Zuge seiner Neuausrichtung fand es auch zu einer neuen Arbeitsteilung mit den USA in der europäischen Nachbarschaft. Washington hatte weiterhin kein Interesse an einem Aufstieg Europas zu einer wirklichen Weltmacht, zumal einer nuklearen, aber darin war es sich mit den Europäern weitgehend einig.

Also verstärkten die USA ihr Engagement in Europa auf detailliert mit Brüssel abgestimmte Weise. Der nukleare Schutzschirm Amerikas sowie eine solide Truppenpräsenz auf europäischem Boden blieben erhalten. Fort Trump in Polen wurde schon 2023 in Fort Brzezinski umbenannt, was den

großen Vorteil hatte, dass es kaum jemand aussprechen konnte. Außerdem ehrte man auf diese Weise anstelle des wahrlich Unaussprechlichen einen der großen Söhne Polens.

Auch in der nach wie vor geopolitisch heiklen Nachbarschaft der EU wurde eine Lastenteilung zwischen der Union und den USA vereinbart. Amerika übernahm die Funktion der Ordnungsmacht in der Arktis, in Osteuropa und in der Levante, während sich die Europäer der Ostsee, dem Balkan und Nordafrika widmeten. Zudem wurden die stehenden NATO-Seeverbände in Ostsee und Mittelmeer durch europäische Einsatzflottillen ersetzt. Diese SMURF (Stability and Mutual Reassurance for Freedom) genannte Doktrin, von EU und NATO gemeinsam auf den Weg gebracht, hatte den Vorteil, dass sie wichtige, bisher in Europa gebundene amerikanische Kräfte von ihren Aufgaben entband, sodass sie an die eigentlichen geopolitischen Hot Spots in Asien verlegt werden konnten. Denn Chinas Entgegenkommen im Rahmen von T-PIMP hatte keineswegs zur Folge, dass es die Hegemonialansprüche in seinem Hinterhof aufgab.

Fort Trump in Polen benannte man um in Fort Brzezinski

Europa unterstützte die neue Lastenteilung durch eine erheblich ausgeweitete Präsenz auf den sieben Weltmeeren, um internationale Handelsrouten und Engstellen zu sichern und auf lokal auflodernde Krisen jederzeit reagieren zu können. An diesen maritimen Einsätzen beteiligte sich auch der kleine deutsche Einsatzverband rund um das brandneue Amphibische Kampf- und Konsularschiff (AKK) „Johannes Kahrs“, den deutschen Flugzeugträger, benannt nach einem früheren Haushaltspolitiker, der einst die schöne Hafenstadt Hamburg im Deutschen Bundestag vertreten hatte.

Neues europäisches Denken

Wie aber konnte diese neue außenpolitische Rolle Europas innenpolitisch abgesichert werden? Nach dem „Baltischen Elektroschock“ (*Bild*, 5. Oktober 2021) hatte es nicht nur ausreichend politisches Kapital für eine verstärkte Außen- und Sicherheitspolitik in der EU gegeben. Auch die harte und langandauernde Rezession, die der Brexit in Großbritannien ausgelöst hatte, setzte in den verbliebenen Mitgliedstaaten proeuropäische Kräfte frei.

Noch wichtiger aber war die kleine Eurokrise des Jahres 2024, die die Einsicht befeuerte, dass man die Gemeinschaftswährung auf eine neue Grundlage stellen musste. Mit ihr schloss sich der Kreis des neuen europäischen Denkens. Während die Krise im Baltikum der europäischen Linken klargemacht hatte, dass man mit luftigem Pazifismus und Russland-Verstehertum nicht weiterkommen würde, brachte der Schreckmoment um den Euro die europäischen Konservativen dazu, von ihrer Fundamentalopposition gegen Politische Union und Transferunion in der Eurozone abzurücken.

Es sollte bis ins Jahr 2030 dauern, doch innerhalb dieses guten Jahrzehnts vollzog sich die „integrative Wende“ (Janning, 2026), die sich wie eine Trotzbewegung gegen Euroskepsis, Renationalisierung, Populismus und autoritäre Versuchungen ausnahm. Zwar blieb die europäische Republik wie erwartet eine Illusion. Doch aus dem außenpolitischen Kerneuropa, das sich nach

der Krise im Baltikum herausgeschält hatte, entwickelte sich ein innenpolitisches Kraftzentrum, das in zwei großen Schritten das politische System der EU reformierte.

Als erstes vollendete es den Binnenmarkt, was einen erheblichen Wachstumseffekt in der EU auslöste. Neben dem europäischen Asylkompromiss von 2023 war es vor allem dieser Aufschwung, der die Glaubwürdigkeit Europas und damit auch die Handlungsspielräume seiner proeuropäischen Eliten erweiterte. Die Folge war Schritt zwei: eine echte gesamteuropäische Direktwahl des europäischen Ratspräsidenten im Jahr 2029. Zwar konstituierte sich hiermit noch nicht ein echter europäischer Demos – dazu hätte es einer europaweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments auf der Basis paneuropäischer Parteilisten bedurft. Aber im Zuge dieser Neuverfassung Europas konnte der Europäische Auswärtige Dienst in seiner ursprünglichen Form abgeschafft und in einen europäischen Sicherheitsrat überführt werden, in dem die Staats- und Regierungschefs der EU monatlich unter dem Vorsitz des direkt gewählten Ratspräsidenten die Außenpolitik der Mitgliedstaaten in ein gemeinsames Ganzes bringen konnten. Dies verhinderte nationale Alleingänge nicht vollständig. Da man aber das Gewicht des Stimmrechts jedes Mitgliedstaats in allen anderen Politikfeldern an das Stimmverhalten zu außenpolitischen Fragen gekoppelt hatte, war der Anreiz, die gemeinsame Außenpolitik zu unterminieren, nur noch gering ausgeprägt. Beobachter waren sich einig, dass dieser Zustand wohl der sei, der dem mythischen „Mit-einer-Stimme-Sprechen“ der EU, welches so lange beschworen worden war, am nächsten kam.

Legitimation erhielt die neue institutionelle Konstellation, als sie in einer Reihe von Krisen, unter anderem in Nahost und im Verhältnis zu China, eine starke europäische Position formulierte und europäische Interessen in zuvor nicht erwartbarer Form durchsetzte. Nicht zuletzt aufgrund dieser neuen Stärke stellte Großbritannien 2038 einen Antrag auf Wiederaufnahme in die EU, welche aber bis 2040 aufgrund von Unstimmigkeiten bei der Anerkennung britischer Agrarprodukte („Ceci n’est pas un fromage“, *Le Figaro*, 23. Juli 2039) noch in der Schwebe war.

„Lernen durch Schmerz“, diese zynischste aller Fortschrittsmaximen, hat die EU innerhalb von 20 Jahren von einem zerstrittenen, innerlich erschütterten und von der veränderten Weltlage verängstigten Gebilde zu einem Garanten regionaler und globaler Stabilität werden lassen. Angesichts der Vielzahl von Weggabelungen, an denen diese Entwicklung auch hätte schiefgehen können, darf man, ohne dabei die Leistung der politischen Führungspersönlichkeiten zu schmälern, getrost mit einem Seufzer zugeben: Glück gehabt.

Jan Techau ist Senior Fellow und Direktor des Europaprogramms beim German Marshall Fund of the United States in Berlin.

„Wir sind auf Augenhöhe“

Günther Oettinger zieht Bilanz: Was Europa gefährdet, was die EU stark macht, und warum er sich an Multikultur besonders gern erinnert

Ein Interview mit Günther Oettinger

IP: *Herr Oettinger, Ende Mai wird ein neues Europaparlament gewählt. Welche Herausforderungen sehen Sie für die nächsten fünf Jahre?*
Günther Oettinger: Es gibt Gefahren, denen sich Europa stellen muss. Im Inneren ist in manchen Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit bedroht. Bei der Weiterentwicklung der Eurozone sind wir noch nicht weit genug gekommen. Vor allem aber hat Europa Gegner von außen: Staaten, die die Europäische Union nicht mögen, sondern lieber Beziehungen zu 27 Nationalstaaten unterhalten würden. Trotzdem bin ich optimistisch. Gerade diese Gegner helfen der Selbstfindung Europas.

IP: *Wie?*
Oettinger: So unerfreulich die Nachrichten vom Brexit sind, so sehr wir die Autokratie in der Türkei oder die strategische Ausrichtung Chinas ablehnen, so sehr wir uns Sorgen machen über die militärische Vorgehensweise Russlands, und so sehr uns US-Präsident Trump mit manchen Tweets attackiert – all das stärkt den Zusammenhalt der Europäer. Wir leben in einer Zeit des Wettbewerbs von Werteordnungen, in einem Kampf der Systeme, und das merken die Menschen. Hinzu kommt, dass die Bürger wissen, dass es immer mehr Aufgaben gibt, die nur von Europa gelöst werden können. Ich bin überzeugt, dass der Weg zu einem stärkeren Europa im nächsten Jahrzehnt beschritten werden kann.

IP: *Frankreichs Präsident Macron wirbt für eine rasche und weitreichende EU-Reform. Was halten Sie von seinen Vorschlägen?*
Oettinger: Man muss sich jeden Vorschlag im Detail ansehen. Einen Finanzminister auf EU-Ebene halte ich beispielsweise für falsch. Aber insgesamt sollte Deutschland mehr auf Präsident Macron eingehen und mit ihm gemeinsam Projekte für die Zukunft Europas voranbringen.

IP: *Welche sind das?*
Oettinger: Wir müssen die Sicherheit stärken – nach innen, indem wir zum Beispiel Europol zu einem europäischen FBI ausbauen, und nach außen durch die europäische Verteidigungszusammenarbeit. Vor allem aber müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Europa muss innovativ und wirtschaftlich stark sein, damit wir nicht wie in einem Sandwich zwischen China und Amerika erdrückt werden.

IP: *Bisher waren die Reaktionen aus Berlin auf Macrons Vorschläge verhalten.*
Oettinger: Durch die mühsame Regierungsbildung bei uns wurde viel Zeit verloren. Jetzt haben wir eine Große Koalition, die sich oft blockiert. Wenn Herr Macron einfordert, dass Deutschland gemeinsam mit den anderen Europäern Regeln für die Ausfuhr von Verteidigungsgütern verabredet, ist die SPD skeptisch. Wenn es um einen europäischen Mindestlohn geht, der sogar im Koalitionsvertrag steht, ist die CDU skeptisch. Ich möchte daran erinnern, dass der Koalitionsvertrag die Gesamtüberschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa“ trägt. Davon kann seit dem Rücktritt von Martin Schulz als SPD-Vorsitzender nur sehr eingeschränkt die Rede sein. Wir müssen erreichen, dass sich diese Koalition auf ihre Vereinbarungen besinnt.

GÜNTHER OETTINGER ist einer der erfahrensten deutschen EU-Vertreter und seit 2017 Kommissar für Haushalt und Personal. Zuvor war er zwei Jahre Kommissar für Digitale Gesellschaft und Wirtschaft und vorher fünf Jahre für Energie. Nach seinem Ausscheiden will Oettinger in die Privatwirtschaft wechseln.

IP: *Welche Vorschläge sollte Deutschland denn einbringen?*
Oettinger: Die Handlungsfähigkeit Europas würde enorm gestärkt, wenn wir in der Außen- und in der Steuerpolitik zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen kämen. Deutschland sollte sich auch stärker für Europas Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Für unseren gemeinsamen Markt brauchen wir eine gemeinsame Industriepolitik und gemeinsame Forschungsprojekte.

IP: *Ist das die richtige Antwort auf den Populismus? Kann man so die Herzen der Europäer zurückgewinnen?*
Oettinger: Der Populismus schwächt uns. Um den Belgier Paul Henri Spaak, einen der Gründerväter Europas, zu zitieren: Es gibt in Europa nur zwei Arten von Ländern: die kleinen – und die, die noch nicht wissen, dass sie klein sind. Auch Frankreich, auch Deutschland sind zu klein, um in der Welt von morgen noch eine wesentliche Rolle zu spielen. Bei Fragen vom Klimaschutz bis zur Friedenssicherung, von Standards und Normen für die Industrie bis hin zu einem Programm für Afrika geht es um die Entscheidung: Regiert G2 die Welt, oder regiert G3 die Welt?

© European Union, 2018

IP: *Erklären Sie uns das bitte.*
Oettinger: Wenn G2 die Welt von morgen regiert, dann sind das die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Gewicht abnimmt, und China, dessen Gewicht zunimmt. Die Strategie „Made in China 2025“ ist die klare Ansage Chinas, technologisch und militärisch die Nummer eins werden zu wollen. Damit kann kein einzelner EU-Mitgliedstaat mithalten. Europa – und nur Europa! – ist groß genug, an dem Tisch mitzuberaten, an dem entschieden wird. Kein Mitgliedstaat, auch nicht Frankreich oder Deutschland, wird ein Mandat bekommen, um auf der Weltbühne mitzureden.

IP: *Europa ist groß genug, um neben den beiden Großen mit am Tisch zu sitzen?*
Oettinger: Genau. Die Europäische Union ist auf Augenhöhe mit den USA und China. Wir haben ein ausreichend hohes Bruttosozialprodukt, eine genügend große Zahl von Menschen und Ressourcen, und wir sind innovativ genug. Europa kann der Dritte sein, der seine Werte einbringt.

IP: *Was muss dafür passieren?*
Oettinger: Statt der nationalen Industriestrategie, wie sie Peter Altmaier entworfen hat, brauchen wir eine europäische Industriestrategie mit starker Mitwirkung der deutschen Politik und Wirtschaft. Zweitens geht es um Großforschungsprojekte. Nehmen wir nur einmal das Thema der Künstlichen Intelligenz: Kein Mitgliedstaat und kein Unternehmen allein kann mit Silicon Valley oder China konkurrieren. Wir brauchen öffentlich-private Partnerschaften und ein höheres europäisches Forschungsbudget. Zum Dritten müssen wir das Wettbewerbsrecht Europas modernisieren. Das hat sich an dem versuchten Zusammenschluss von Siemens und Alstom gezeigt.

IP: *War das Verbot der Fusion ein Fehler? Brauchen wir europäische Champions?*
Oettinger: Wir brauchen Unternehmen in Europa, die von ihrer Bilanzsumme und ihrer Durchschlagskraft in der Lage sind, mit den großen Playern auf der Welt zu konkurrieren. Es geht um Skalierungseffekte, aber auch um Kapitalstärke. Gegen das Kapital der Big Five sind Dax-Unternehmen kleine Fische. Wenn wir uns anschauen, wie chinesische Unternehmen hier investieren und europäische Firmen übernehmen, zum Beispiel den Roboterhersteller Kuka, brauchen wir eine auf europäischer Ebene organisierte Industriepolitik.

IP: *Herr Oettinger, nach zehn Jahren in Brüssel werden Sie voraussichtlich zum Jahresende aus der EU-Kommission ausscheiden. An was werden Sie besonders gerne zurückdenken?*
Oettinger: An die vielen spannenden Beratungen in der Kommission, im Parlament, in meinem Kabinett, mit Menschen aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten und Kulturkreisen. Bei Europa geht es nicht darum, den Turmbau zu Babel zu kopieren, der nie vollendet wurde, sondern echte Multikultur zu praktizieren. Das ist meine Lieblingserinnerung.

Die Fragen stellten Martin Bialecki und Bettina Vestring

Zeit, dass sich was dreht

Europa ist in der Dauerkrise – es fehlen Vision, Vertrauen der Bürger und ein Zukunftsprojekt. Sieben Vorschläge, wie es besser gehen könnte

Von Sophie Pornschlegel

Seit der Unterzeichnung des Lissabonner Vertrags 2009 ist die EU in einem dauerhaften Krisenzustand: zunächst die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, dann die Staatsschuldenkrise, 2015 schließlich die so genannte Migrationskrise. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des letzten EU-Vertrags und sieben Jahre nach der letzten Erweiterung ist weder der nächste Integrationsschritt noch die nächste Erweiterung im Blick. Stattdessen ist die EU seit dem historischen Brexit-Referendum von 2016 Desintegrationsprozessen ausgesetzt. Die Erosion der Demokratie in Polen und Ungarn stellt die Zukunft der EU als Wertegemeinschaft infrage. Das gilt auch für Österreich und Italien, wo Rechtsextremisten in den Regierungen vertreten sind.

Gründe für die mangelnde Handlungsfähigkeit der EU gibt es viele, vor allem strukturelle und institutionelle, entstanden aus der Entwicklung der Eurozone und den Erweiterungen. Die Vielzahl der institutionellen Gremien, die Dauer der Verhandlungen und das komplizierte Gewebe unterschiedlicher Interessen machen Entscheidungsfindungsprozesse so schwierig wie opak. Ein weiterer Grund ist eine fehlende Orientierung auf die Zukunft, auch als „Finalitätsfrage der Union“ bekannt. Schließlich trägt auch die mangelnde Dynamik Deutschlands dazu bei, dass es in Europa nicht vorangeht.

Weil Deutschland seine nationalen Interessen in Brüssel sehr gut vertreten sieht, hat es kaum Interesse an Veränderungen in der EU. Diese kurzsichtige deutsche Realpolitik hat indes fatale Folgen. Deutschland empfindet sich als Stabilitätsanker in Europa. Wenn Stabilität aber zu Stagnation gerinnt, wird Deutschland antieuropäisch und trägt zum langsamen Verfall der EU bei. Gerade Deutschland sollte sich seiner einzigartigen Verantwortung in Europa bewusst sein – aus historischen Gründen, aber auch aufgrund der wirtschaftlichen Vormachtstellung und seiner Demografie. Es wäre wünschenswert, wenn Deutschland etwas reflektierter auf seine Rolle in Europa schauen würde – und welche Wirkung seine Entscheidungen auf Europa haben. Insbesondere der

Bild nur in Printausgabe verfügbar

traditionelle „deutsch-französische Motor“ ist in eine Schieflage geraten. Das Problem liegt nicht so sehr in den nach wie vor unterschiedlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands. Dennoch gab es Zeiten, in denen Wert darauf gelegt wurde, Kompromisse auszuhandeln, weil man sich seiner Rolle und Verantwortung in Europa bewusst war. Diese Grundhaltung ist ganz besonders in Deutschland verloren gegangen. Man gefällt sich darin, den Status quo zu halten und die eigenen nationalen Vorteile kurzfristig zu sichern, anstelle eine neue Dynamik für Europa zu entwickeln.

Bei einem „Weiter so“-Kurs sind die Aussichten für die Europäische Union düster. Zwar gäbe es keinen „Crash“ – sogar Rechtspopulistinnen wie Marine Le Pen haben verstanden, dass sie Wählerstimmen verlieren, wenn sie sich für einen „Frexit“ einsetzen. Trotzdem würden die Nationalstaaten nach und nach politische Macht von Brüssel zurück in die Hauptstädte holen und damit die EU aushöhlen. In der Folge könnte die EU ihren Zusammenhalt nicht mehr gewährleisten und noch weniger Lösungen auf globale Herausforderungen finden als bislang. Ihre Bedeutungslosigkeit könnte fatale Folgen haben. Herausforderungen wie Klimawandel oder Digitalisierung sind auf der Ebene einzelner europäischer Nationalstaaten schon lange nicht mehr zu bewältigen. Mehr denn je wird ein legitimes und funktionierendes politisches System Europas gebraucht.

Ein neues Selbstverständnis und ein politisches Zukunftsprojekt!

Die EU wurde zwar auf einer idealistischen Friedensvision nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut, durch die Erweiterungen und institutionelle Weiterentwicklung wird sie aber zunehmend als technokratisches Gebilde wahrgenommen. Statt der politischen Wertegemeinschaft für Bürger ist die wirtschaftliche Komponente in den Vordergrund getreten.

Die mangelhafte Attraktivität des politischen Projekts Europa hängt zweifellos damit zusammen, dass die Versprechen „Frieden, Wohlstand und Fortschritt“ sich nach und nach in Luft aufgelöst haben. Bei einer jahrelangen Jugendarbeitslosigkeit von 30 bis 50 Prozent in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ist das europäische Wohlstandsversprechen eine Farce geworden; mit Blick auf Ungarn und Polen kann niemand mehr behaupten, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa überall gelten; und für die jüngere Generation ist das Nachkriegsnarrativ der Friedenserhaltung nicht mehr ausreichend, um die Legitimität der EU zu gewährleisten.

Eine reine Verteidigung des Status quo – auch als Reaktion auf die Gefahr des Rechtspopulismus – ist eine Strategie, die zum Scheitern verurteilt ist. Wenn Viktor Orbán erfolgreich ist, dann auch deswegen, weil er ein Zukunftsprojekt für die EU hat. Es beruht zwar auf reaktionären Werten, ist aber dennoch ein Projekt. Die EU hingegen hat kein Projekt, das damit konkurrieren könnte. Sie sollte nun zwei Ansätze beachten.

Entscheidungsträger sollten das Potenzial einer wertegeleiteten Politik wiederentdecken, die auf größere Zukunftsvisionen ausgerichtet ist. Ein Beispiel: Die großzügigen EU-Subventionen haben die Briten nicht dazu gebracht, in der EU zu bleiben. Vielmehr haben es die Brexiteers geschafft, mit der Idee eines unabhängigen und souveränen Nationalstaats ein attraktives Gegenangebot zu machen. Um langfristig erfolgreich zu sein, sollten die politischen Parteien die EU also nicht nur als technokratischen Agenten für sinkende Mobilfunkgebühren im Ausland anpreisen, sondern sie müssen die EU wieder in ein größeres politisches Projekt einbetten. Die EU verwaltet nicht nur, sie gestaltet Zukunft.

Die EU soll nicht nur verwalten, sondern die Zukunft gestalten

Gleichzeitig müssten konkrete Fortschritte gemacht werden, das heißt, die EU müsste wieder „Ergebnisse liefern“. Insbesondere bei den Themen Klimawandel und Digitalisierung gilt es, große Baustellen in Angriff zu nehmen. Die EU müsste stärkere Schutzmechanismen entwickeln, um die Bürger vor den negativen Folgen der Globalisierung zu schützen. Außen- und Sicherheitspolitik muss eine der gemeinsamen Prioritäten werden. Auch in Sachen Infrastruktur, Jugend und (soziale) Mobilität muss die EU wirksamer tätig sein. In der Migrationspolitik sollte eine Koalition der Willigen die südeuropäischen Länder wesentlich stärker unterstützen. In der Terrorismusbekämpfung sowie bei Justiz und Innerem könnte man wesentlich besser kooperieren.

Sieben Vorschläge zur Demokratisierung

Die Krise der Europäischen Union ist auch eine Krise der Demokratisierung transnationaler Institutionen. Von einer output-orientierten Legitimität, basierend auf den „richtigen Ergebnissen“ für die Mehrheit, geht die Tendenz hin zu einer input-orientierten Legitimität, in der die Bürgerinnen und Bürger vorab über das Agenda-Setting entscheiden können. Die ersten Versuche, dieser neuen Forderung gerecht zu werden, sind jedoch größtenteils zum Scheitern verurteilt. Denn solange es keine europäische Öffentlichkeit gibt, in der die verschiedenen Gesellschaftsentwürfe diskutiert werden können,

kann die EU auch nicht an Input-Legitimität gewinnen. Im Folgenden werden einige Ansätze vorgestellt, die die Demokratisierung der EU vorantreiben könnten.

1. **Europäische Parteien stärken** Neue Parteien wie VOLT oder „Demokratie in Europa“ könnten den etablierten Parteien klar machen, dass sie sich auf europäischer Ebene stärker verbünden und gemeinsame Programme entwickeln müssen – mehr als nur grobe Leitlinien, die anschließend in den Ländern wieder nationalisiert werden. Natürlich hat die Politik in europäischen Ländern unterschiedliche Schwerpunkte. Doch schon der Austausch innerhalb der europäischen Parteigruppen würde dazu führen, einen europäischen Geist bei den Parlamentariern aufblühen zu lassen und mehr über die eigenen Nachbarn zu erfahren. Parlamentarier-Begegnungen sollten stärker gefördert und gemeinsame Bündnisse auf europäischer Ebene gesucht werden.

2. **Europäische Politikerprofile aufbauen** Politische Parteien sollten stärker europäische Profile fördern. Insbesondere in den politischen Parteien Deutschlands gibt es ein strukturelles Personalproblem und deshalb wenige Politiker mit europäischem Hintergrund. Die EU wurde in den vergangenen Jahrzehnten oftmals als Abstellkammer für ältere Politiker genutzt. Es ist ein Armutszeugnis, dass die SPD ihre Justizministerin abwerben musste, weil sie nicht genügend fähiges und bekanntes Personal in den eigenen Reihen fand. Manfred Weber gilt selbst in der eigenen Partei als eher schwacher Kandidat, der sich um klare Entscheidungen drückt. Eine Personalstrategie, die EU-Profile fördert, wäre bei allen Parteien wünschenswert.

3. **Nationale Entscheidungsträger zur Rechenschaft ziehen** Die berühmte Losung, wonach Europa für die Niederlagen und ungeliebte Entscheidungen zuständig ist, der eigene Nationalstaat aber für die Erfolge, hat der EU enorm geschadet. Bestes Beispiel: Der britische Premierminister David Cameron, der sich im Europäischen Rat kooperativ zeigte, zurück in London aber flugs wieder auf die EU schoss. Entscheidungsträger, die für „Pulse of Europe“ oder gegen Artikel 13 der Urheberrechtsreform demonstrieren, ihre Machtpositionen aber nicht nutzen, um Wandel herbeizuführen, sollten in der Öffentlichkeit stärker zur Rechenschaft gezogen werden.

4. **Europäische Bürgerbeteiligung neu denken** Bürgerbeteiligungsprozesse auf europäischer Ebene wie die Europäische Bürgerinitiative oder die Bürgerdialoge sind nicht in eine größere Europavision eingebettet. Ansätze zur Demokratisierung der EU auf Policy-Ebene bewegen sich so in einem technokratischen Vakuum, in dem Bürger lediglich als Verbraucher oder User wahrgenommen werden. Statt auf Bündnissen aufzubauen, die zu einer gerechteren politischen Teilhabe führen, möchte die EU direkt zu den Bürgern. Das kann jedoch so lange nicht funktionieren, wie es keine euro-

päische Zivilgesellschaft gibt, die den politischen Willensbildungsprozess begleitet und einen Interessenausgleich herstellt.

5. **Die europäische Öffentlichkeit konkret stärken** Die Entstehung einer transnationalen Demokratie steht vor einer doppelten Herausforderung: Es fehlt nicht nur eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit – auch die existierenden nationalen Öffentlichkeiten werden immer fragmentierter. Wie sollen transnationale Listen erfolgreich sein, wenn man sich nicht über die Kandidaten informieren kann? Auch der Gedanke, dass man die EU demokratisieren könne, indem man dem Parlament mehr Macht gibt, ist falsch. Denn das EP ist schwerlich legitim, wenn die Wahlbeteiligung niedrig ist. Diese steigt aber nur bei größerem öffentlichen Interesse. Für eine europäische Öffentlichkeit wiederum bräuchte es gemeinsame Medien. Fälschlich galt das bisher als weiches Thema, im Gegensatz zu den wichtigen, den harten Politikfeldern.

6. **Die EU in allen Sprachen erklären und politische Bildung fördern** So simpel es klingen mag: Die Debatten rund um den Brexit zeigen, wie wenig die nationalen Abgeordneten über die EU wissen. Wenn die EU als langfristiges Projekt überlebensfähig sein möchte, muss politische Bildung in der Bevölkerung und insbesondere von politischen Entscheidungsträgern wieder ernst genommen werden. Das heißt, es muss in eine wesentlich bessere Kommunikation – in allen EU-Sprachen – investiert werden. Auch dieses Thema sollte als Grundvoraussetzung für die Zukunft der EU betrachtet werden.

7. **Die Debatte zur Zukunft der EU ernsthaft führen** Dabei sollte nicht die Frage nach mehr oder weniger Europa gestellt werden oder ob ein Kerneuropa gut oder schlecht ist – Kerneuropa gibt es seit spätestens 1992. Auch Beschwerden über die deutsch-französische Vormachtstellung sind in Abwesenheit anderer konstruktiver Partnerschaften müßig. Nach dem Vorschlag Jean-Claude Junckers in seinem „Weißbuch zur Zukunft Europas“ (2017) sowie Emmanuel Macrons Konzept zu einer europäischen Souveränität muss auch in Deutschland die Debatte um die Zukunft der EU wieder befeuert, müssen große Würfe mit konkreten Ansätzen untermauert werden. Erste Vorschläge gibt es schon: die europäische Republik von Ulrike Guérot, die Vereinigten Staaten von Europa von Brendan Simms oder die „Polyphonie Europas“ von Jan Zielonka.

Sophie Pornschlegel ist Projektmanagerin bei „Das Progressive Zentrum“ in Berlin.

Ein strategischer Baustein

In der neuen Konkurrenz der Großmächte ist Zusammenarbeit in Europa überlebenswichtig. Deshalb brauchen wir einen Europäischen Sicherheitsrat

Von Ulrich Speck

Das Ende der Hoffnung auf liberale Konvergenz, der härter gewordene Ton im internationalen Verkehr, die Fokussierung der USA auf den Wettbewerb mit China, auch mit Russland, die Rücksichtslosigkeit Donald Trumps gegenüber den Europäern, nicht zuletzt der Brexit – all diese Entwicklungen erschüttern das „Geschäftsmodell" der Europäer. Dabei sind sie auf den Schutzschirm der USA ebenso angewiesen wie auf eine strategische Führung in Washington, die die Interessen der Europäer berücksichtigt.

Die Europäer stehen vor der Frage, wie sie ihre gemeinsamen Interessen und Vorstellungen artikulieren und durchsetzen können, wie sie mit Bedrohungen umgehen. Können sie ein relevanter machtpolitischer Faktor werden und eine internationale Ordnung abstützen, die für die Sicherheit, Freiheit und Prosperität Europas essenziell ist? Nur als Macht können sie Autokratien wie China und Russland widerstehen. Aber sie müssen wesentlich mehr dafür tun, um die Welt sicher für Demokratie zu machen.

Die europäischen Institutionen sind entstanden unter der Voraussetzung, dass letzten Endes die USA den größeren Rahmen bieten, innerhalb dessen sich die Europäer entfalten können. In einem neuen globalen strategischen Umfeld, in dem Machtpolitik dominiert, muss sich Europa selbst machtpolitisch neu aufstellen. Dazu fehlen jedoch die Institutionen und Plattformen. Der Europäische Auswärtige Dienst, geleitet von einem Hohen Repräsentanten mit erweiterten Zuständigkeiten, ist nicht in der Lage, machtpolitisch zu agieren. Wenn es um die Beziehungen zu großen Mächten geht – USA, China, Russland – oder um den Einsatz erheblicher Ressourcen sowie militärischer Mittel, spielt Brüssel nur eine Nebenrolle. Wo Paris oder Rom, Berlin oder Warschau wichtige nationale Interessen im Spiel sehen, handeln sie im Zweifelsfall unilateral und bemühen sich höchstens darum, andere Hauptstädte und EU-Institutionen unterstützend an Bord zu bekommen.

Allein sind selbst Frankreich oder Deutschland machtlos gegenüber einem Player wie China. Europäische Zusammenarbeit ist damit überlebenswichtig geworden. Natürlich kann man dafür Ad-hoc-Formate benutzen: die EU3, die mit dem Iran verhandeln, oder jüngst das Treffen von Emmanuel Macron und Angela Merkel plus Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping.

Solchen Formaten jedoch fehlt zum einen die Stetigkeit, zum anderen auch die Legitimität, im Namen Europas zu sprechen und zu handeln. So bietet es sich an, über eine neue Institution nachzudenken, die bereits von Macron und Merkel als Idee erwähnt worden ist: ein Europäischer Sicherheitsrat (ESR). Ein solcher ESR müsste vor allem zwei Merkmale vereinen: Er müsste effizient sein, und er müsste legitim sein, also auf Zustimmung zählen können. Mit 28 Außenministern oder Regierungschefs am Tisch hat man zwar maximale Legitimität, doch Effizienz ist äußerst schwer zu erreichen. Die 28 einigen sich entweder darauf, die Sache nicht zu behandeln, weil sie zu kontrovers ist, oder auf einen Minimalkonsens, der in der Sache wenig bringt. Infolgedessen handeln dann die Staaten, die aufgrund ihrer Größe und Macht überregional relevant sind – vor allem Frankreich, Deutschland und Großbritannien – nach eigenen Vorstellungen und Interessen.

Ein Sicherheitsrat wäre förderlich für die Bewusstseinsbildung

Ein ESR müsste diese Realität der Macht berücksichtigen und erstens die Großen und Größeren, diejenigen, die eine relevante Außenpolitik haben, an einen Tisch bringen. Er müsste zweitens, um Durchschlagskraft und Legitimität zu haben, den Kleineren die Chance bieten, auch gelegentlich dabei zu sein. Drittens müssten die EU-Institutionen, die über Ressourcen und Legitimität verfügen, ebenfalls mittun. Und viertens, um für Europa sprechen zu können, müsste Großbritannien dabei sein, ob Brexit oder nicht.

Ein solcher ESR, der auf Ebene der Regierungschefs zweimal jährlich tagen könnte und eine koordinierende, nicht exekutive Rolle hätte, könnte sich zusammensetzen aus den drei Großen: Frankreich, Großbritannien, Deutschland sowie den drei Größeren: Italien, Spanien, Polen. Auch dabei wären die Präsidenten der EU-Kommission sowie des Europäischen Rates und der Hohe Repräsentant für Außenpolitik. Hinzu kämen rotierend zwei weitere, kleinere Staaten. Im Kern würde es darum gehen, dass die entscheidenden Akteure sich über die strategischen Grundlinien in der neuen Großmachtkonkurrenz verständigen. Zum Abschluss ihres Treffens könnten sie ein Strategiedokument veröffentlichen, das sich auf ein Thema konzentriert.

Der Vorteil eines ESR würde darin bestehen, dass die Aufmerksamkeit der Regierungschefs, aber auch ihrer Regierungen und der Öffentlichkeit, zweimal jährlich auf ein großes strategisches Thema gelenkt wird. Damit würde er im günstigsten Fall zum Vehikel einer außen- und sicherheitspolitischen Bewusstseinsbildung und Strategieentwicklung. Sie könnte ein Baustein sein für eine Strategie der Selbstbehauptung Europas in einem dramatisch sich wandelnden geopolitischen Umfeld.

Dr. Ulrich Speck arbeitet als Senior Visiting Fellow beim German Marshall Fund in Berlin.

Bild r
Printausgab

Europa in Not, die transatlantischen Beziehungen im Tief, Autokratien wie Russland und China auf dem Vormarsch: Deutschland ist von vielen Seiten gefordert. Ist es dem gewachsen? Diese Frage stand im Fokus der März/April-Ausgabe.

nur in
be verfügbar

Ratlos in Berlin

Zögernd sucht Deutschland seine weltpolitische Rolle. Ängstlich pflegt es die kränkelnden Beziehungen zu den USA. Auch Paris findet: Berlin lässt dem Anspruch, mehr Verantwortung zu übernehmen, nichts folgen. Fortsetzung einer Debatte.

Gefährliche Stille

Deutschland weiß nicht, was es will. Berlin muss seine Interessen und Werte aktiver vertreten. Ein Plädoyer für das Ende der Anbiederung

Von Bruce Jackson

Seit der Wiedervereinigung 1990 sucht Deutschland nach seiner Rolle in der Welt. Von Zeit zu Zeit denkt es darüber nach, in der internationalen Politik und dem transatlantischen Bündnis mehr Führung zu übernehmen. Zentral ist die Frage, in welche Richtung sich die Beziehungen zu den USA entwickeln sollen. Vor einer Antwort scheuen die deutschen Politiker seit 30 Jahren zurück. Stattdessen warten sie lieber auf einen günstigeren Moment.

Während der Balkan-Kriege konnten sich die Deutschen zwar mit den humanitären Aspekten der Intervention anfreunden, nicht aber mit den militärischen Herausforderungen, die mit der Trennung der Konfliktparteien einhergingen. Letztendlich beklatschte Berlin den Einsatz der amerikanischen Soldaten und überließ der Europäischen Union die Verantwortung für den Wiederaufbau des Westlichen Balkans. In der nachfolgenden Diskussion über die Erweiterung der NATO begrüßten die Deutschen zwar das Interesse Amerikas an Osteuropa – das Gegenteil hätte ihnen weniger gefallen –, doch insgeheim sorgten sie sich um die russische Reaktion. Im Jahr 2000 beschloss Deutschland, den USA die Lorbeeren für die Schaffung des neuen Europas zu überlassen. Dafür übernahm es pflichtschuldig die undankbare Aufgabe, die neuen Mitglieder in die europäischen Institutionen zu integrieren.

Bis 2003 änderte sich an der Unterwürfigkeit der Deutschen gegenüber der Macht Amerikas kaum etwas. Erst im Zuge der US-Invasion des Irak entdeckte Deutschland eigene Interessen. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte sich an die Spitze der Kriegsgegner und hinterfragte gleichermaßen die amerikanische Obsession für Militäreinsätze im Ausland wie den religiösen Eifer, mit dem Washington an die Aufgabe heranging, Demokratien zu schaffen. Als das internationale System den nächsten großen Schock erlitt, die große Rezession von 2008,

© "A Conservative Case for German Leadership in Europe" wurde im Februar 2019 in The American Interest veröffentlicht.

zerbröckelte der unbehagliche Kompromiss in der deutschen Politik über die „Führung aus der zweiten Reihe“.

Nach der griechischen Finanzkrise und den Kriegen in Georgien und der Ukraine entwickelten sich die Interessen der USA und Deutschlands rasch auseinander; einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Massenmigration aus Syrien und Subsahara-Afrika.

Wurzeln der Krise

Den damaligen US-Präsidenten Barack Obama kümmerten weder die finanzielle Instabilität des südlichen Europas noch die Masseneinwanderung über das Mittelmeer. Er lehnte es ab, sich in Krisen einzumischen, die für Deutschland und Europa größte Bedeutung hatten. Zugleich aber warfen die USA Europa vor, keinen angemessenen Beitrag zu den größtenteils von Amerika beschlossenen Militäreinsätzen rund um die Welt zu leisten. Doch 2014, deutlich vor der Wahl von Donald Trump, war es so weit: Mit der Akzeptanz der Europäer und speziell der Deutschen für das paternalistische Auftreten der Amerikaner war es vorbei. Es war das Jahr, in dem Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz die Frage stellte, wann Deutschland endlich beginnen würde, Führung zu übernehmen. Doch in ihrem Denken über diese neuen und unvertrauten Umstände waren die Deutschen noch lange nicht so weit.

Während der ersten zwei Jahre der Regierung Trump klärte sich die Lage für Berlin. Es gab zwischen Deutschland und Amerika keine Beziehung mehr, die nicht negativ und feindselig geprägt war. Mit Deutschlands historischer und oft romantischer Verbindung zur amerikanischen Führung ist es vorbei. Angela Merkel versucht zwar noch, die kränkelnde Beziehung zu pflegen und die Interessendivergenz der Bündnispartner zu übertünchen. Doch die nächste Generation deutscher Politiker wird lernen müssen, Beziehungen zu Washington zu gestalten, die von klar entgegengesetzten Interessen bestimmt sind.

Deutschland zeigt sich fast krankhaft zurückhaltend

Angesichts der politischen und moralischen Turbulenzen in Amerika und der Zweifel an seiner Führungsfähigkeit über den Westen stellt sich gar nicht mehr die Frage, ob Deutschland führen sollte. Es ist dringend notwendig zu handeln.

Das Problem mit dem heutigen Deutschland ergibt sich aus dem Zusammenwirken zweier Aspekte: Amerika hat auf glaubwürdige und verantwortliche Führung verzichtet, was offenbart hat, welche geradezu krankhafte Zurückhaltung Deutschland in der nationalen Sicherheitspolitik an den Tag legt. Es stimmt, was ein ranghoher Vertreter des US-Außenministeriums im vergangenen Jahr im Auswärtigen Amt sagte: Berlin muss damit aufhören, sich um die Reaktionen von Präsident Trump zu sorgen und stattdessen Entscheidungen auf der Grundlage seiner eigenen nationalen Interessen treffen.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Unwillen der deutschen Politiker, die Interessen ihres Landes zu definieren, und dem psychologischen Phänomen, Meinungsverschiedenheiten mit der Trump-Regierung auf persönlicher Ebene als bizarr, auf politischer Ebene aber als unernst abzutun. Dieses

Phänomen führt dazu, dass erheblich unterschätzt wird, wie ernst die Differenzen zwischen beiden Ländern sind und welch hohe Hürden sie für die künftigen transatlantischen Beziehungen bedeuten. Man muss nur hören, was der stellvertretende US-Außenminister A. Wess Mitchell am 18. Oktober 2018 beim Atlantic Council über die Zukunft Europas sagte: „Zu lange haben viele im Westen die internationalen Institutionen gepriesen, ohne einzuräumen, dass ihre Autorität und ihr Einfluss dem Nationalstaat entstammen … Der Westen muss zu der Tradition zurückkehren, den Nationalstaat als solchen zu unterstützen und sich stärker dafür einsetzen, dass die internationalen Institutionen den demokratischen Willen der Nationen widerspiegeln. Andernfalls werden die Institutionen Einfluss und Bedeutung verlieren."

Die Kluft zwischen Washington und Berlin war nie tiefer

Aus dieser Perspektive gibt es niemanden, der sich der Lobpreisung der internationalen Institutionen in größerem Ausmaß schuldig gemacht hätte als Merkel und Deutschland insgesamt. Tatsächlich hat die Europäische Union in den vergangenen 70 Jahren eine Gemeinschaft errichtet, die auf geteilter Souveränität zwischen Nationalstaaten, auf der Bändigung populistischer Leidenschaften und auf der Begrenzung des Nationalstaats beruht. Mitchell meint, die USA sollten Länder wie Polen, Ungarn und die Ukraine fördern, die das Streben nach nationaler Souveränität als Selbstziel sehen. Es ist die offizielle Haltung der USA, dass die EU diese Länder wie primitive Retro-Staaten behandele und ihnen den von ihnen geforderten Raum zur Entfaltung verweigere. Folglich gelte es, den normativen Einfluss der Europäischen Union zu vermindern.

Es ist schwer, sich eine tiefere Kluft zwischen politischen Werten vorzustellen als die, die Amerika – Vorkämpfer kraftvoller, sogar rücksichtsloser Nationalstaaten – und Deutschland, Gründungsstaat der heutigen EU, trennt. Washington verlangt nicht nur, dass Europa sich von einem Großteil seiner Geschichte lossagt, sondern auch, dass es das ehrgeizigste multilaterale Projekt unserer Zeit aufgibt, zu Gunsten einer Handvoll illiberaler Demokratien, besessen von ihrer Vergangenheit.

Was will Deutschland sein?

Bedeutende Differenzen gibt es nicht nur auf der Ebene der politischen Philosophie, sondern auch auf dem praktischen Niveau von nationaler Sicherheit und Staatskunst. Über Jahrhunderte war die norddeutsche Tiefebene so etwas wie eine Autobahn für Invasionen aus allen Richtungen. Vor allem für den Umgang mit Russland bleibt dies wichtig. Von allen bilateralen Feindschaften in Europa haben die deutsch-russischen Beziehungen bis heute die mutmaßlich schwerwiegendsten Folgen.

Obwohl alle Kanzler der jüngeren Vergangenheit davor zurückgescheut sind, den Begriff der nationalen Interessen zu verwenden, kann es keinen Zweifel geben, dass die russischen Gasleitungen, die russische Aggression in der Ukraine und das wirtschaftliche und politische Durcheinander in den postsowjetischen Staaten eine ernsthafte Bedrohung für das moderne Deutschland darstellen. Wie lässt es sich in diesem Fall erklären, dass die deutsche Außenpolitik

Bild nur in Printausgabe verfügbar

daran gescheitert ist, Russland zur Änderung oder Beschränkung seines Verhaltens zu bringen, den Krieg in der Ostukraine zu beenden und die Energiesicherheit Deutschlands und Nordeuropas zu gewährleisten?

Kurz gesagt: Berlin war dazu außerstande, weil es merkwürdigerweise einer diplomatischen Struktur zugestimmt hatte, die die legitime Verfolgung nationaler Interessen unmöglich macht. Das Format der Verhandlungen zur Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges sieht die gleichrangige Beteiligung der Möchtegern-Friedensstifter Deutschland und Frankreich und der beiden kriegsführenden Länder vor. Im Endeffekt erhält Russlands Präsident Wladimir Putin auf diese Weise ein Veto. Zugleich wurde der ukrainische Präsident Petro Poroschenko für seinen selbstsüchtigen Nationalismus belohnt. Parallel dazu hat sich ein bilateraler Austausch zwischen Vertretern der USA und Russlands auf mittlerer Ebene entwickelt, die sich aber nur selten treffen.

Die drei Initiativen, die 2018 aus Telefongesprächen zwischen Putin und Merkel entstanden (der Einsatz von UN-Friedenstruppen, der Gastransit durch die Ukraine nach 2019 und direkte Verhandlungen über Frieden im Gegenzug zu Pipelines), wurden von dem zutiefst misstrauischen US-Außenministerium gemeinsam mit seinem Klienten in Kiew zerstört. Die Struktur der Friedensgespräche über den Krieg in der Ostukraine scheint darauf ausgelegt zu sein, nicht nur die Verhandlungen an sich scheitern zu lassen, sondern auch die französische und deutsche Diplomatie daran zu hindern, die politischen Grundlagen für die Nachkriegszeit in der Ukraine zu legen. Wie schon in den 1990er Jahren auf dem Balkan besteht das europäische Interesse am russisch-ukrainischen Krieg in einem Rückzug der ausländischen Streitkräfte, also den russischen, und

einer Begrenzung des Einflusses ausländischer Mächte nach Kriegsende, also auch dem amerikanischen.

Im Kern geht es zwischen den USA und Deutschland in Osteuropa weder um Gasleitungen noch um Verhandlungstaktiken, sondern um Grundprinzipien. Die USA sind überzeugt, um Mitchell zu zitieren, dass „die Rückkehr des Wettbewerbs zwischen den Großmächten die entscheidende geopolitische Tatsache unserer Zeit ist" und dass deswegen der Weg zum Frieden in der Ukraine über erdrückende Wirtschaftssanktionen, Waffenkäufe und letztlich einen Regimewechsel in Moskau führt. Die deutsche Sicht dagegen beschreibt einen alternativen Weg zum Frieden, über Verhandlungen mit Kiew, eine Verfassungsreform und den Wiederaufbau der Ostukraine.

Es geht um fundamental verschiedene Weltanschauungen

Es geht hier nicht darum, ob Berlin oder Washington über das richtige Mittel gegen die russische Aggression verfügt. Keinem ist es gelungen, Moskau einzuhegen. Keiner hat der Ukraine Frieden gebracht. Worum es geht, sind fundamental unterschiedliche Weltanschauungen. Das State Department betrachtet die östliche Flanke Europas als Ort, an dem sich die Großmächte einen schrankenlosen Wettbewerb liefern. Und Berlin sieht die russische Aggression und die humanitäre Tragödie durch die Linse der europäischen Geschichte nach 1945. Der Unterschied in den Werten, die diesen beiden Visionen zugrunde liegen, ist von großer Relevanz.

Auch was das angemessene Verhältnis zwischen der Wirtschaft und den Interessen des Staates betrifft, haben sich die USA und Deutschland ernsthaft auseinanderentwickelt. Wie die meisten Deutschen hat auch Merkel ein weitgehend positives Bild von wirtschaftlichen Aktivitäten. Wachstum ist gut, es verringert die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und führt zur Integration neuer Mitglieder. Der Handel, vor allem Exporte, ist wundervoll, weil er komparative Vorteile auf der Welt verteilt.

Die USA wollen Mauern

Im modernen Deutschland ist der Wohlstand ein Wert an sich. Handelsbeziehungen haben nicht den Zweck, den Zielen des deutschen Staates zu dienen. Für das Washington des Jahres 2019 gilt das nicht. Dort will man Mauern errichten. Die wirtschaftliche Aktivität, um noch einmal Mitchell zu zitieren, zieht ihre „fundamentale Bedeutung aus dem amerikanischen Nationalstaat und der nationalen Souveränität als einer zentralen Quelle, zusammen mit dem Naturrecht, aus dem sich politische Legitimität letztlich herleitet".

Ohne auf die seltsame Bemerkung über das Naturrecht einzugehen, ist dies eine aggressive und fundamental illiberale Deklaration merkantilistischer Prinzipien. Das bestätigt Mitchell selbst: „In einem viel größeren Ausmaß als bisher müssen die USA die Förderung der US-Wirtschaft als untrennbar verknüpft mit der künftigen Stärke und dem Einfluss unserer Nation im Ausland betrachten."

Die dysfunktionale atlantische Allianz hat zwei Seiten: Trumps Amerika, das aus Eigensucht die internationale Ordnung mit aggressivem Merkantilismus und ausbeuterischer Diplomatie ersetzt hat; und ein verdrießliches Deutschland, das zwischen Verwirrung und Leugnung

heftig hin- und herschwankt. Es ist die Wechselwirkung zwischen der amerikanischen Absage an den Altruismus zu Gunsten eines primitiven wirtschaftlichen Mobbings und Deutschlands Neigung zu Entschuldigungen und Einschmeicheleien, die die euro-atlantische Ordnung bedroht. Wenn man Mitchell glauben kann, werden die USA noch viel mehr Mühe darauf verwenden zu verhindern, dass Europa sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen kann.

Washington regiert in Berlin mit

Anders als die meisten EU-Staaten hat Deutschland seine Spitzenbeamten in der Europäischen Kommission nur selten als Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen angesehen. Bis heute hat Deutschland viel mehr dafür getan, die Vision der europäischen Gründungsväter Robert Schuman und Jean Monnet zu verwirklichen, als die Brüsseler Bürokratie in der Praxis für Deutschland geleistet hat. Solange es keine wirksame Koordinierung mit der EU gibt, kann nicht überraschen, dass die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben im US-Präsidentschaftswahlkampf festgelegt wird.

Deutsche Aluminiumexporte werden vom Handelsbeauftragten der USA reguliert, und Exporte in den Iran fallen in den Verantwortungsbereich des US-Finanzministeriums. Die Zölle auf Daimler, BMW und Volkswagen unterliegen den Launen der Wirtschaftsberater des Weißen Hauses. Deutschlands Energiepolitik wird durch Drohungen des amerikanischen Außenministeriums und des Energieministers bestimmt. Der einzige wichtige Aspekt der deutschen Wirtschaftspolitik, der nicht zum Ziel amerikanischer Einmischung geworden ist, ist die Klimaschutzpolitik. Doch seit sich die USA unter Präsident Trump 2017 vollständig aus dem Pariser Klimaabkommen zurückzogen, ist auch dies hinfällig geworden.

In dieser durch Merkantilismus, Protektionismus und unilaterale Diktate bestimmten Welt ist die deutsche Industrie wehrlos. Von den berauschenden Tagen der Jahre 2014 bis 2016, als der größte Freihandelsvertrag der Geschichte zwischen den USA und Europa zum Greifen nah war, bis zu den Handelskriegen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von heute ist der Absturz tief und mehr als nur ein wenig beängstigend. Aber auch hier hat Deutschland auf die veränderten Umstände nicht effektiv reagiert und somit seinen eigenen finanziellen Niedergang beschleunigt.

Deutschland hat auf die neuen Umstände schlecht reagiert

Es ist sicher wahr, dass Trumps Isolationismus und sein falscher Charakter die amerikanische Demokratie bedrohen. Aber weitaus gefährlicher ist die deutsche Unfähigkeit, die viel größere Gefahr zu erkennen, die das amerikanische Verhalten für den politischen Zusammenhalt und die Verteidigungsfähigkeit der NATO bedeutet. Erst baten die USA ihre Verbündeten, an mehreren von Washington angeführten Koalitionen der Willigen im Irak, in Afghanistan sowie im Nahen und Mittleren Osten teilzunehmen. Nun sieht es so aus, als könnten sich die USA von einem Tag auf den anderen zurückziehen, ohne Vorwarnung oder Konsultation. Um solches Verhalten auf dem Schlachtfeld zu beschreiben, existieren Begriffe wie Feigheit, Verrat und Fahnenflucht. Dies hat man aber von nieman-

dem in Europa laut gehört, am allerwenigsten in Deutschland.

Das konzeptionelle Problem besteht darin, dass konservative deutsche Politiker den Eindruck vermitteln, Anbiederung und Schmeicheleien seien eben der Preis, den man dafür bezahlen müsse, Trump in einem multilateralen Bündnis zu halten. Doch das ist wirklich eine schlechte Idee. Für Militärbündnisse gilt das gleiche wie für gute Ehen: Sie leben und gedeihen durch die Bereitschaft sich zu wehren, und zwar schon beim ersten Hinweis darauf, dass die moralischen Werte, die die Grundlage dieser Institutionen bilden, unterlaufen werden. Das Ausbleiben von Empörung in Berlin über Trumps Verhalten ist ein Zeichen, dass in Deutschland der Prozess der nationalen „Dekathexis", also des Rückzugs aus dieser politischen und emotionalen Investition, schon weit vorangeschritten ist. Die Zersplitterung der NATO wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Anbiederung in Washington ist eine sehr schlechte Idee

Pils hier, Aggressionen da

Zwischen dem US-Außenministerium und dem Auswärtigen Amt hat sich eine asymmetrische Beziehung entwickelt, die für die Aufrechterhaltung einer Freundschaft zwischen Gleichen Schlimmes erahnen lässt. In Washington sind die deutschen Diplomaten übermäßig höflich und zurückhaltend und werden üblicherweise übersehen. Gemäß der klassischen Tradition feiert die deutsche Botschaft die politischen und kulturellen Errungenschaften Deutschlands: geniale Automobilbauer, überragende Fußballmannschaften, die architektonischen und sozialen Erfolge der deutschen Wiedervereinigung und das Pils.

Im Gegensatz dazu sind die amerikanischen Diplomaten in Berlin phänomenal unhöflich. Sie arbeiten aggressiv gegen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Gastgeber, gegen die Regierung und gegen die Außenpolitik gewählter deutscher Regierungsvertreter. Das State Department ist in Berlin, um zu opponieren, zu stören und oft auch zu untergraben. US-Botschafter Richard Grenell hat sich mit dem nationalistischen polnischen Politiker Jarosław Kaczynski gegen Deutschland verbündet, die deutsche Einwanderungspolitik attackiert, deutschen Unternehmen mit US-Sanktionen gedroht und sich selbst zum Statthalter extraterritorialer Übergriffe der USA gemacht. Es ist kein Geheimnis, dass die Europa-Abteilung des State Departments kein Freund von Deutschland ist.

Das heutige atlantische Verhältnis leidet unter zwei Problemen: einerseits dem Machtgefälle unter den Partnern und andererseits der wirtschaftlichen Gefahr aufgrund der Verschlechterung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU. Nicht nur, dass Ausdrücke wie „untergebene Staaten" oder „Staaten zweiter Klasse" einen unmoralischen Beigeschmack haben: Ungleiche Beziehungen sind instabil und bedeuten eine Gefahr für ein internationales Ordnungssystem, das auf der gleichen Geltung des Rechts für alle basiert.

Von einer Beziehung, in der nur eine Seite schreien, einschüchtern und bestrafen kann, hat niemand einen Nutzen. Dasselbe gilt für diplomatische Manieren und Protokollfragen. Es ist keine Überraschung, dass

Deutschland das Land ist, in dem sich die Vertreter der Trump-Administration seit 2016 mit voller Absicht am schlechtesten benommen haben.

Einmalig an Deutschland ist, dass es die einzige wirtschaftlich erfolgreiche, entwickelte Demokratie ist, der kaum etwas dazu einfällt, warum sie so ist oder was ihre Bestimmung ist. In einem scharfen Gegensatz zu dem endlosen Eigenlob und den Täuschungen von Donald Trump ist Deutschland in einer Welt des ständigen Redens praktisch stumm. Es ist irrelevant, ob dies am zurückhaltenden Charakter Angela Merkels oder am distanzierten politischen Temperament ihrer Landsleute liegt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sollten große Nationen keine Scham dabei verspüren, im Rahmen ihrer übergeordneten humanitären, ökologischen und politischen Ziele auch eigene wirtschaftliche und geopolitische Interessen zu vertreten.

Gesucht: Deutschlands Ziele

Eine fundierte Erklärung der Ziele und der gemeinsamen politischen Werte einer Nation gehört zu den Notwendigkeiten der Staatskunst. Bedauerlicherweise fehlt es in Deutschland an Erzählungen über Sinn und Führung des Landes. Das hängt möglicherweise mit der Zögerlichkeit zusammen, zu der die Deutschen in ihrer Sicht auf die Moderne konditioniert worden sind.

Die hier abgegebenen Empfehlungen sollen Vorschläge darstellen, wie die deutsche Führung dem Verfall von Wohlstand und Politik des Westens entgegenwirken kann, der durch die Verrückung des moralischen Kompasses Amerikas und dem Verfall seiner Führungsfähigkeit entstanden ist. Aus konservativer Sicht muss man denken, dass Deutschland effektiver führen würde, wenn es respektiert und nicht nur gemocht würde. Von einem solchen Standpunkt aus wird man ebenso die Auffassung vertreten, dass die USA ihren früheren Status leichter wiedererlangen könnten, wenn sie respektiert würden statt abgelehnt und gefürchtet zu werden. Wichtig ist vor allem, dass Deutschlands politische Führung auf keinen Fall ungleiche oder einseitige Beziehungen als Normalfall der internationalen Politik akzeptieren darf. Wenn Europäer früher die Kommandowirtschaften der kommunistischen Welt gehasst haben, sollten sie sich heute mit Nachdruck gegen die schikanöse Wirtschaftspolitik der Trump-Administration stellen, die die Wirtschaft verzerrt, das freie Unternehmertum bedrängt und durch Handelskriege unfaire Vorteile zu erlangen sucht.

Vor Trumps tosendem Prahlen bleibt Deutschland stumm

Es ist ein Grundprinzip des Realismus, dass Geografie, Geschichte und kulturelle Nähe für die Beziehungen zwischen Nationen wichtig sind. Es ist absurd, dass über die Beziehungen zu Russland, den Frieden in der Ostukraine und die Energiesicherheit Europas im fernen Washington entschieden werden soll, und nicht in Berlin, Paris und Brüssel.

Bruce Jackson
ist Senior Fellow am Hudson Institute in Washington, DC. Er war Gründer und Vorsitzender des U.S. Committee on NATO (1995 bis 2000).

Doch so verschieden

Es ist noch ein weiter Weg zur gemeinsamen strategischen Kultur. Denn Deutschland passt nicht ins französische Koordinatensystem

Von Barbara Kunz

Auf der rhetorischen Ebene liegen die außenpolitischen Vorstellungen Paris' und Berlins dicht beieinander: Frieden, Stabilität und Menschenrechte. Angesichts der internationalen Entwicklungen spielt auch die Wahrung des Multilateralismus, dem sich Paris wie Berlin verschrieben haben, eine wichtige Rolle. Und natürlich wollen beide Länder oft das Gleiche und vertreten dieselben Werte.

Doch hin und wieder brechen die grundsätzlichen Unterschiede auf, die sich letzten Endes aus unterschiedlichen Selbstverständnissen der eigenen Rolle auf der internationalen Bühne ergeben. Aus französischer Sicht ist so manches an Deutschland unverständlich. Dies gilt natürlich auch für seine Außenpolitik: Das deutsche Gebaren auf der Weltbühne will einfach nicht so richtig in das Koordinatensystem französischen Denkens über internationale Politik passen.

In Frankreich herrscht quer durch das politische Spektrum mehr oder weniger Konsens: Frankreich ist eine wichtige Macht – so mancher meint durchaus: eine Großmacht –, und dieser Status findet vor allem in der eigenen Atomwaffe und in Paris' ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat seinen Ausdruck. Die Nation hat definierte Interessen, die zu verfolgen Aufgabe der Exekutive ist – und das weltweit.

Die Souveränität Frankreichs zu wahren, hat dabei oberste Priorität (was multilaterale Ansätze natürlich nicht ausschließt, aber sie sind eher Mittel zum Zweck als Selbstzweck). Als „Erfinder" der Menschenrechte hat Frankreich zudem eine besondere internationale Verantwortung. Schlussendlich ist es in Frankreich immer wichtig, einzelne Handlungen in einen größeren, schon fast philosophischen Kontext zu setzen.

Konzepte wie „Souveränität" oder „strategische Autonomie" spielen eine zentrale Rolle, und Dokumente wie sicherheits- und verteidigungspolitische Weißbücher dienen auch

dazu, einen intellektuellen Überbau für Politik und Debatte zu schaffen.

Berlin hat keinen Masterplan

Der deutsche Diskurs ist bekanntlich anders gelagert. Das lässt so manchen französischen Beobachter perplex zurück. Häufig wird deutsche Außenpolitik trotzdem einfach in das französische Koordinatensystem gezwängt. Tut man dies, lassen sich die Lesarten der deutschen Außenpolitik auf einer Skala einordnen, an deren jeweiligen Enden sich als Extremposition auf der einen Seite die Feststellung „Berlin ist vollkommen naiv" findet, auf der anderen „Deutschland verfolgt unter dem moralischen Deckmantel besonders perfide seine (wirtschaftlichen) Interessen". In welche Richtung die deutsche Außenpolitik eingeordnet wird, hängt dabei vom Standpunkt des Betrachters ab.

Mit der neuen deutschen Verantwortungsrhetorik weiß man in Paris jedenfalls eher wenig anzufangen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass aus französischer Sicht den Worten nicht genügend Taten folgen. Insbesondere in der Verteidigungspolitik schwingt in Frankreich fast grundsätzlich der Vorwurf an die Adresse Berlins mit, Deutschland lasse Frankreich im Stich und werde seiner internationalen Verantwortung nicht gerecht – gerade angesichts seiner finanziellen Ressourcen.

Eine andere ausformulierte deutsche „Grand Strategy" als „Verantwortung" gibt es indes nicht. Dass aber der deutschen Außenpolitik der große Masterplan, die durchdachte Gesamtstrategie, abgeht – das können sich viele französische Beobachter der Außenpolitik des Landes, das Clausewitz hervorgebracht hat, nicht so recht vorstellen. Gerade an den Rändern des politischen Spektrums bestätigt dies die Überzeugung, dass Anlass zu Misstrauen gegeben ist.

Hierbei spielt sicherlich auch mit, dass deutsche Außenpolitik aufgrund des deutschen politischen Systems weniger aus einem Guss sein kann, als es die französische ist. Die „Politisierung" von außenpolitischen Dossiers, die sich nicht zuletzt aus der wesentlich stärkeren Rolle des Bundestags im Vergleich zur Assemblée nationale ergibt, wird dabei häufig als deutsche Schwäche gesehen. Sie mache Außenpolitik schlechter planbar, weniger kohärent und weniger effizient.

Dem Land der Dichter und Denker fehlt der intellektuelle Überbau

Mitunter tun den französischen Entscheidern ihre deutschen Counterparts angesichts all der innenpolitischen Zwänge fast leid. Aus französischer Sicht fallen dabei im Übrigen Dossiers unter die Rubrik „Außenpolitik", die in Deutschland vermutlich in anderen Politikfeldern verortet würden. Ein aktuelles Beispiel ist die Debatte um Rüstungsexporte: Hier gilt der Einfluss der öffentlichen Meinung oft ebenso als Problem wie die Überzeugung, Berlin sei unfähig, die Frage in ihrem großen gesamtstrategischen Kontext zu sehen – nämlich die Zukunft der europäischen Rüstungsindustrie und somit in Verlängerung die Souveränität Europas.

Trump als Chance?

Das Beispiel Rüstungsexporte zeigt: Es geht häufig auch um unterschiedliche analytische Flughöhen. Am deutlichsten werden diese derzeit vielleicht an der Frage nach der Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Während in Frankreich die wachsende Entfremdung zwischen Europa und den USA vielfach als Ausdruck eines (von manchen durchaus lang ersehnten) systemischen Wandels begriffen wird, konzentriert sich die deutsche Debatte in erster Linie auf Donald Trump. Die Folgen sind vielfältig.

Aus französischer Sicht geht es darum, wie man Europa auf das internationale System des 21. Jahrhunderts vorbereitet und rüstet. Dem gegenüber steht eine deutsche Debatte, in der es augenscheinlich in erster Linie darum geht, wie man sich am besten bis zum Ende von Trumps schlimmstenfalls zweiter Amtszeit durchmogelt, geleitet von der impliziten Annahme, dass danach alles wieder „normal" wird. Dies führt in Paris zu erheblichem Frust, hat man doch den Eindruck, dass Deutschland den Ernst der Lage verkennt.

Vor diesem Hintergrund ist die lange ausgebliebene und dann eher halbherzige deutsche „Antwort" auf Emmanuel Macrons Rede an der Sorbonne vom September 2017 noch unverständlicher, als sie für Paris schon unter „normalen" Umständen wäre. In Frankreich sieht man die aktuelle Krise der transatlantischen Beziehungen durchaus als Chance – für Europa, aber auch für Frankreich als Gestaltungsmacht in und durch Europa. Da aber gleichzeitig das französische Angebot an die europäischen Partner – gerade in Fragen der Sicherheit und Verteidigung – nur in geringerem Maße deren Erwartungen und Bedürfnissen entspricht, wären eigentlich alle Voraussetzungen für eine Sternstunde des deutsch-französischen Motors erfüllt.

Deutschland könnte Frankreich gewissermaßen ausbalancieren und näher an den europäischen Mainstream heranführen. Allein: Aus Berlin kommt aus Pariser Sicht wenig bis gar nichts. Wie unter dem Brennglas wird hier das grundsätzliche

Dilemma deutlich: Frankreich möchte es eigentlich gerne alleine können, doch ohne Deutschland geht es einfach nicht. Insbesondere für diejenigen in Paris, die Frankreich als Großmacht sehen, ist diese Erkenntnis nicht immer leicht zu verdauen.

Das französische Verhältnis zu Souveränität ist dabei ambivalent. Während man sich einerseits die Stärkung der Souveränität Europas auf die Fahnen schreibt, ist man andererseits sehr darauf bedacht, die eigene Handlungsfreiheit zu bewahren. Das deutsche Verhältnis zum Multilateralismus oder gar die deutsche Neigung, in multilateralen Kontexten aufzugehen und Multilateralismus als Selbstzweck zu sehen, erscheint daher oft recht merkwürdig.

Alle Alarmglocken läuten in Paris, wenn die französische Souveränität eingeschränkt werden soll – beispielsweise dadurch, dass der ständige französische Sitz im UN-Sicherheitsrat wahlweise europäisiert oder geteilt werden soll, oder auch durch die Europäisierung der Rüstungsexportkontrolle. In einigen Kreisen gelten solche Vorschläge als Angriff auf den Status Frankreichs. Paris unterstützt daher lieber die Forderung nach einem ständigen deutschen Sitz, als dass man den eigenen teilt.

Frankreich fühlt sich überlegen

Insgesamt dürfte das vorherrschende Gefühl zur deutschen Außenpolitik das der französischen Überlegenheit sein. Deutschland wird dabei oft als eine Art Schüler begriffen, der noch am Lernen ist: Berlin hat noch keinen strategischen Ansatz, Deutschland fehlt noch der intellektuelle Überbau für seine Außenpolitik, und so weiter. Schwenkt Berlin dann auf die französische Linie ein – wie neuerdings bei der Frage nach dem Umgang mit China –, wird das in Paris häufig als ein weiterer Schritt in einem Entwicklungsprozess hin zur „Normalität“ gesehen.

Der Pariser Blick auf Berlin ist aber natürlich auch von Rivalität geprägt, die indes asymmetrisch ist: Frankreich und Deutschland rivalisieren gar nicht in denselben Disziplinen. Paris ist besonders stolz auf die oben genannten Großmachtattribute Atombombe und Sitz im UN-Sicherheitsrat, so wie es seine Streitkräfte als zentrales Mittel zur „Machtprojektion“ sieht. Legt man diese Kriterien an, kann Deutschland offensichtlich nicht mithalten.

Politische und wirtschaftliche Macht prallen aufeinander

Deutschland hingegen ist ganz klar Sieger nach wirtschaftlichen Kriterien – was in Paris zwar neidvoll anerkannt wird, aber eben auch als weniger wichtig gilt. Die Folge ist, dass des Öfteren Überlegenheitskomplexe aufeinanderprallen, die sich aus völlig unterschiedlichen Quellen speisen. Dies ist der Hintergrund, vor dem man einen Großteil der außenpolitischen Debatten im deutsch-französischen Kontext betrachten muss. Dass Deutschland die französische Atombombe lange nicht so ernst nimmt wie Frankreich dies tut, ist ein steter Quell unguter Gefühle, wenngleich diese selten an die Oberfläche gelangen.

Auch wenn viele in Paris sich außenpolitisch Deutschland überlegen fühlen, gibt es natürlich Dimensionen, in denen Deutschlands Vorsprung anerkannt wird. Vor dem Hintergrund der Gewissheit, dass Paris trotz allem in den Bereichen führt,

die wirklich zählen, gilt dies zweifelsohne für den Außenhandel, und zwar für das Volumen sowie die dazugehörige Infrastruktur an Außenhandelskammern. Der deutsche Außenhandelsüberschuss ist freilich ein permanenter Kritikpunkt an Berlin.

Mit den „Kleinen“ sprechen

Einer der wichtigsten Punkte aber betrifft die deutsche Angewohnheit, auch mit den „Kleinen“ zu sprechen. Als „richtige“ Großmacht neigt man in Frankreich bis heute dazu, einfach direkt in Washington oder Moskau anzurufen und sich insbesondere um Ostmitteleuropa nicht sonderlich zu kümmern – wenngleich man dies unter Macron nun anders handhaben möchte. Das mag neben Frust über Berlin und der Suche nach neuen Freunden auch mit der Erkenntnis zusammenhängen, dass sich der deutsche Ansatz mitunter machtpolitisch auszahlt. Und gerade Polen möchte man dann doch nicht nur dem deutschen Nachbarn überlassen, auch wenn die französisch-polnische Achse traditionell die schwächste im Weimarer Dreieck ist.

Polen möchte man nicht dem deutschen Nachbarn überlassen

Hier kommt erneut das Bild von der Verfolgung deutscher Wirtschaftsinteressen zum Tragen: Kritiker sehen beispielsweise im deutschen Framework Nations Concept im NATO-Rahmen nichts anderes als ein Vehikel zur Anbahnung deutscher Rüstungsgeschäfte – während Berlin das FNC gerne als Paradebeispiel europäischer Zusammenarbeit anführt.

Nicht zuletzt verdienen die deutschen politischen Stiftungen in diesem Zusammenhang eine Erwähnung. Auf sie blickt man in Paris oft neidvoll – einerseits wegen ihrer finanziellen Mittel, andererseits aber auch aufgrund ihrer Rolle als Nebenbotschaften und Instrumente zur Vernetzung.

Es passt noch nicht zusammen

Der französische Blick – so uneinheitlich er in der Realität auch sein mag – sagt letzten Endes mehr über Frankreich als über Deutschland aus. Klar ist, dass Deutschland nicht wirklich in das französische Koordinatensystem hineinpasst. Je nach politischem Standpunkt wird dabei die Ursache dieses Nicht-Passens an unterschiedlicher Stelle verortet: Für einige ist das französische Koordinatensystem nicht mehr zeitgemäß, für die vermutlich größere Anzahl an französischen Beobachtern hingegen ist die deutsche Außenpolitik das Problem.

Bis zu einer gemeinsamen strategischen Kultur, weit über die rein militärische Dimension hinaus, ist es also noch ein weiter Weg.

Dr. Barbara Kunz
arbeitet als Wissenschaftlerin beim Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am Ifri in Paris.

Die Welt der AKK

Dass man sie als mögliche Kanzlerin handelt, verschafft ihren außenpolitischen Positionen große Aufmerksamkeit: Was leitet Annegret Kramp-Karrenbauer?

Von Andreas Rinke

Als die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer Anfang 2019 ihre Antrittsbesuche bei dem Weltwirtschaftsforum in Davos und der Münchner Sicherheitskonferenz machte, war die Aufmerksamkeit groß. Als frühere saarländische Ministerpräsidentin ist sie zwar in Deutschland innenpolitisch kein unbeschriebenes Blatt mehr. Aber seit ihrem Wechsel auf die Bundesebene und vor allem seit der Wahl zur CDU-Vorsitzenden im Dezember 2018 wird die 56-Jährige als derzeit wahrscheinlichste Nachfolgerin von Kanzlerin Angela Merkel gehandelt.

Deshalb wollen internationale Partner ihr Weltbild kennenlernen und vor allem eines wissen: Was würde sich mit AKK im Kanzleramt in der Europa- und Außenpolitik ändern? Zwei Punkte scheinen dabei klar: Zum einen ist ihre Erfahrung in der Europapolitik sehr groß, in der Außenpolitik dagegen klein. Zum anderen deuten ihre ersten Positionierungen darauf hin, dass es weder in der deutschen Europa- noch der Außenpolitik Revolutionen geben dürfte – sehr wohl aber Nuancenverschiebungen. Doch zunächst einmal hat Kramp-Karrenbauer sich sehr klassisch zu den Grundpfeilern der deutschen Beziehungen bekannt: der EU-Integration und den transatlantischen Beziehungen.

Anderer Blick auf Europa

Kramp-Karrenbauer hat qua regionaler Herkunft einen Blick auf Europa, der dem von Helmut Kohl in den Jahren bis 1998 am meisten ähnelt. Wie der Rheinland-Pfälzer ist auch die Saarländerin im Bewusstsein um die schicksalhafte Beziehung Deutschlands zum westlichen Nachbarn Frankreich aufgewachsen. Nach 1998 wanderte der Blick deutscher Kanzler dann weiter nach Osten: Der Niedersachse Gerhard Schröder versuchte sich zunächst an einer engeren Partnerschaft mit Großbritannien. Die Ostdeutsche Angela Merkel betonte sehr viel stärker den

nötigen Blick auch nach Osten und Südosten des Kontinents. Zwar haben sowohl Schröder als auch Merkel die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft später ebenfalls verstanden und gepflegt. Aber mit Kramp-Karrenbauer rückt nun wieder eine führende Figur in die deutsche Europapolitik, für die Nähe zu Frankreich nicht nur eine Kopfentscheidung, sondern eine grundlegende emotionale Bedeutung hat und fast alltäglicher Referenzpunkt ihres bisherigen Lebens war.

Sie hat die Bedeutung von Europa, des Euro und von Schengen seit ihrer Jugend in Grenznähe aufgesogen. Sie spricht französisch und hat über die Jahre und Ämter gewachsene Frankreich-Erfahrung – auch als zeitweilige Beauftragte für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen. Frankreich sei ihr „Sehnsuchtsland, ich mag die Sprache und die Lebensart so sehr, dass ich auch französische Bücher lese", bekannte sie (*Bunte*, März 2017). Kramp-Karrenbauer hat in den letzten Jahren immer wieder durchscheinen lassen, wie sehr dies ihr Bild vom wichtigsten deutschen Partner geprägt hat – aber erkennbar auch für einen illusionslosen Blick auf die französische Politik und Gesellschaft sorgte. Schon früh hatte sie den Hang der Deutschen kritisiert, Frankreich trotz einer ganz anderen spezifischen Lage „mit erhobenem Zeigefinger" zu kritisieren. „Hier ist von deutscher Seite mehr Zurückhaltung gefragt", forderte sie (*Welt*, November 2012).

Eine Revolution deutscher Außenpolitik findet nicht statt

Eher bedauernd hat Kramp-Karrenbauer schon vor Jahren registriert, dass französische Jugendliche in Grenznähe trotz hoher Arbeitslosigkeit nur selten bereit sind, eine Ausbildung in Deutschland zu beginnen. Diese Erfahrung als Ministerpräsidentin hat sie misstrauisch werden lassen gegenüber französischen Rufen nach immer mehr Staat zur Lösung sozialer Probleme wie etwa dem Abbau der Arbeitslosigkeit. Andererseits empfindet Kramp-Karrenbauer viele Europadebatten im fernen Berlin als sehr abstrakt – und hat sich deshalb für ganz konkrete Reformen und „Experimentierräume" vor allem in den Grenzregionen eingesetzt. Denn „Europa" hat sie zwar als Alltagserfahrung erlebt, allerdings auch als eine, bei der Menschen noch zu oft auf bürokratische, grenzüberschreitende Hindernisse treffen.

Neue Nuancen

Auf eine Revolution deuten Kramp-Karrenbauers europapolitischen Vorstellungen dennoch nicht hin – nicht einmal auf einen Paradigmenwechsel, den einige Beobachter schon ausgemacht haben wollen. Denn die Grundkonstanten einer christdemokratischen Europapolitik sind in ihren Positionen erkennbar: das prinzipielle Bekenntnis zu einer vertieften Integration, diese aber nur selektiv; die starke Stabilitätsorientierung in der Finanzpolitik; ein integrativer Ansatz, der auch die schwierigen osteuropäischen Staaten einbeziehen soll. Dass Kramp-Karrenbauer durchaus entlang klassischer CDU-Linien denkt, wurde zudem bei der Vorstellung des Europawahlprogramms von CDU und CSU am 25. März deutlich, als sie die Forderung verteidigte, im künftigen EU-Finanzrahmen keine Kürzungen bei den Agrarsubventionen vorzunehmen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Für Aufregung sorgte vor allem ihre Auseinandersetzung mit den europapolitischen Vorstellungen des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron – wobei Kramp-Karrenbauer mehrfach betonte, dass sie ihm als CDU-Vorsitzende gar nicht in seiner Rolle als Präsident, sondern als Chef seiner politischen Bewegung En Marche geantwortet hatte. In dieser Rolle hat sie ihn bereits mehrfach kritisiert. So wettert sie gegen Macrons Ablehnung des Spitzenkandidatenprinzips bei der Europawahl. „Es ist interessant, dass der französische Staatspräsident dieses demokratische Prinzip zur Seite legen will", sagte die CDU-Chefin in einem Reuters-Interview (November 2018). „Deshalb wäre das ein Konflikt, den wir auch austragen müssten." Wie Merkel würdigt sie zwar Macrons proeuropäischen Elan. Aber als CDU-Chefin sieht sie in ihm eben auch einen Politiker, der die klassischen europäischen Parteienfamilien zerstören will. Zudem widerspricht sie Macron bei dessen Analyse, dass die Europawahl ein Kampf der Pro- und Anti-Europäer sei. Das stimme zwar für Frankreich, nicht aber für Deutschland, wo man eher die unterschiedlichen Konzepte etlicher proeuropäischer Parteien herausarbeiten müsse.

Ihr Bekenntnis zu einer Europäischen Armee 2030, ihr Pochen auf die Selbstbehauptung Europas gegenüber einem staatskapitalistischen China und den protektionistischen USA unter Präsident Donald Trump – all das steht sehr in einer Linie mit Merkels Europa-Vorstellungen. Auch diese hatte übrigens im Jahr 2018 schon einmal von einem europäischen Flugzeugträger als Fernvision gesprochen.

Und wenn Kramp-Karrenbauer die Gemeinschaftsmethode und intergouvernementale Absprachen in der EU als zwei gleichberechtigte Grundpfeiler der Zusammenarbeit nennt, dann bedeutet dies ebenfalls

keinen Bruch mit der Kanzlerin: Die neue CDU-Chefin benennt aus ihrer Sicht nur viel klarer, was nahezu die gesamte Amtszeit von Merkel europapolitisch geprägt hat: Integrationsfortschritte waren schon beim Euro, bei Schengen, später beim Fiskalpakt eben nur mit einem Kreis integrationsfreudiger Staaten möglich, nicht aber mit allen EU-Partnern. Und mit Blick auf die osteuropäischen EU-Partner sieht die CDU-Chefin nicht, dass sich dieses Problem der mangelnden Einheit der EU-27 nach einem Austritt Großbritanniens ändern würde. Für Kramp-Karrenbauer ist ihre Position deshalb keine Absage an die EU-Integration, sondern Realismus.

Außenpolitisch pflegt sie eine deutlichere Sprache als Merkel

Ihr Verhältnis zu den osteuropäischen EU-Staaten ist ambivalent. So hatte Kramp-Karrenbauer nach 2015 eine durchaus harte Haltung gegenüber der Visegrad-Ablehnungsfront zur Flüchtlingsverteilung in der EU eingenommen und auch mit Sanktionen gedroht. In der Rechtsstaatsdebatte mit Staaten wie Polen oder Ungarn war sie ebenfalls deutlich – und sie gilt als einer der führenden Köpfe hinter der Suspendierung der ungarischen Regierungspartei Fidesz von der europäischen Parteienfamilie EVP am 20. März. Aber gleichzeitig mahnt die CDU-Chefin, man dürfe die eigene kulturelle Erfahrung der Osteuropäer und deren Beitrag zur europäischen Einigung nicht übersehen und keine Ost-West-Spaltung forcieren.

Allerdings sollte man die unterschiedliche Tonlage Kramp-Karrenbauers und Merkels nicht überbewerten. Denn sie erklärt sich derzeit auch durch die unterschiedlichen Rollen, die beide spielen. Kramp-Karrenbauer kann und muss aus ihrer Sicht als „Nur"-Parteivorsitzende Positionen klarer beziehen als die auf ständigen Ausgleich bedachte Kanzlerin.

Das zeigte sich schon beim Thema Türkei und ihrem Umgang mit Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan in ihrer Zeit als saarländische Ministerpräsidentin. Im März 2017 untersagte Kramp-Karrenbauer im Saarland Wahlkampfauftritte türkischer Politiker im Präsidentschaftswahlkampf. Zwar wurden ihr im Landtagswahlkampf sofort wahltaktische Motive nachgesagt, weil es gar keine Besuchspläne türkischer Politiker im Saarland gab. Auf jeden Fall aber hatte Kramp-Karrenbauer gezeigt, dass sie gewillt ist, in Europa auch Konflikte einzugehen.

Außenpolitisch pflegt Kramp-Karrenbauer ebenfalls eine deutlichere Sprache als Merkel. Ein wenig ist dies der Tatsache geschuldet, dass sie die Bühne erst betreten hat, nachdem sich die internationalen Rahmenbedingungen im Vergleich zu den ersten Jahren der Kanzlerschaft Merkels erheblich verändert hatten. Denn 2014 hatte Europa durch die russische Annexion der Halbinsel Krim erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs wieder erlebt, dass ein Staat einen Landesteil eines Nachbarstaats annektierte – das veränderte den westlichen Blick auf Russlands Präsidenten Wladimir Putin erheblich. Dazu kam Ende 2016 die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Beide Personen seien „gleichermaßen schwierig", sagt Kramp-Karrenbauer heute zum Vergleich Trump–Putin.

Aber jeder Gedanke an eine Äquidistanz von Deutschland zu den USA und Russland ist Kramp-Karrenbauer fremd. Sie denkt in denselben Achsen

grundlegender Freundschaften wie Merkel. Das mag auch daran liegen, dass sie nach eigenen Angaben durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und die Debatte über den NATO-Doppelbeschluss politisiert wurde. In einem Interview mit der *IP* (Ausgabe März/April) warf sie Russland offen vor, Europa und Deutschland destabilisieren zu wollen.

Als Antwort darauf sieht AKK auch Sanktionen als geeignetes Mittel internationaler Politik an. Nachdem die russische Marine ukrainische Schiffe an der Meerenge Kertscht im Asowschen Meer aufgebracht hatte, forderte sie – allerdings erfolglos – neue Sanktionen gegen Moskau, nämlich ein Anlandeverbot russischer Schiffe in EU- und US-Häfen.

Auch beim Thema China überwiegt der skeptische Blick. Dort herrsche ein staatskapitalistisches Regime, das nun auch noch mit der Digitalisierung eine „perfektionierte soziale und politische Kontrolle des Einzelnen" nutzen wolle, betonte sie in dem *IP*-Interview. Natürlich sei das Land ein sehr wichtiger Wirtschaftspartner und Verbündeter in der Aufrechterhaltung multilateraler Organisationen. Aber zugleich zeichnete sie ein kritisches Bild: „China wird geführt von einem sehr starken Regime mit deutlich anderen Wertevorstellungen. Und einem, das auf lange Sicht sicher eigene Spielregeln in der Welt durchsetzen will." Sie habe keine Angst vor China. Aber neu sei, dass der Westen mit China einen Konkurrenten habe, der das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell infrage stelle. „Mit China gibt es erstmals einen Mitbewerber, der wirtschaftlich erfolgreich ist, ohne dass er auch unser Gesellschaftsmodell teilt. Und das ist die große neue Herausforderung", sagte sie. Die Konsequenz: „Sicherlich brauchen wir in diesem Systemwettbewerb auch so etwas wie eine strategische Industriepolitik."

Wie festgefügt dieser Teil ihres Weltbilds ist, bleibt offen. Denn anders als bei EU-Themen fehlt Kramp-Karrenbauer noch die eigene internationale Erfahrung. Sie war noch nie in China oder Russland, plant in der neuen Rolle als Parteichefin aber mehrere Auslandsbesuche.

Kritische Nähe zu den USA

Gefestigter wirkt dagegen ihr Blick auf westliche Verbündete wie Israel oder die Vereinigten Staaten. So lobt Kramp-Karrenbauer Außenminister Heiko Maas dafür, dass er sehr schnell nach Amtsantritt nach Israel flog. Das sei der richtige Ansatz, sagt sie in Abgrenzung zu den kritischen Tönen seines Vorgängers Sigmar Gabriel. Sie stehe zur Zwei-Staaten-Lösung. Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem sieht allerdings auch die CDU-Chefin skeptisch, weil es fraglich sei, ob dies ein Beitrag zur Friedenslösung in der Region sei.

AKK sieht Russland und China ausgesprochen skeptisch

Zu Washington betont sie eine kritische Nähe. „Die USA stehen mir von den Grundeinstellungen, dem Wertegerüst, der historischen Verbundenheit viel näher als andere Länder – völlig unabhängig von den aktuellen politischen Diskussionen", sagte Kramp-Karrenbauer der *IP*. Im Übrigen habe es Rückzugstendenzen der USA auch schon unter Trumps Vorgänger Barack Obama gegeben. Gleichzeitig unterstreicht sie, dass sich die Europäer nicht darauf

verlassen könnten, dass auf Trump ein Anti-Trump folge.

Ihre Dialektik ähnelt dabei der Merkels: Wie die Kanzlerin sieht auch die CDU-Chefin die gegenwärtige US-Politik zwar kritisch, aber gerade deshalb als Chance für die EU. Trump sei „eine klare Aufforderung an uns, unsere Interessen sehr deutlich und in der Sache hart zu vertreten", mahnte die CDU-Chefin in einem Interview mit der *Jewish Voice from Germany* (Juli 2018). „Dort, wo wir erkennbar Schwachstellen haben auch in der Argumentation, müssen wir diese beseitigen." Zugleich warnt Kramp-Karrenbauer, dass man in der Auseinandersetzung aufpassen müsse, dass sich in Deutschland kein neuer Anti-Amerikanismus breit mache.

Ziel: Ein stärkeres Europa kann sich von den USA abgrenzen

Das richtige Rezept für Deutschland und die EU sieht sie darin, selbst stärker zu werden und damit Abhängigkeiten von den USA abzubauen. Deshalb argumentiert sie nicht nur für ein härteres Auftreten gegenüber amerikanischen IT-Konzernen in Europa. Kramp-Karrenbauer fordert ein ums andere Mal, dass die Europäer und vor allem Deutschland viel mehr für Verteidigung tun müssten.

Als CDU-Chefin sucht sie dabei erkennbar die parteipolitische Auseinandersetzung bei außen- und sicherheitspolitischen Themen. Kramp-Karrenbauer setzt sich etwa vehement dafür ein, dass sich Deutschland am 2-Prozent-Ziel der NATO orientieren soll – und wirft der SPD Verantwortungslosigkeit in der Debatte vor. Es sei ein „dämlicher Spruch", wenn die SPD nun Rüstungsausgaben und Renten gegeneinander ausspielen wolle, sagte sie in einem RTL-Interview (März 2019). Es gebe eine gemeinsame Verantwortung, die Zusage kräftig steigender Militärbudgets auch einzuhalten – nicht etwa im Interesse Trumps, sondern im eigenen deutschen und europäischen. In eine pazifistische oder isolationistische Ecke will sie sich gar nicht erst stellen lassen: „Deutschland kann keine ‚große Schweiz' sein", sagte sie der *IP*. „Die Gefahr eines bedrohlichen Deutschlands sehe ich überhaupt nicht", weist sie zudem Kritik etwa des früheren SPD-Außenministers Sigmar Gabriel zurück, die EU-Nachbarn fürchteten sich vor einem steigenden deutschen Wehretat.

Kramp-Karrenbauer ist bereit, den Weg der selbst empfundenen Einzigartigkeit der Deutschen auch bei einem anderen Thema zu verlassen: bei Rüstungsexporten. Wenn Deutschland es ernst meine mit gemeinsamen europäischen Rüstungsprojekten, dann müsse man mit den Partnern auch gemeinsame Regeln für die Ausfuhr finden. „Das kann auch bedeuten, dass diese Projekte nicht den strengen deutschen Regeln unterliegen" (*Berliner Zeitung,* März 2019), sagte sie in der aufgeheizten Debatte über den Waffenexportstopp für Saudi-Arabien, gegen den etwa Frankreich und vor allem Großbritannien Sturm liefen.

Dr. Andreas Rinke
ist Chief Correspondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin.

Gegen Schwurbel-Politik

Deutschland soll sich vom Weichspüler-Begriff der deutschen Verantwortung verabschieden, so Thorsten Benner. Dabei geht es um etwas ganz anderes

Von Thomas Kleine-Brockhoff

Glaubt man Thorsten Benner, dann ist die Rede von der deutschen Verantwortung zum „Universal-Schwurbelkleister der deutschen Außenpolitik avanciert" (*IP,* März/April 2019). Ein nobel klingender Begriff werde benutzt, um eine „diffuse Wohligkeit inmitten weltpolitischer Turbulenzen" zu verbreiten. Besser sei es, sich vom „Weichspüler-Begriff" der deutschen Verantwortung „zu verabschieden".

Benner artikuliert ein Unwohlsein, das viele Beobachter der deutschen Außenpolitik erfasst hat: Irgendetwas passt da nicht zusammen. Es liegt nahe, sich zunächst die meist benutzte Redewendung der deutschen Debatte vorzuknöpfen. Tatsächlich kann ja eine Formulierung zur Formel gerinnen, durch Übernutzung unscharf werden. Sie mutiert dann zum Plastikwort, das nach viel klingt, aber nicht (mehr) viel bedeutet.

So nachvollziehbar das Unbehagen ist, so sehr führt doch die Begriffskritik in die Irre. Benner schlägt den Sack und meint den Esel. Ein Begriff wird zum Sündenbock erkoren, wo doch die deutsche Außenpolitik höchstselbst gemeint sein sollte. Um in Benners Bild zu bleiben: Nicht Debatten-Geschwurbel wäre schädlich, sondern eine Schwurbel-Außenpolitik.

In Wahrheit passt der Begriff der deutschen Verantwortung weiterhin gut in die Zeit. Er ist eine extreme Verdichtung, die auf die normengebundenen Interessen Deutschlands zielt, eine Art „Mission Statement" der Bundesrepublik in zwei Worten.

Als die deutsche West-Republik gegründet wurde, war das außenpolitische Kerninteresse glasklar benennbar. Bis 1990 stand es sogar in der Präambel des Grundgesetzes. Danach blieb das deutsche Volk „aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Diesem Staatsziel diente alle Außenpolitik: Wiedererlangung der Souveränität, Westintegration, Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt, europäische Zusammenarbeit und

Bild nur in Printausgabe verfügbar

UN-Beitritt, Ostpolitik und atomare Nachrüstung.

Als Folge der deutschen Einheit wurde die Definition der eigenen Ziele immer komplexer. Nach der deutschen die europäische Vereinigung anzustreben, war noch irgendwie konsensfähig. „Europe whole and free" – das war die Parole, die US-Präsident George H.W. Bush 1989 ausgab. Deutschland konnte sich dieser internationalistischen Vision ein paar Jahre lang anschließen, weil sich das eigene Interesse darin abbildete, kein Randstaat des liberalen und integrierten Teils Europas zu bleiben. Das alles geschah ja auch im Konsens mit den traditionellen Verbündeten wie den neuen Freunden im Osten. Kontrovers wurde die Zielbestimmung deutscher Außenpolitik erst wieder, als Verteidigungsminister Peter Struck 2002 postulierte: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt." Denn Strucks Diktum schien den Weg zu ebnen zu einer Außenpolitik global-polizeilicher Interventionen bei unklarem strategischem Ziel. Manche belächelten, andere bekämpften diese Zielvorstellung. Zum nationalen Konsens wurde sie jedenfalls nie.

So fehlte der Bundesrepublik weit mehr als ein Jahrzehnt lang eine Bestimmung des eigenen Kompasses, eine griffige Formulierung für das außenpolitische Kerninteresse des Landes. Die lieferte erst Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014, als er die Bundesrepublik als Nutznießer der liberalen internationalen Ordnung identifizierte. Als überdurchschnittlich globalisiertes Land, sagte Gauck, profitiere Deutschland auch überdurchschnittlich von jener offenen Weltordnung, die es dem Land erlaube, seine Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Daraus leitete der Bundespräsident das neue „Mission Statement" der Republik ab: „dieses Ord-

nungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen". Und er fragte: „Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?" Weil Deutschlands Außen- und Verteidigungsminister sich an gleicher Stelle ähnlich äußerten, wurde daraus der „Münchner Konsens", der schließlich die großen politischen Parteien einschloss.

Deutsche Interessen

Deutschland war damit als Status-quo-Macht positioniert, dessen Trachten es wurde, systempflegend und systemgarantierend aufzutreten. Mit welchen Mitteln das geschehen sollte, nämlich mit einem vernetzten Einsatz von Diplomatie, Entwicklungshilfe, kultureller Anziehungskraft, ökonomischer und notfalls auch militärischer Macht, das alles legten wenig später das „Review"-Dokument des Auswärtigen Amtes (2014) und danach das sicherheitspolitische Weißbuch (2016) dar. Der Begriff der deutschen Verantwortung ist so zum Kondensat all dieser Bemühungen geworden. Er deutet in ultimativer Verkürzung an, wie Deutschland seine Interessen definiert und seine globale Rolle sieht.

Heute, in einer Welt, in der die offene Ordnung immer mehr unter Stress gerät, wird die kraftvolle Verfolgung der Münchner Ziele nicht obsolet, sondern immer relevanter. Deutschland müsste jeden Tag mehr tun, um deren Erreichung näher zu kommen. Diese Notwendigkeit dürfte auf mittlere Sicht kaum schwinden: Es wird deutscher Führung und Kompromissfähigkeit bedürfen, Europa zusammenzuhalten. Und es wird deutscher Führung und sogar Kompromisswilligkeit bedürfen, um ein neues, modernes, vielleicht bescheideneres Gebäude des atlantischen Westens auf den Trümmerhalden zu errichten, die Folge der gegenwärtigen Abrisspolitik des Weißen Hauses sein werden. Wäre der Begriff der deutschen Verantwortung zu ersetzen, wie Thorsten Benner vorschlägt, so böte sich allenfalls „mehr Verantwortung" an.

Auch wenn Benners Kritik also fälschlich auf einen treffenden Begriff zielt, so nimmt sie doch zugleich die Unzufriedenheit mit der deutschen Außenpolitik sensibel auf. Völlig zu Recht beklagt Benner die wachsende Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Politik, zwischen eigenen Maximen und Handeln. Er mahnt mehr Realismus dort an, wo weltanschauliche Reinheitsvorstellungen die Betrachtung prägen. Und er erkennt die Gefahr, dass manche sich hinter dem Begriff der Verantwortung verstecken wollen, um nicht über Interessen reden zu müssen. In Wahrheit lassen sich beide Begriffe nämlich nicht gegeneinander ausspielen, weil die liberale internationale Ordnung Werte und eigene Interessen in symbiotischer Verbindung sieht.

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wächst

Dabei hatte alles hoffnungsfroh begonnen, damals, vor fünf Jahren. Aus dem Münchner Konsens wuchs ein Wollen im Münchner Geiste: Schon in der Schulden- und Finanzkrise hatte Deutschland bewiesen, dass es systemische Verantwortung übernehmen kann. Nun ergriff es so beherzt wie unerwartet die Führungsrolle bei der Eindämmung der russischen

Aggression gegenüber der Ukraine. Im Syrien-Konflikt spielte es seine Rolle als Verbündeter, indem es tat, was notwendig war und den Peschmerga Waffen lieferte. In Mali half es den Franzosen. Bei den Genfer Iran- und den Pariser Klimaverhandlungen brachte es sich couragiert ein. Gegenüber den NATO-Verbündeten bekräftigte die Bundesrepublik 2014 und 2016 ihre Selbstverpflichtung, den Verteidigungsbeitrag bis 2024 an 2 Prozent des Bruttosozialprodukts heranzuführen. Und in der Flüchtlingskrise widerstand die Bundesrepublik der Versuchung, sich national abzuschotten. Sie begann, sich mit den Dilemmata von internationaler Führung vertraut zu machen, setzte sich der Kritik aus und zahlte lieber einen sichtbaren Preis fürs Handeln statt einen schwer taxierbaren Preis fürs Nichtstun. Es schien, als wolle Deutschland künftig tun, was Bundespräsident Gauck dem Land aufgegeben hatte, sich nämlich „als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller" einzubringen.

Merkels Regierung ignoriert die Widersprüche ihrer Politik

Patt und Paralyse

Doch irgendwann, aus bislang nicht genau genug beschriebenen Gründen, stockte diese Entwicklung. Gewiss spielte zweierlei dabei eine Rolle. Erstens die Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten. Dessen Amoklauf gegen die liberale internationale Ordnung lässt eigenes Entgegenkommen wie Einknicken erscheinen und lähmt deshalb die deutsche Politik fortwährend. Unter diesen Bedingungen vom traditionellen Modus der „Zurückhaltung" auf „Verantwortung" umzuschalten, fällt erkennbar schwer. Und zweitens der deutsche Wahlkampf 2017, in dessen Verlauf der damalige Außenminister und seine Partei die Zustimmung zum 2-Prozent-Ziel zurückzogen. Seither sind wesentliche Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik parteipolitisch und in der Regierungskoalition umstritten. Die Folgen sind Patt und Paralyse.

So steigt die Zahl der Meinungsverschiedenheiten mit der Zahl der internationalen Krisen. Für den globalen Paradigmenwechsel vom amerikanischen Frieden hin zum Machtwettbewerb der Großmächte kann unter diesen Bedingungen keine deutsche und letztlich keine europäische Antwort gefunden werden. Das, was notwendig wäre, wird in der Praxis immer seltener getan. Die Lücke zwischen hochgesteckten Ansprüchen und eigenem Handeln weitet sich langsam zur Schlucht.

Da singt die Bundesregierung seit Monaten das Hohelied des Multilateralismus, und deren Chefin lässt sich dafür bei der Münchner Sicherheitskonferenz mit Standing Ovations feiern; von den Widersprüchen ihrer Politik will diese Regierung aber nichts wissen. Da betreibt und genehmigt sie eine deutsch-russische Gaspipeline wider den Geist der EU-Energiepolitik und wider die außenpolitischen Interessen praktisch aller mittel- und osteuropäischen EU-Partner, und sie will kaum wahrnehmen, dass diese Politik außerhalb Deutschlands nicht als Multilateralismus, sondern als brutalstmöglicher Unilateralismus empfunden wird. Da unterläuft sie eine selbst akkordierte multilaterale Vereinbarung innerhalb der NATO mit Hilfe eines mathematischen Taschenspielertricks (2 Prozent ist gleich 1,5 Prozent) und wundert

sich dann treuen Herzens, wenn andere finden, nicht nur Trump gefährde die NATO durch seine Unzuverlässigkeit, sondern auch Deutschland. Da ruft die Bundesregierung eine „Allianz der Multilateralisten“ aus und findet nichts dabei, den Gründungspartner dieser Allianz, Kanada, ziemlich allein zu lassen, wenn das Land mit den Autokratien China und Saudi-Arabien in einen Streit um grundlegende Menschenrechte gerät.

Gewiss ist Deutschland nicht das einzige Land, dessen Selbstwahrnehmung sich nicht mit der Fremdwahrnehmung deckt. Aber, wie Constanze Stelzenmüller treffend formuliert, „verleugnet kein anderes Land so nachhaltig die Spannung zwischen edlen normativen Überzeugungen und der eigenen, sehr selektiven Befolgung derselben“ (Brookings-Report, Februar 2019).

Ein guter Start wäre es, das Problem der deutschen Doppelzüngigkeit bei artigem Augenaufschlag endlich zu erkennen und zu benennen. Schon daran hapert es im deutschen Diskurs. Und dann wäre natürlich Abhilfe schön. Am besten, indem der Graben zwischen hochfliegenden Ansprüchen und bescheidener Umsetzungstreue von beiden Seiten her verkleinert würde: weniger sonntagspredigthaft daherreden, nüchterner auf die Realität blicken und entschiedener umsetzen, was daraus folgt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dies ist kein Mini-Plädoyer für einen werteskeptischen Realismus, sondern dafür, den eigenen interessengeleiteten Idealismus ernst zu nehmen und an die Weltlage anzupassen. Notwendig wäre in diesen stürmischen Zeiten ein robuster außenpolitischer Liberalismus, der die offene Ordnung der Welt verteidigt und erneuert; der mit größerer Entschiedenheit die Instrumente der diplomatischen Selbstverteidigung gegenüber jenen einsetzt, die Regeln und Normen mit Füßen treten und eine internationale Ordnung im Geiste des Antiliberalismus anstreben.

Wer sich dabei nicht überheben will, muss seine Ziele maßvoll definieren. Er muss den eigenen demokratischen Bekehrungseifer zähmen und sich von der missionarischen Idee der demokratischen Weltexpansion verabschieden. Die eigene Demokratie kann anderen als Vorbild dienen, aber Demokratie darf weder Vorbedingung noch notwendiger Zielpunkt sein für Zusammenarbeit. Ein robuster Liberalismus würde entsprechend weniger versprechen und mehr halten. Er zöge aus der Selbstbegrenzung sein Selbstbewusstsein und seine Überzeugungskraft und aus der realistischen Wirklichkeitsbetrachtung seine Fähigkeit, in turbulenten Zeiten politiktauglich zu sein. Bescheidenheit wäre mit Prinzipientreue zu kombinieren.

Bescheidenheit sollte mit Prinzipientreue kombiniert werden

Kurz gesagt: Deutschland braucht eine Politik, die der treffenden Formulierung von der deutschen Verantwortung besser gerecht wird. Notwendig ist also eine Politikveränderung, keine Begriffs-Beerdigung.

Thomas Kleine-Brockhoff ist Vizepräsident des German Marshall Fund of the United States. Er leitet dessen Berliner Büro.

GEGEN DEN STRICH

Soziale Medien

Bedrohen Twitter und Co. durch Hass und Fake News den demokratischen Konsens? Oder sind sie nur neutrale Vermittler? Acht Thesen auf dem Prüfstand

Von Christoph Koch

„Soziale Medien bilden zuverlässig die politische Stimmung ab“

Falsch. Zunächst einmal nutzen neue, radikale politische Akteure – seien es die AfD in Deutschland oder die Altright-Bewegung in den USA – soziale Medien stärker als etablierte Parteien und Gruppierungen. „Das liegt unter anderem daran, dass ihnen die finanziellen und infrastrukturellen Mittel fehlen, um die klassischen Medien zu nutzen“, sagt Cornelius Puschmann, der am Hamburger Hans-Bredow-Institut zum Thema soziale Medien forscht. „Die AfD hat beispielsweise mehr Facebookfans als alle anderen Bundestagsparteien. Gleichzeitig können diese Akteure die sozialen Medien mehr oder weniger aus dem Stand sowohl zur Außen- als auch zur Innenkommunikation und zur Mobilisierung nutzen, als kostengünstiger One-Stop-Shop gewissermaßen.“

Hinzu kommt, dass Nutzer mit extremeren Ansichten – egal ob rechts oder links der Mitte – sich in den sozialen Medien überproportional stark betätigen. Höchstwahrscheinlich, weil der Aufwand, mehrere Stunden am Tag Postings zu teilen, zu kommentieren oder aus einem Netzwerk in ein anderes zu verbreiten, sich nur lohnt, wenn man glaubt, die eigene Meinung finde nicht genug Gehör.

Zudem begünstigt die Architektur von Netzwerken wie Facebook emotionale und radikale Äußerungen gegenüber sachlich-gemäßigten. „Aufgrund der ausschließlichen Finanzierung über Werbeeinahmen ist Facebook weniger daran interessiert, die Nutzer ausgewogen zu informieren, als vielmehr daran, sie möglichst lange auf der Seite zu halten“, sagt Axel Maireder, der das Social-Media-Forschungszentrum der Gesellschaft für Konsumforschung in Wien leitet. „Und dieses Engagement funktioniert nachgewiesenermaßen besser über

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Inhalte, die Emotionen ansprechen – selbst, wenn es Wut ist. Oder über Dinge, die krasser sind als das, was ich sonst so zu sehen bekomme."

Gerade die Videoplattform Youtube steht immer wieder in der Kritik, weil sie den Nutzern durch ihren Empfehlungsalgorithmus immer extremere Videos vorsetze. Nach Videos über Donald Trump zeigt die Empfehlungsspalte immer mehr Videos über rechtsradikale Gruppierungen; wer Videos über Bernie Sanders ansieht, landet über kurz oder lang bei linken Verschwörungstheoretikern.

„Filterblasen gab es schon immer"

Ja und nein. Streng genommen meint das Konzept der Filterblase eine Auswahl von Onlineinhalten durch einen Algorithmus, die auf bisherigen Vorlieben basiert und diese verstärkt. Das ist durchaus etwas Neues. Was es hingegen schon gab, als sich Menschen am Kiosk noch zwischen der *FAZ* und der *taz* entschieden oder sich am Stammtisch ihre Meinung bestätigen ließen, sind selektive Wahrnehmung und kognitive Dissonanz. Also das Auswählen von Meinungen, die besser ins eigene Weltbild passen und das oft unbewusste Ausblenden von Informationen, die ihm widersprechen. Allerdings herrschte bislang selbst bei Medien einer unterschiedlichen ideologischen Haltung ein gewisser Grundkonsens. Man war sich vielleicht über die Interpretation uneinig, aber akzeptierte eine gemeinsame Faktenbasis. Das ändert sich gerade: „Der gemeinsame Horizont verschwindet", sagt GfK-Forscher Maireder.

In einer umfangreichen Studie des *Columbia Journalism Review* (CJR) kamen Medienforscher um Yoshai Benkler zu dem Ergebnis, dass sich in den USA ein abgeschottetes rechtsgerichtetes Mediennetzwerk gebildet habe, „das Social

Media als Haupttrasse nutzt, um ein extrem voreingenommenes Weltbild zu vermitteln“. Nach einer Auswertung von 1,25 Millionen Nachrichten und ihrer Verbreitung in sozialen Medien kamen sie zu dem Ergebnis, dass diese Polarisierung einseitig stattfand, es also kein vergleichbares Netzwerk auf der Seite der Clinton-Anhänger gab. Gleichzeitig habe es das radikal-konservative Mediennetzwerk mit Hilfe von Social Media geschafft, die eigenen Themen (Immigration, Angriffe auf Clinton) auf die Agenda des gesamten Medienbetriebs zu drücken.

„Mit Fake News und Social Bots lassen sich Wahlen manipulieren“

Der Nachweis steht noch aus. Zunächst einmal ist der Begriff Fake News inzwischen abgenutzt und überdehnt, weil er von unbeabsichtigten Falschmeldungen über Lügen bis hin zu unliebsamen Meinungen für nahezu alles verwendet wird. In der ursprünglichen Bedeutung waren Fake News – also absichtlich verbreitete Unwahrheiten – im US-Wahlkampf weniger einflussreich als angenommen. „Leute, die dafür sowieso empfänglich waren, haben solche Fake-News-Artikel gerne gelesen und geteilt“, sagt Martin Fehrensen, Gründer des Social-Media-Watchblogs. „Aber es wurde niemand davon ‚bekehrt‘.“ Die CJR-Studie kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Die am häufigsten geteilten Artikel seien Informationen gewesen, die zumindest teilweise korrekt waren, dann aber „absichtlich in eine Botschaft verwandelt wurden, die im Kern irreführend und falsch ist“. Falsche Interpretation statt Fake News also.

Auch bei Social Bots – Programmen, die automatisiert Inhalte in sozialen Netzwerken veröffentlichen, teilen, liken oder kommentieren – fehlt bislang der eindeutige Nachweis sowohl für ihre Verbreitung als auch für ihre Wirkung. Zwar können diese Programme für Masse sorgen, etwa einen bestimmten Hashtag sichtbarer machen. Doch ob das reicht, um die politische Haltung oder die Wahlentscheidung menschlicher Nutzer zu manipulieren?

Eher nicht, schreibt etwa das Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestags in einem Papier: „Bisher gab es noch keine wissenschaftlichen Studien, in denen der Nachweis erbracht wurde, dass die Beeinflussung von gesellschaftlichen Gruppen durch Social Bots tatsächlich gelingt.“

„Durch gezieltes Targeting in sozialen Medien sind Menschen extrem manipulierbar“

Fragt nach bei Ted Cruz. Es war eine moderne Gruselgeschichte, die vor einiger Zeit die Runde machte: Statistikern der britischen Firma Cambridge Analytica sei es gelungen, allein aufgrund von Wählerlisten und Facebooklikes extrem genaue Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Und diese dann mit individuell maßgeschneiderten Informationen zum Trump-Wähler zu manipulieren.

„Die Statistiker haben die Wahl gewonnen“, schrieb das Magazin des Schweizer *Tagesanzeigers* über das so genannte Microtargeting von Cambridge Analytica. Doch schnell stellte sich heraus: Es gibt weder Nachweise, dass die Republikaner um Trump diese Methode tatsächlich eingesetzt haben, noch dafür, dass sie wirklich Resultate liefern kann. So erlaubt Facebook zwar eine gezielte Werbeansprache von bestimmten Zielgruppen (spanischsprachige Fans des FC Bayern unter 30), jedoch nicht von Einzelpersonen.

Zahlreiche unabhängige Experten kommen zu dem Schluss, dass auch im US-Wahlkampf lediglich die bekannten statistischen Methoden genutzt wurden. Sogar die Firma selbst nahm inzwischen ihre Behauptungen zurück, man habe individuelle Psychogramme erstellt und damit die Wahl für Trump gewonnen. Auch der Sieg Trumps taugt nicht per se als Beleg für die Fähigkeiten der Firma – denn sie hatte zuvor auch die gescheiterten Kandidaten Ben Carson und Ted Cruz beraten. Letzterer hatte die Firma gefeuert, nachdem ihre Prognosen und statistischen Modelle sich in den Vorwahlen als unpräzise erwiesen hatten.

„Die Anonymität im Netz ist schuld an der allgemeinen Verrohung“

Vermeintlich einleuchtend. Wer nicht unter seinem Klarnamen agiert, sondern als „Klardenker58“, wird leichter ausfallend, er muss schließlich keine negativen Folgen im Offlineleben fürchten. Aber: „Im Großen und Ganzen sehen wir keinen Zusammenhang zwischen Anonymität im Netz und aggressiveren Äußerungen“, sagt Social-Media-Forscher Cornelius Puschmann. „Auf rechten Facebookseiten beispielsweise ist der Anteil an Menschen, die Pseudonyme benutzen, nicht höher als insgesamt auf der Plattform. Die Angst vor sozialen Sanktionen, wenn man seinen realen Namen benutzt, scheint hier kaum ausgeprägt zu sein.“

Das bestätigt auch eine Studie von Katja Rost und anderen Soziologen der Universität Zürich, die über drei Jahre hinweg mehr als 530 000 Kommentare einer Onlineplattform für Petitionen auswerteten. Bei dieser Plattform haben Nutzer die Wahl, ob sie anonym oder unter Klarnamen agieren. Das Überraschende: Der Anteil der aggressiven Postings war bei anonymen Nutzern signifikant geringer als bei denjenigen, die unter ihrem echten Namen schrieben.

„Die Menschen nehmen das, was sie in den sozialen Medien lesen, für bare Münze“

Das lässt sich zumindest für Deutschland nicht bestätigen. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Infratest dimap im Auftrag des WDR schätzen nur 5 Prozent die sozialen Medien als glaubwürdige Informationsquelle ein. Dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen und den Tageszeitungen sprechen sie mit

77 und 71 Prozent eine deutlich höhere Glaubwürdigkeit zu. 90 Prozent der Bundesbürger halten das Informationsangebot deutscher Medien für gut oder sehr gut. „Das Misstrauen in die etablierten Medien ist allerdings nicht über die Gesamtbevölkerung gleichmäßig verteilt, sondern findet sich geballt im Umfeld von Organisationen wie Pegida oder der AfD“, sagt Cornelius Puschmann.

Gleichzeitig gibt es Anzeichen, dass die Skepsis gegenüber Dingen, die man „irgendwo auf Facebook“ gelesen hat, bei den Jüngeren abnimmt. „In einer Studie unter 14- bis 17-Jährigen haben wir festgestellt, dass sich eine Verschiebung anbahnt: weg von einer Glaubwürdigkeit, die sich auf einen bestimmten Autor oder eine Autorität stützt, hin zu einer Glaubwürdigkeit durch Mehrheit“, sagt Axel Maireder. „Selbst faktisch falsche Informationen werden dadurch glaubwürdiger, wenn sie nur von genügend Menschen oft genug wiederholt werden.“ Soziale Medien verstärken dies womöglich, da sie einerseits die ursprüngliche Quelle einer Information nebensächlich werden lassen und andererseits darauf basieren, dem Nutzer das zu zeigen, was viele seiner Freunde geteilt, geliket oder zumindest angeklickt haben.

„Die sozialen Medien bewirken letztlich nichts“

Zu kurz gedacht. Als Facebook und Twitter vor zehn Jahren in Deutschland populär wurden, traute ihnen niemand viel zu. Gelangweilte Teenager würden sich dort virtuell „anstupsen“, planlose Twens Fotos ihres Biofrühstücks posten. Mehr sei dort nicht zu holen, so der Befund. Das änderte sich in den Jahren ab 2010, als Revolutionen in Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Staaten die Timelines bestimmten. Plötzlich wurde eine aufklärerische Wirkung von Twitter und Facebook gepriesen.

Auch wirtschaftlich wurde Social Media immer bedeutsamer. Egal ob Medien oder Reiseveranstalter: Niemand, der im Netz wahrgenommen werden wollte, wollte auf den vermeintlich kostenlosen Traffic von Facebook verzichten. Wie es sich für jeden guten Hypecycle gehört, schien auf eine Unter- eine gewisse Überschätzung zu folgen, die sich anschließend nach einigem Hin und Her auf einem vernünftigen Mittelmaß einpendeln würde.

Doch dann passierte Donald Trump. Und Geschichten von mazedonischen Teenagern machten die Runde: Mit Webseiten, auf denen sie Clinton-feindliche Fake News verbreiteten und via Facebook auf Millionen von US-Bildschirmen schleuderten, hätten sie Trump erst ins Weiße Haus gebracht.

Heute wissen wir, dass es so einfach nicht ist und dass man den Einfluss der sozialen Medien nicht überschätzen darf. Doch der Umkehrschluss der kompletten Wirkungslosigkeit ist ebenfalls falsch. Allein Facebook kommt weltweit auf über 2,2 Milliarden regelmäßige, aktive Nutzer. Soziale Medien sind zu wichtigen Gatekeepern für die verschiedenen Informationsangebote geworden.

Wie die erwähnte Studie der Columbia Journalism Review nachwies, können soziale Medien Aufmerksamkeit generieren und bestimmte Themen auch in den traditionellen Massenmedien platzieren. Welche Auswirkungen ein Tweet haben kann, beweist Donald Trump regelmäßig, wenn er mit einer ein-

zigen 280-Zeichen-Tirade den Aktienkurs von Unternehmen wie Lockheed Martin, Toyota oder diverser Pharmafirmen auf Talfahrt schickt. Oder wenn Japans Premier Shinzo Abe vor einem Treffen mit Trump japanische Unternehmen auffordert, ihm „twittertaugliche“ Zahlen ihrer US-Investments zu liefern.

Soziale Medien können den politischen Diskurs verändern, indem sie Standpunkten, die vorher als komplett randständig wahrgenommen wurden, dadurch Gewicht verschaffen, dass der Betreffende im sozialen Netz auf Gleichgesinnte trifft, selbst wenn das nur wenige sind. Cornelius Puschmann nennt das den „Long Tail der politischen Standpunkte“ in den sozialen Medien: „Wenn jemand eine Community findet, in der er sich beispielsweise rassistisch äußern kann oder die an dieselben Verschwörungstheorien glaubt, dann kann das dazu führen, dass er seine Meinung öffentlich äußert, was er vorher vielleicht nicht getan hat – und dadurch weitere Menschen mit ähnlicher Haltung mobilisiert.“

„Die großen sozialen Medien haben zu viel Macht“

Da ist was dran. Soziale Netze wie Facebook, Twitter oder Instagram kontrollieren immer stärker den Zugang zu Bürgern, Wählern und Konsumenten. Die Inhalte, die da verbreitet werden, sind durch die Digitalisierung und aufgrund ihrer Masse nahezu wertlos geworden. Die Kontrolle über Hunderte Millionen von Nutzern und über die Algorithmen, die bestimmen, wer was zu sehen bekommt und wer wen erreichen kann, ist es, die den Wert dieser Firmen ausmacht.

Dass die Macht derzeit in so wenigen Händen liegt, ist ein Problem. Es wäre sinnvoll, die weitere Oligopolisierung nach Vorbild von Facebooks Übernahmen von Whatsapp oder Instagram zu untersagen. Die Konzerne sollten zudem offenlegen, nach welchen Kriterien ihre Algorithmen Informationen anzeigen oder verbergen. Nutzer müssten leicht erfahren können, welche Daten über sie gesammelt und weitergegeben werden – um diese auf Wunsch löschen zu lassen.

Schließlich: Durch eine Verpflichtung, anderen Anbietern Zugriff auf den „sozialen Graphen“ – also das Freundesnetz – zu gewähren, ließe sich der Netzwerkeffekt abmildern. Dieser macht es derzeit schwierig, wenn nicht unmöglich, mit Facebook in Konkurrenz zu treten. Doch nur aus solchem Wettbewerb heraus könnten neue Geschäftsmodelle entstehen, die nicht allein auf Werbefinanzierung und den damit verbundenen Nachteilen basieren.

Die industrielle Revolution brachte vielen Wohlstand, raubte bestimmten Berufsgruppen aber auch ihre Existenzgrundlage. Im Ergebnis verbesserte sie aber die globale Lebensqualität dramatisch. Heute ermöglichen die sozialen Medien es Menschen, weltweit in Echtzeit und nahezu kostenlos miteinander zu kommunizieren – konzentrieren dabei aber immense Macht in den Händen von wenigen. Ein Fortschritt sind die sozialen Medien trotz allem.

Christoph Koch
ist freier Journalist (u.a. für *brand eins*), Buchautor (u.a. „Ich bin dann mal offline“), Moderator und Vortragsredner.

Global, digital – national

Die Volkswirtschaft ist tot, es lebe der Nationalstaat! So präsentiert sich die polit-ökonomische Großwetterlage. Was bedeutet das für unsere Demokratie?

Von Thomas Straubhaar

Als „Slowbalisation" bezeichnet die britische Wochenzeitung *The Economist* das Schneckentempo, mit dem sich die Globalisierung momentan bewegt. Eine zweifelsfrei zutreffende Veranschaulichung, wie weltweit die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit mit dem Prinzip der gegenseitigen Marktöffnung und des internationalen Wettbewerbs an Dynamik verliert und wie spürbar das Pendel der Globalisierung zurückschwingt. Multilateralismus ist out. Re-Nationalisierung wird in. Strafzölle und Grenzmauern dominieren die aktuelle weltpolitische Diskussion.

Um zu belegen, wie der Globalisierung in der vergangenen Dekade die Puste ausgegangen ist, hat der *Economist* ein Dutzend Indikatoren zum Stand der Globalisierung zusammengetragen: von weltweiten Handelsnetzwerken über Aktivitäten multilateraler Unternehmen und deren grenzüberschreitenden Investitionen und Lieferketten bis hin zu Transaktionen auf internationalen Kapital- und Finanzmärkten. Das Ergebnis der Datenanalyse zeigt, dass die Verflechtungen der Weltwirtschaft heute weniger eng sind als vor der Finanzmarktkrise Ende des vergangenen Jahrzehnts. Bezogen auf die Wertschöpfung insgesamt waren 2017/18 die Handelsintensitäten, die Investitionen im Ausland durch Aufkäufe und Beteiligungen sowie die grenzüberschreitenden Kreditbeziehungen und Kapitaltransfers geringer als im Jahr 2007.

Am offensichtlichsten lässt sich die gegenwärtige Verlangsamung des Globalisierungstempos beim Güterhandel veranschaulichen. Das Welthandelsvolumen bezogen auf die gesamte Weltproduktion (also der Wert des Weltgüterhandels in Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts) erreichte 1960 laut Daten der Weltbank 8,8 Prozent, 2008 jedoch 25,7 Prozent, also fast das Dreifache. 2017 waren es aber nur noch 22,1 Prozent und damit weniger als 2005 (mit 22,5 Prozent).

Aktuell sieht es auch für das erste Quartal 2019 nach Angaben der Welthandelsorganisation nach einer weiteren Verlangsamung aus.

Daten statt Waren

Ein vertiefter Blick auf die Globalisierungsstatistiken offenbart jedoch eine Reihe weiterer bemerkenswerter Beobachtungen. So gibt es einige Indikatoren der internationalen Vernetzung, die im zurückliegenden Jahrzehnt durchaus zu- und nicht abgenommen haben. Zuallererst und nicht wirklich überraschend gilt das für den weltweiten Austausch von Daten. Nach einer Schätzung des McKinsey Global Institute vom Januar 2019 dürfte sich das grenzüberschreitende Datenvolumen (gemessen in Terabits pro Sekunde) in den vergangenen zehn Jahren nahezu vervierzigfacht haben. Und mit der wachsenden Bedeutung des Online-Handels hat sich die Anzahl der weltweit versandten Pakete etwa verdreifacht.

Ebenso sind die internationale Mobilität von Personen und eng damit verbunden die grenzüberschreitende Migration von Arbeitskräften im letzten Jahrzehnt weiter gestiegen. Mehr Menschen als jemals zuvor reisen ins Ausland, machen dort Urlaub oder verlassen ihre Heimat sogar für längere Zeit, um anderswo ihr Glück zu suchen. So lebten 2017 rund 260 Millionen Menschen, also rund 3,4 Prozent der Weltbevölkerung, dauerhaft im Ausland – 2005 waren es noch 190 Millionen Personen (oder rund 2,9 Prozent der Weltbevölkerung) gewesen.

Ganz offenbar ist die Globalisierung nicht am Ende. Aber sie ändert gerade gewaltig ihr Profil. Für Dienstleistungen, die oft mit Migration einhergehen, und die Datenwirtschaft steht die Globalisierung am Anfang. Das zeigt sich auch daran, dass bereits in der letzten Dekade der grenzüberschreitende Dienstleistungshandel keine Anzeichen eines Kriechgangs zeigte und weit schneller gewachsen ist als der Warenhandel. Datentransfers ergänzen und ersetzen immer mehr physische Güterströme; sichtbare Transaktionen werden stärker durch unsichtbare Dienstleistungen verdrängt.

Die Globalisierung ändert gerade gewaltig ihr Profil

Outsourcing war einmal

Zentralisierung war Ursache und Folge der Globalisierung. Die Fixkosten der (industrialisierten) Güterproduktion – also die hohen Kosten der Produktionsanlagen, Fertigungsstraßen und Maschinen – verlangten nach Fabriken, in denen Massen von Beschäftigten aktiv tätig waren, um Massen von Produkten herzustellen. Von einem (einzigen) Standort aus wurden dann möglichst hohe Stückzahlen hergestellt. Eine maximale Auslastung erlaubte es, Durchschnittskosten zu senken und dadurch Vorteile der Massen- und Verbundproduktion zu nutzen. Was zentral vor Ort gefertigt wurde, musste dann in immer größer werdenden Transportsystemen über weite Entfernungen zur Weiterverarbeitung und zum Kunden gefahren werden.

Wie eine Karawane zog die Konsumgüterindustrie in den letzten Jahrzehnten von einem Billiglohnland in Asien zum nächsten. Outsourcing war das Motto. Damit war gemeint, die Wertschöpfungskette in immer kleinere Glieder zu zerlegen und jedes einzelne Glied dort zu

produzieren, wo es am billigsten ist. Die um die Schwellenländer verlängerten industriellen Werkbänke ermöglichten eine immense Spezialisierung, was noch einmal zusätzlich erlaubte, von Größenvorteilen zu profitieren. Fixe Kosten wie Fabrikgebäude, Produktionsanlagen oder Anlern- und Ausbildungskosten für die Beschäftigten konnten so auf immer größere Stückzahlen umgelegt werden, was die Durchschnittskosten weiter massiv verringerte.

„Made in Europe“ wird durch Hightech wieder kostengünstig

Hochwertige Maschinen, Apparate und Fahrzeuge, auch spezielle Halbfabrikate und Vorleistungen, wurden in den USA oder Europa hergestellt. Dann wurden sie in Containern nach Asien verschifft, zunächst nach Japan und Korea, danach China, Indien, Taiwan, Vietnam und Bangladesch. Dort wurden sie von billigen Arbeitskräften weiterverarbeitet zu Schuhen, Kleidung, Elektroartikeln, Spielzeug, Smartphones oder Autos, die dann in Teilen wiederum in von Jahrzehnt zu Jahrzehnt riesiger werdenden Containerschiffen zum Endkunden zurück nach Europa und in die USA verfrachtet wurden.

Heute geht es um Digitalisierung

Die Billiglohnland-Strategie der Nachkriegszeit neigt sich ihrem Ende zu. Das haben die weltweit größten Beraterfirmen McKinsey und die Boston Consulting Group auf getrennten Wegen, basierend auf Analysen der Wertschöpfungsketten ihrer rund um die Erde tätigen Kunden und Partner, aus verschiedenen Gründen festgestellt:

Erstens, weil auch in Asien Lohn-, Umwelt- und Sozialkosten steigen. Zudem müssen die asiatischen Länder, insbesondere China und Indien, mit Blick auf ihre stark wachsenden Bevölkerungen immer mehr selber und für den Eigenbedarf produzieren, um mehr Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen, das sie mit Einkommen aus eigener Arbeit auch selber finanzieren können. „Zhongguo (Reich der Mitte) 2025“ heißt die Doktrin der Regierung in Peking, die China in Kürze vom Ausland weniger abhängig machen will, als es heute der Fall ist.

Zweitens haben der in den vergangenen zehn Jahren aufkeimende Nationalismus und der grassierende Protektionismus mit drohenden Handelskonflikten und Strafzöllen tiefe Bremsspuren hinterlassen. Globalisierungsstrategien sind für Firmen mit mehr Risiken und entsprechend höheren Kosten verbunden.

Drittens, und vor allem, torpedieren digitale Technologien die alte Billiglohnland-Strategie. Firmen nutzen digitale Technologien zur Dezentralisierung und holen die Produktion zurück zum Kunden. Wenn eh alles, was sich in der Produktion automatisieren oder standardisieren lässt, durch Roboter billiger als durch Menschen erledigt werden kann – was selbst dann gilt, wenn, wie teilweise in Asien, nur Hungerlöhne bezahlt werden –, dann werden die teuren Roboter dort stehen, wo sie am sichersten sind vor politischen Übergriffen, in der Nähe ihrer Kunden und nahe beim Personal, das sie wartet und mit neuer Software füttert. So sorgen Roboter, Big Data und Hightech dafür, dass „Made in Europe“ wieder zu attraktiv geringeren Kosten möglich wird.

Boston Consulting schätzt, dass digitale Technologien dazu führen, dass bei Massenprodukten die Lohnstück-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

kosten, also der Lohnanteil an den gesamten Herstellkosten von Schuhen, Kleidung, Geräten und Maschinen, bis zu 30 Prozent geringer werden. Löhne verlieren somit bei Standardgütern, nicht bei qualitativ hochwertigen (Dienst-)Leistungen, verglichen mit anderen Kosten an Bedeutung – was auch heißt, dass bei Massengütern Transportkosten, wozu auch lange Lieferzeiten, Verzugs- und Versicherungskosten gehören, stärker ins Gewicht fallen.

Produktion in Kundennähe

Digitalisierung und Datenökonomie lassen somit lokale Produktion in Kundennähe wieder wichtiger werden. Sportschuhe liefern für diese Entwicklung ein einschlägiges Beispiel. So können Füße vor Ort vermessen und dann – auch unter Zuhilfenahme von 3D-Druckern – gleich passgenau maßgeschneidert und nahezu ohne Wartezeit direkt ausgeliefert werden.

Es entstehen hybride Firmen, also Betriebe ohne fest abgrenzbare Strukturen bei Standort und Personal, die ihre nationalen Wurzeln verlieren und wirklich zu globalen Unternehmen mutieren, um auf der ganzen Welt dezentral für lokale Kunden Leistungen zu erbringen.

Unternehmensangehörige werden noch mehr verstreut sein. Wer in Asien oder Lateinamerika sitzt, tauscht digital mit dem Hauptquartier in Europa Daten aus, und zwar nicht als lokale Billigarbeitskraft, sondern auf Augenhöhe mit den Fachkollegen im Norden. Was mit den Callcentern in Indien begann, wird zu globalen Plattformen für hochqualifizierte Spezialisten weiterentwickelt, die simultan, aber örtlich voneinander unabhängig aus einer Vielzahl von Standorten komplexe Bausteine zu Forschung und Entwicklung, Finanzierung und Versicherung, Betrieb, Unterhalt und Wartung beisteuern. Um Qualitätsstandards zu sichern,

entsenden westliche Unternehmen für die Endproduktion materieller Güter eigene Fachkräfte – meist temporär und fallweise – in die Absatzländer oder sie heuern gleich, und dann auch längerfristig, gut ausgebildete Spezialisten oder lokale Partnerfirmen aus den Absatzländern an, die besser als andere wissen, wie die dortigen Kunden ticken.

Die Digitalisierung macht eine Verlagerung von zentraler zu dezentraler Wertschöpfung attraktiver. Weniger Container, dafür mehr Internet; weniger Verlagerung von Arbeit in Billiglohnländer, um Lohnkosten zu sparen, dafür mehr globaler Austausch von Bits and Bytes; Wissen, Daten und mehr dezentrale Produktion vor Ort beim Kunden, um mit maßgeschneidert vor Ort hergestellten kundengerechteren Speziallösungen Qualität und Nutzerzufriedenheit zu verbessern: So arbeiten wirklich globale Firmen. Deglobalisierung und Dezentralisierung werden die Folgen sein. Sie werden die Zukunft prägen.

Loslösung ist das Wesen von Digitalisierung

Grenzen werden niedergerissen

Daten machen die Welt zum Dorf und Fabriken zu hybriden Gebilden. Leistungserbringung, Datenproduktion, -verarbeitung und -bewertung, Diagnosen und Therapien, Information und Kommunikation können heutzutage losgelöst von fixen Standorten, Unternehmensbüros oder Fabrikgeländen irgendwo dezentral erfolgen. Spezialisierte Datenfirmen sind in der Lage, von kleinen Büros aus, räumlich voneinander unabhängig, aber global vernetzt, standortunabhängig weltweit aktiv zu sein – durchaus auch mehr oder weniger gleichzeitig für unterschiedliche Auftraggeber. Dadurch verlieren Raum und Territorialität an Bedeutung.

Alles und jedes ist in Echtzeit überall bekannt und verfügbar. Staatsgrenzen verschwimmen und Unternehmensgrenzen verschwinden, digitale Firmen entstehen. Noch sind digitale Staaten Utopie, aber vielleicht bald schon können sie Wirklichkeit werden.

Loslösung ist das Wesen von Digitalisierung und Datenwirtschaft. Ökonomische Aktivitäten entbinden und entgrenzen sich gleichzeitig von Dingen, Fabriken, Standorten oder Wirtschaftsräumen. Sie werden „entdinglicht“, wenn Daten statt Güter produziert, gehandelt und verkauft werden – also beispielsweise Musik nicht mehr auf Schallplatten, sondern über Spotify angeboten wird. Sie werden „entterritorialisiert“, wenn mehr und mehr Glieder der Wertschöpfung von der Erde in virtuelle Wolken (Clouds) des Orbits verlagert werden, wenn beispielsweise Professoren nicht mehr in Hörsälen unterrichten, sondern Studierende die Angebote virtueller Online-Universitäten nutzen. Und sie werden „entstaatlicht“, weil das weltweite Internet keine physischen Grenzen und damit auch keine Landesgrenzen, Volkswirtschaften oder gar Nationalökonomien mehr kennt.

Das Ende der Volkswirtschaft und die Rückkehr des Nationalismus …

Die Volkswirtschaft ist tot, es lebe der Nationalstaat! So etwa präsentiert sich die polit-ökonomische Großwetterlage der Gegenwart. Faktisch haben erst die Globalisierung und nun die Digitalisierung Nationalökonomien ausgehebelt. Sie haben Grenzen

niedergerissen und das Standortbindende von Produktion und Absatz überwunden. In der Wirtschaft hat das globale das nationale Denken und Handeln abgelöst.

Wenn sich die Wirtschaft von Orten, Personen, Firmen und Volkswirtschaften löst, digitale Wertschöpfung in virtuellen Clouds und Internet nicht mehr verlässlich fixen Quellen zugeordnet werden kann und unsichtbare Daten anstelle dinglicher Produkte im Orbit gehandelt werden, wirken Analysen altbacken und überholt, die sich an räumlich abgrenzbaren Nationalökonomien orientieren. Die Datenökonomie entzieht sich nationaler Staatlichkeit in immer mehr wesentlichen Teilen.

Ganz anders präsentiert sich heutzutage die Politik. In ihr schwingt gegenwärtig das Pendel weit in das Nationalistische zurück. Teile der Bevölkerung erwarten, dass der Nationalstaat sie vor dem Neuen und dem Fremden schützt. Dadurch entstehen Spannungen und Verwerfungen. Der Staat soll Erwartungen erfüllen, für die er zwar de jure zuständig sein mag, auf die er aber de facto kaum mehr Einfluss hat – wie beispielsweise die Transaktionen in einem weltumspannenden Internet mit seinen virtuellen Wolken.

… werden zum Lackmustest der Demokratie

Zwischen räumlich fixierten Volkswirtschaften und grenzenlosen digitalisierten Ökonomien öffnen sich Gräben, die immer breiter werden und zu Rissen innerhalb nationalstaatlich organisierter Gesellschaften führen können – wie exemplarisch mit dem Brexit erkennbar. „Welche res publica, welcher common ground verbindet uns heute noch, was ist die gemeinsame Grundlage, das öffentliche Interesse, über das wir demokratisch befinden sollen?“, fragt zu Recht der Hamburger Ökonom Henning Vöpel. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Xavier Sala-i-Martín, Professor an der New Yorker Columbia University, sieht durch den technischen Fortschritt gar die Grundlagen der westlichen Werteordnung bedroht: „Es ist sehr gut möglich, dass der Sieg von Demokratie und Märkten im 20. Jahrhundert eine Ausnahme bleiben wird. … Märkte und auch die Demokratie haben sich nicht durchgesetzt, weil sie moralisch überlegen wären, sondern weil sie effizienter waren.“

Digitale Wirtschaft und nationale Politik, geht das zusammen?

Folgerichtig müssen sich liberale Demokratie und soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der digitalisierten Globalisierung daran messen lassen, ob und wieweit sie besser als private Monopole des Big Business, aber auch besser als ein Big Brother autokratischer zentralwirtschaftlicher Planungsregimes in der Lage sind, Wohlstand für alle zu erzeugen und ihn für die Kindeskinder zu sichern. Kein einfach zu bestehender Lackmustest für Institutionen, die ihre Geburtsstunde in längst vergangenen Zeiten hatten, weit vor der Digitalisierung und Datenökonomie.

Prof. Dr. Thomas Straubhaar lehrt internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Uni Hamburg. Soeben erschien „Die Stunde der Optimisten. So funktioniert die Wirtschaft der Zukunft“.

Eine neue Partnerschaft

Deutschland und Afrika könnten so viel mehr gemeinsam erreichen, wenn die politische Zusammenarbeit verbessert würde. Auch um China auszustechen

Von Albrecht Conze

Wir kamen spät und gingen früh. Kaum mehr als 30 Jahre währte die koloniale Periode in der deutschen Geschichte. Vor einem Jahrhundert, am 28. Juni 1919, wurde sie in Versailles beendet.

Für die zeitgenössische öffentliche Meinung war der Verlust der Kolonien ein Teil der „Schmach von Versailles". Für uns heutige Deutsche ist er ein unschätzbarer Vorteil, dessen wir uns kaum bewusst sind. Unser erzwungener früher Rückzug aus Afrika hat das große Vertrauen begründet, das man uns auf dem Kontinent entgegenbringt und den ausgezeichneten Ruf, den wir dort genießen. Briten, Franzosen und Belgier, die bis in die 1960er Jahre an ihren Kolonialreichen festhielten, können da oft nicht mithalten. Wir sollten deshalb, zumindest im Blick auf Afrika, Versailles mit Genugtuung sehen, unabhängig von den verhängnisvollen Folgen, die der Friedensvertrag für Deutschlands Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg gehabt hat.

Reichskanzler Otto von Bismarck hatte sich am Wettlauf der europäischen Mächte um überseeische Besitzungen lange nicht beteiligen wollen. Seine Sorge galt stets der Konsolidierung des Reichs von 1871, dessen Grenzen er nicht für gesichert hielt. Überliefert sind skeptische Äußerungen wie diese: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Russland, hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte, das ist meine Karte von Afrika."

Europa beherrschte zu dieser Zeit die Welt. Portugal, Großbritannien und Frankreich, aber auch die Niederlande, Belgien und Spanien hatten teils schon Jahrhunderte zuvor Häfen und Stützpunkte rund um die Erde errichtet, aus denen im 19. Jahrhundert Kolonien von großer wirtschaftlicher Bedeutung wurden. Das zu spät gekommene Deutsche Reich hatte an dieser Aufteilung der Welt nicht teilgenommen und forderte erst nach der Thronbesteigung Wilhelms II.

mit wachsendem Nachdruck seinen „Platz an der Sonne“. Konflikte mit den bereits etablierten Kolonialmächten wurden nach Bismarcks Abschied unausweichlich. In seinen letzten Amtsjahren hatte er sich, in der selbst gewählten Rolle als ehrlicher Makler, noch um Interessenausgleich der europäischen Mächte bemüht. 1884 lud er sie zu einer Konferenz nach Berlin ein, an deren Ende eine neue Grenzziehung für große Teile Afrikas stehen sollte. Sie hatte 80 Jahre später bei Afrikas Dekolonisierung weitgehend Bestand. Ihre Willkürlichkeit hat dem Kontinent bis heute zahlreiche blutige Konflikte beschert.

Wenig Licht, viel Schatten

In den 1880er Jahren konnte sich das Deutsche Reich quasi in letzter Minute noch zwei größere Gebiete in Südwest- und Ostafrika nehmen, dazu zwei kleinere – Kamerun und Togo – in Westafrika sowie einige kleine Besitzungen in Ostasien und Ozeanien. Kein Vergleich zu den Kolonien Großbritanniens und Frankreichs: Ein deutsches Weltreich konnte nicht zustande kommen. Die Kriegsmarine war zu schwach, um es zu sichern, und vor allem fehlte es an einem nationalen Konsens mit entsprechendem politischen Rückhalt, um ein Kolonialreich zur Priorität werden zu lassen wie bei den beiden großen Konkurrenten. Deutschland mit seiner noch jungen Nationalgeschichte blieb eine europäische Landmacht mit tief provinzieller Prägung.

In der kurzen Zeitspanne ihrer Kolonialgeschichte unterschieden sich die deutschen Händler, Ingenieure, Siedler, Beamten, Soldaten und Abenteurer in ihrem Handeln und Verhalten nicht fundamental von den Repräsentanten anderer europäischer Mächte in der Nachbarschaft. Es gab Licht und Schatten – so wird es im Übrigen bis heute in Afrika gesehen. Um 1900 bestimmte der Dualismus von Entwicklung und Ausbeutung überall die Kolonialpolitik, teils mehr, teils weniger rational organisiert. Wer in die Kolonien ging, wollte in erster Linie sein Glück machen, ohne besondere Rücksicht auf die so genannten „Eingeborenen“. Erziehung und Gesundheitsfürsorge überließ man den Missionaren, die auf ihre Weise die erste Generation moderner afrikanischer Eliten formten, die später die Dekolonisierung erkämpfen sollten.

Aufstände von Afrikanern wurden blutig niedergeschlagen

Kulturelle Unerfahrenheit und Machtstreben, vor allem aber – zeittypisch und nicht spezifisch deutsch – Mangel an Respekt und menschlichem Einfühlungsvermögen führten zu den Tiefpunkten der deutschen Kolonialgeschichte. Aufstände der Herero 1904 im heutigen Namibia und der Maji-Maji von 1905 bis 1907 in Tanganjika wurden blutig niedergeschlagen. Tausende von Herero und Nama fielen der Grausamkeit des Kommandeurs der Schutztruppe, General von Trotha, zum Opfer.

Dies löste in Berlin ein Umdenken und einen Politikwechsel aus, der 1907, nach dem langwierigen Maji-Maji-Krieg, zur Gründung des Reichskolonialamts führte. Die Staatssekretäre Bernhard Dernburg und Wilhelm Solf setzten weniger auf Arbeitszwang, Gewalt und Erniedrigung und modernisierten die Kolonialverwaltung. Daraufhin kam es in den letzten Jahren bis zum Kriegsausbruch 1914 nicht mehr zu größeren Aufständen. Und dann war alles ganz schnell wieder vorbei.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Was ist geblieben von diesem kurzen Augenblick der Weltgeschichte? Eine Eisenbahnlinie in Tansania; die Stadtbilder von Windhuk und Swakopmund sowie etwa 20 000 Deutschnamibier, gut integriert und seit Generationen heimisch in Namibia; ein mit deutschen Mitteln restauriertes Dampfschiff, das den Tanganjikasee herauf und herunter fährt; ein paar Gebäude in Jaunde und Qingdao, damals Tsingtao genannt; Kolonialbriefmarken, die kaum noch jemand sammelt; ein paar Straßennamen im Wedding, um deren Bestand gestritten wird; Kunstwerke und leider auch menschliche Gebeine in den Depots unserer Museen, was uns heute peinlich ist und sein muss.

Die Restitutionsdebatte hat begonnen und wird wie alle Diskussionen dieser Art gewiss lange andauern. Im Zentrum deutscher Afrika-Politik kann sie aber nicht stehen – dafür sind Gegenwarts- und Zukunftsfragen viel zu wichtig, wie zum Beispiel die Herausforderung, die von China ausgeht und Afrika in neue Abhängigkeit bringt. Ist die kurze Zeit des deutschen Kolonialismus insgesamt also nur ein Nebengleis unserer bewegten Nationalgeschichte?

Die Gnade des frühen Abschieds

Vielleicht doch nicht. Deutschland ist in Versailles eine historische Chance zuteil geworden, ohne dass unsere Urgroßväter das seinerzeit so hätten sehen können. Sie mussten Afrika 40 Jahre früher verlassen als ihre damaligen Feinde und heutigen Partner in Europa.

Heute hilft uns das. Wir genießen die Gnade nicht der späten Geburt, sondern des frühen Abschieds. Die Erinnerung an Frankreich, Großbritannien, Portugal und Belgien als Kolonialmächte ist in Afrika bis heute präsent, die an Deutschland hingegen verblasst. Mehr noch, sie ist überlagert von einem ganz anderen Deutschland-Bild.

Von 1920 bis 1950 war Deutschland in Afrika unsichtbar, wenn man von Rommels Feldzug und den Madagaskar-Phantastereien der SS absieht. Danach kamen die Deutschen leise und arbeitsam zurück, als Ingenieure, Techniker und Entwicklungshelfer. Ohne postkolonialen Anspruch und mit viel Idealismus begann eine lange Periode oft sehr sinnvoller und auch nachhaltiger Unterstützung afrikanischer Entwicklungsbemühungen. Die Last der Dekolonisierung seit den späten 1950er Jahren hatten wir nicht mitzutragen, und bis 1973 gehörten wir noch nicht einmal den Vereinten Nationen an, die sie zu organisieren hatten. Unsere Rolle war gänzlich unpolitisch, dafür aber eminent praktisch. Die Konkurrenz der beiden deutschen Staaten bis 1989 war dabei oft belebend, zuweilen auch grotesk.

So haben sich im Schatten der großen Politik mehrere Generationen neuer Afrika-Deutscher gebildet. Sie bauten Brunnen, impften Kinder und bekämpften die Rinderpest. Sie brachten sauberes Wasser und erklärten, oft mit nachhaltigem Erfolg, was man tun muss, damit es nicht wieder ungenießbar wird. Die vielen afrikanischen Krisen brachten es mit sich, dass die deutschen Helfer teils im Sinne der Entwicklung des Kontinents – so wie sie in wechselnden Moden jeweils definiert wurde –, teils als Linderer menschlicher Not in Afrika arbeiteten. Sie machten im Laufe der Jahrzehnte so ziemlich alles, nur politisch war es nie.

Nun hat Afrika seit der Jahrtausendwende enorme Fortschritte gemacht, wenn auch mit einigem Vor und Zurück und nicht überall. Die Afrikanische Union hat sich politische Strukturen gegeben, die regionalen Zusammenschlüsse der Staaten haben sich zu wichtigen Begleitinstanzen ihrer Mitgliedstaaten entwickelt. Afrika ist politischer geworden, als Gesamtkontinent sichtbarer und anspruchsvoller. Die Armut ist deutlich zurückgegangen. Zugleich sind Geburtenzuwachs, Verstädterung und Migrationsdrang nach Norden keineswegs unter Kontrolle, wird der Klimawandel nur unzureichend bekämpft und dauert eine Reihe meist schon sehr alter Kriege und Konflikte an. Aber es geht langsam aufwärts auf dem Kontinent.

Deutschland muss in Afrika endlich politischer werden

„Mehr für mehr“

Was bedeutet das für Deutschland? Auch wir müssen politischer werden bei unserer Haltung gegenüber Afrika, im europäischen Rahmen ebenso wie national. Bis 2015 haben wir kaum jemals politische Interessen in Afrika verfolgt. Die Bilder aus Lampedusa, Ceuta und Melilla haben uns jedoch dazu gebracht, das Mittelmeer in neuem Licht zu sehen: als mare nostrum, wie einst die Römer. Wir teilen es mit Afrika und sind auf dem Weg, ein Doppelkontinent zu werden wie Nord- und Südamerika.

Aus Brüssel und den anderen europäischen Hauptstädten wurden erstmals politische Forderungen an den Kontinent gestellt: behutsam zunächst, mit der Formel „mehr für mehr“: Kontrolliert eure Migrationsströme dort, wo sie entstehen, dann erhöhen wir die Entwicklungshilfe. Neuerdings auch mit härteren Bandagen, um Migranten wirksam abzuschrecken. Ob die Gleichung langfristig aufgeht? Man kann es heute noch nicht sagen.

Ein neuer Blick auf Afrika

Was kann es für Deutschland heißen, in Afrika politischer zu werden? Gewiss nicht, deutsch-afrikanische Gipfeltreffen einzuführen. Es gehört sich nicht, dass ein Land mit einem Kontinent spricht. Wenn China oder Japan das tun, kann man es noch damit erklären, dass sie innerhalb Asiens Solitäre sind, ohne enge Partner in einer starken Regionalinstitution. Für europäische Länder gilt das nicht.

Man erwartet eine konstruktive Partnerschaft unter Gleichen

Europäisch-afrikanische Konferenzen, auch in regionalen Formaten, sollten hingegen häufiger stattfinden, weniger als feierliche Gipfeltreffen und stattdessen stärker wirtschaftsbetont. Statt des Feilschens um Kommuniquétexte, die hinterher niemand mehr liest, sollte man sich konkrete Ziele setzen. Hier kann Deutschland konzeptionell durchaus in Führung gehen, denn Konsens etwa darüber, dass die chinesische Umarmung Afrikas dort zu plötzlicher Atemnot führen kann, lässt sich unter Europäern sicherlich leicht herstellen.

Hätten wir konkurrenzfähige Angebote für die immensen Infrastrukturaufgaben in Afrika, dann würden die chinesischen Arbeiter dort von den Straßen verschwinden und unsere zeitgemäßen Ideen von Technologietransfer und beruflicher Bildung die Oberhand gewinnen, zum nachhaltigen Nutzen Afrikas. Das kostet Geld, gewiss. Aber man kann es finden und die in Deutschland und Frankreich bereits kursierenden Ideen zu neuen Entwicklungsfinanzierungsmodellen vom Kopf auf die Füße stellen. Warum gründen wir beispielsweise keine europäisch-afrikanische Entwicklungsbank, die den neuen chinesischen Institutionen Paroli bietet?

Hundert Jahre nach Versailles wäre ein neuer geopolitisch und geoökonomisch determinierter Blick auf Afrika der beste Beitrag zu dessen weiterer Emanzipation, den Deutschland leisten könnte. Nur mit konstruktiver Einlassung auf den südlichen Teil des Doppelkontinents lässt sich der Angst vor Afrika und seinen jungen Migranten begegnen, die in vielen deutschen Köpfen spukt. Diese Angst ist irrational und blockiert das Denken in globalen Zusammenhängen. Niemand wandert unter Lebensgefahr nordwärts, wenn er zu Hause ein würdiges Leben führen kann. Damit dies so wird, muss in Afrika besser regiert und in Europa weitsichtiger geplant werden – politisch, und nicht nur entwicklungspolitisch wie bisher.

Wer in Afrika lebt, weiß, dass man dort, ein Jahrhundert nach dem Ende einer Beziehung ohne Gleichgewicht, eine konstruktive Partnerschaft unter Gleichen erwartet. Wir sollten uns jetzt in jeder Hinsicht darauf einlassen.

Dr. Albrecht Conze ist seit 2017 deutscher Botschafter in Uganda. Es ist seine dritte Station in Afrika, nach Benin (2006 bis 2008) und Simbabwe (2008 bis 2011).

In der zweiten Reihe

Afrika und Deutschland nehmen sich gegenseitig nicht besonders wichtig. Ob die neuen afrikapolitischen Leitlinien daran etwas ändern, ist fraglich

Von Dominic Johnson

Erst bleibt Entwicklungsminister Gerd Müller in Sambia stecken und schafft es nicht mehr nach Namibia. Dann sitzt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier stundenlang in Äthiopien fest. Und schließlich muss Außenminister Heiko Maas wider Willen eine zusätzliche Nacht in Mali einlegen. Schon dreimal dieses Jahr sind afrikanische Regierungen staunende Zeugen gravierender technischer Defekte bei den Regierungsfliegern der Bundesrepublik Deutschland gewesen, die Staatsgäste am Boden gehalten haben. Die Ausfälle der deutschen Flugbereitschaft sind in Afrika besonders peinlich, denn Deutschland dient sich gerade dort gerne als Innovator und technologisches Vorbild an, das globale Maßstäbe in Qualität und Verlässlichkeit setzt und sich damit von windigen Partnern wie China überzeugend abgrenzen kann. Vorsprung durch Technik, deutsche Wertarbeit – das war einmal.

Deutschlands Ansehen in Afrika beruht auf seinem guten Ruf in technischen Dingen. Ohne deutsche Ingenieure wird kaum ein afrikanisches Großprojekt realisiert, die Bundesregierung preist bei jeder Gelegenheit das duale System der Berufsausbildung zum Heranziehen von Facharbeitern, deutsche Werkzeugmaschinen mit entsprechender Expertise sind Export- und Investitionsschlager.

Ohne Technologie bliebe von Deutschland in Afrika aber herzlich wenig. Für keinen einzigen Staat des Kontinents ist die Bundesrepublik der Partner Nummer eins. Das liegt vor allem am frühzeitigen Ende des deutschen Kolonialabenteuers vor hundert Jahren – jeder afrikanische Staat ist in Europa am engsten mit dem Land verbunden, von dem es in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Und Deutschland gehört nicht dazu. Es geht dabei nicht um emotionale Bindungen, sondern in der unmittelbaren postkolonialen Phase betraf diese fortdauernde enge Beziehung zur alten Kolonialmacht essenzielle Bereiche der Staatlichkeit: die

Kontinuität der Rechtspflege und der juristischen Ausbildung, den Aufbau von Streitkräften, das Fortbestehen administrativer Akte und Verwaltungssysteme. Universitäre, militärische, sprachliche und kulturelle Verknüpfungen zwischen afrikanischen Ländern und ihren ehemaligen Kolonialmächten sind bis heute einmalig dicht und nicht austauschbar.

Ruanda nach dem Völkermord 1994 war das erste Land Afrikas, in dem nicht mehr die letzte ehemalige Kolonialmacht das beständige erste Ziel telefonischer Auslandsgespräche war – Belgien wurde dort von den USA abgelöst. Kein afrikanisches Land spricht am liebsten mit Deutschland, auch wenn deutsche Autos, deutsches Bier und deutsche Motorsägen überall hochgeschätzt werden.

In Paris hat Afrika strategischen Rang, in Berlin nicht

Nur Zuschauer, kein Akteur

Beziehungen zu Deutschland sind in Afrika abstrakter als zu Frankreich oder den USA. Sie funktionieren mehr über Gegenstände als über Personen. Es gibt in Deutschland kein dem französischen „Françafrique" vergleichbares Geflecht kontinentübergreifender alter Freundschaften, mafiöser Kumpaneien und familiärer Loyalitäten. Das ist eigentlich gut so, es bedeutet aber auch, dass Deutschland afrikanische Ereignisse immer von außen beobachtet und nicht von innen beeinflusst. Es ist Zuschauer, nicht Akteur.

Die Akteursrolle in Afrika überlässt man in Berlin immer und ganz bewusst Paris – womit sich Deutschland im Zweifelsfall zum Komplizen dubioser französischer Afrika-Abenteuer macht. Das wird gerne hinter dem Verweis auf die nötige Europäisierung der Außenpolitik versteckt. Deutsche Afrika-Politik wird teilweise in Paris und Brüssel gemacht, französische Afrika-Politik aber niemals außerhalb von Paris und nicht einmal außerhalb der eingespielten, abgeschotteten Apparate des Elysée und der außen- und verteidigungspolitischen Schlüsselministerien. In Frankreich hat Afrika strategischen Rang, in Deutschland nicht.

Das relative Desinteresse an Deutschland beruht also auf Gegenseitigkeit. Genauso wie es für jedes afrikanische Land einen wichtigeren Partner gibt als Deutschland, gibt es für jeden handelnden Akteur in Deutschland ein wichtigeres Thema als Afrika. Jenseits schöner Worte fristet Afrika im außenpolitischen Vergleich in Deutschland noch immer ein Mauerblümchen-Dasein: geeignet sowohl für die erste als auch die letzte Stufe einer politischen oder administrativen Karriere, aber – mit wenigen, umso bemerkenswerteren Ausnahmen – nicht für die Kernzeit und für das politische Profil.

Die Rolle als zweitrangiger, weil nicht als Akteur der Entkolonisierung aufgetretener Partner in Afrika kommt Deutschland zupass: Sie lenkt von der eigenen Kolonialgeschichte ab. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist bis heute ein Nischenthema. Lange Zeit wurde sogar behauptet, Deutschland komme in Afrika eine besondere Rolle zu, weil das Land unbelastet von kolonialer Vergangenheit sei. Seit den heftigen Debatten um den von deutschen Truppen begangenen Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia ist diese Ignoranz nicht mehr möglich. Aber die Bundesrepublik hat diesen

Völkermord bis heute nicht offiziell als solchen anerkannt, und er spielt in Debatten um die deutsche Vergangenheit und das deutsche Selbstverständnis keine Rolle.

In keinem anderen europäischen Land wäre es möglich, dass der einzig existierende Gedenkort an den kolonialen Völkermord aus einer Gedenkplatte im Boden vor einem Gedenkstein an die deutschen Soldaten besteht, die beim „Feldzug in Südwestafrika" den „Heldentod" starben, in einer schwer auffindbaren Ecke eines wenig besuchten Friedhofs. Das Auslöschen des kolonialen Gedächtnisses in Deutschland ist Teil und Symptom der allgemeinen Geringschätzung, die dem Nachbarkontinent in der deutschen politischen Kultur insgesamt entgegenschlägt. Die kommenden Debatten um die Nutzung des Humboldt-Forums, des wiederaufgebauten ehemaligen Berliner Schlosses und Sitz des Kaisers, zur möglichen Ausstellung kolonialer Raubgüter oder dem selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte werden dies noch drastischer vor Augen führen.

Das Fehlen einer bewussten eigenen Afrika-Politik auf Regierungsebene, obwohl die globale Bedeutung Afrikas immer weiter wächst, hat in Deutschland zuletzt ein kurioses Phänomen hervorgebracht: Jedes Ministerium und jeder Interessierte entwickelt seinen eigenen Ansatz. Doch statt harmonischer Vielfalt besteht ein heilloses Durcheinander, das nur deshalb relativ folgenlos bleibt, weil Afrika in der deutschen Politik eine äußerst geringe Priorität hat.

Die vom Kanzleramt getragene G20-Präsidentschaft erfand den „Compact mit Afrika", das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den „Marshallplan mit Afrika" und das Bundeswirtschaftsministerium die Initiative „Pro! Afrika" – alle mit weitgehend identischen Zielen. Das Verteidigungsministerium weitete Bundeswehreinsätze aus, das Auswärtige Amt rief zum Dialog. Das Bundesinnenministerium verfolgte in Umsetzung von EU-Beschlüssen Migrationspartnerschaften, das BMZ Reformpartnerschaften. Darüber hinaus agieren Wirtschaftsverbände, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Kultureinrichtungen sowie politische Stiftungen jeweils auf eigene Faust.

Jedes Ministerium entwickelt seinen eigenen Ansatz

Ob die neuen „Afrikapolitischen Leitlinien" der Bundesregierung, die das Kabinett am 27. März als Zusatz zu den bestehenden Leitlinien von 2014 verabschiedete, am bisherigen Zustand in der Praxis viel ändern, muss sich erst noch zeigen. Wichtiger als neue Dokumente sind möglicherweise die neu entstandenen permanenten Runden auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärsebene zwischen allen an Afrika interessierten Ministerien. Sollte die Regierung tatsächlich einmal an einem Strang ziehen, könnte vielleicht auch in Afrika mehr Klarheit über die Frage entstehen, was Deutschland in Afrika will und tut. Die Antwort auf diese Frage muss aus Berlin kommen.

Dominic Johnson
ist seit 1990 Afrika-Redakteur der *taz* in Berlin und leitet deren Auslandsressort.

Comandante der Herzen

In Venezuela ist der Traum von einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gescheitert. Seine Anhänger kämpfen trotzdem weiter

Von Thomas Fischermann

Wer immer schon geglaubt hat, dass der Sozialismus nichts als Verderben bringt, für den ist Venezuela das ideale Anschauungsobjekt. „Venezuela“, schrieb Ulf Poschardt, Chefredakteur der WeltN24-Gruppe, Anfang April in einer Ein-Wort-Bemerkung auf Twitter. Es war seine Replik auf irgendeinen antikapitalistischen Kommentar, in dem es um Deutschland, nicht um Lateinamerika ging. Wer Linke kritisiert oder sich von ihnen angegriffen fühlt, verweist – da ist Poschardt nicht allein – heute gern auf „Venezuela“. Der Name eines Landes ist zum Kampfbegriff geworden. Das neue „Geht doch nach drüben!“

Drüben, 8400 Kilometer Luftlinie von Berlin entfernt, in der venezolanischen Wirklichkeit, ist in diesen Tagen eine humanitäre Großkatastrophe ausgebrochen. Der Strom in den Städten fällt stunden- oder gar tageweise aus, dann stecken Menschen in Bahnen oder Aufzügen fest, und in den Fabriken und Büros geht nichts mehr. In Krankenhäusern müssen Operationen unterbrochen werden, wenn auch die Notstromaggregate nicht mehr laufen. Wasserwerke betreiben ihre Pumpen elektrisch, also funktionieren Toilettenspülungen, Duschen und Wasserhähne nicht mehr. Menschen stehen an Trinkwasserverteilungsstellen Schlange, füllen Eimer an Abwasserkanälen auf. Medikamente fehlen, Nahrungsmittel, einfachste Güter des täglichen Bedarfs. Schätzungsweise drei Millionen Menschen sind aus Not und Hoffnungslosigkeit bereits in die Nachbarländer geflohen.

Venezuela: Das war einmal eines der reichsten Länder der Erde. Im Prinzip ist es das auch heute noch. Das 30-Millionen-Einwohner-Land an der Karibik-Küste ist OPEC-Mitglied, unter seinem Staatsgebiet liegen vermutlich größere Ölreserven als unter der saudischen Wüste. Doch inzwischen funktioniert dort nicht einmal mehr die grundlegendste Infrastruktur. Der bei Redaktionsschluss

noch amtierende Präsident Nicolás Maduro hat keine erkennbare Idee, wie er das ändern will.

Tatsächlich lautete das überzeugendste Erklärungsmuster für diesen Niedergang inmitten von Reichtum: Sozialismus. 1998 wählten die Venezolaner den Soldaten und selbsternannten Revolutionsführer Hugo Chávez zum Präsidenten, ganz demokratisch, und er baute Jahr für Jahr den Staat und die Wirtschaft um. Mit besonderem Vorrang sicherte der „Comandante" sich Zugriff auf die profitable Erdölproduktion. Die Erlöse verteilte er mit der Gießkanne unter seinen Anhängern und unter den Armen im Volk. Eine große Mehrheit im Land sah Chávez als ihren Helden an.

Chávez legte Sozialprogramme auf, die internationale Preise gewannen und sogar von der Weltbank in Washington gelobt wurden. Es gab plötzlich viel sozialen Wohnungsbau, subventionierte Lebensmittel, Alphabetisierung der Massen und Kulturprogramme für bettelarme Kinder aus den „barrios", neue kommunale Strukturen für die gemeinschaftliche Mitbestimmung vor Ort.

So weit, so gut gemeint – doch gleichzeitig vernachlässigte Chávez jede Wirtschaftspolitik der konventionellen Art. Die Chavistas verstaatlichten Unternehmen, zahlten den früheren Eignern häufig nicht mal eine Entschädigung aus, warfen widerspenstige Unternehmer und Manager ins Gefängnis. Wenn Chávez die Wirtschaftsdaten nicht passten, änderte er nicht etwa seinen Kurs, sondern beschimpfte den Chef des Statistikamts. Die Erhebungsmethoden seien nicht „revolutionär" genug!

In der Verwaltung tolerierte der Staatschef ein erstaunlich hohes Maß an korrupter Selbstbedienung, solange die Beamten ihm gegenüber loyal waren. Schaltstellen der Wirtschaft ließ er von einfachen Leuten aus der Arbeiterschaft, von Parteifunktionären und Militärs besetzen, die aber für solche Aufgaben nicht vorbereitet waren. Bei Chávez drehten sich Personalentscheidungen hauptsächlich um den Machterhalt, nicht um die Effizienz. Als er 2013 an einer Krebserkrankung starb, übernahm sein auserwählter Nachfolger Nicolás Maduro das Management by Bonzenclub. Auf Dauer führte es in den erwarteten ökonomischen Niedergang.

Chávez tolerierte ein hohes Maß an Selbstbedienung

Bizarre Berichte

Quasi alle Journalisten, die seit Mitte der 2000er Jahre in das südamerikanische Land gereist waren, brachten damals bizarre Berichte aus der Wirtschaft mit. Sie schrieben über den Kollaps der einst stolzen Raffinerien und Ölanlagen, von der verwesenden Infrastruktur. Von kilometerlangen Warteschlangen um Apotheken und Supermärkte. Von Schwarzmärkten, sinnlosen Preiskontrollen und Säcken voller wertlosem Geld als Folge der Hyperinflation. Das wurde zu einem ganz eigenen Genre der wirtschaftspolitischen Reiseberichterstattung, mit immer gleicher Pointe. Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts", den Chávez und Maduro an der Karibik-Küste ausgerufen hatten, scheiterte wie sein europäischer Vorgänger aus dem Jahrhundert davor.

An dieser Darstellung ist nichts falsch, sie ist bloß unvollständig. Zu den Lücken gehört, dass Venezuela zum Ende der 1990er Jahre kaum anders konnte, als einen radikalen

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Bruch mit der bisherigen Wirtschaftsordnung zu vollziehen: So wie bisher konnte es kaum weitergehen. Venezuela war eines der ungerechtesten Länder der Welt, Arm und Reich klafften selbst für lateinamerikanische Verhältnisse besonders weit auseinander.

Die andere Lücke in der üblichen Chávez-Erzählung ist, dass der Mann von links sich gezwungen sah, Machterhalt über alles zu stellen. Schon vor Chávez hing die Wirtschaft überwiegend am Erdöl, und die jeweiligen Machthaber schoben die Gewinne daraus einer vergleichsweise kleinen Bevölkerungsschicht zu, den so genannte Eliten: bürgerliche Kräfte, die von ihren Verbindungen lebten, vom direkten oder indirekten Zugriff auf Ölrenditen. Sie saßen an den Hebeln der Verwaltung, der Sicherheitskräfte und der großen Unternehmen.

Mit diesen Leuten hatte in Venezuela kaum eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung jenseits der Ölbranche stattgefunden. Es gab auch keine Aussicht darauf, dass die Massen der venezolanischen Armen jemals in den Wirtschaftskreislauf integriert werden könnten. Von Beginn an kämpfte Chávez für seinen Sozialismus und gegen dieses Milieu. In seinen Fernsehansprachen zeterte er viel und publikumswirksam über „düstere Verschwörer", über „Saboteure" in der venezolanischen Wirtschaft und Verwaltung, die mit „US-amerikanischen Imperialisten" gemeinsame Sache machten und den Revolutionär Chávez stürzen wollten. In vielen Fällen war das Blödsinn, in anderen nicht. Es gab solche Kräfte unter den alten Eliten des Landes. Chávez wäre früh gescheitert, wenn er sie hätte gewähren lassen.

Bloß: An den Schaltstellen saßen nun korrupte Parteigänger, und das ging ebenfalls nicht lange gut. Tragischerweise nicht einmal für die Armen. In den ersten Chávez-Jahren sank die Armut, mehrere Gradmesser

der sozialen Gerechtigkeit verbesserten sich. Doch inzwischen geht es den Menschen sogar schlechter als vor dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“.

Nostalgische Gefühle

Es ist interessant, dass so viele Menschen in Venezuela sich trotzdem noch voller Wärme an Chávez erinnern. Der heutige Machthaber Maduro kann höchstens noch einen Kern fanatischer Anhänger um sich scharen. Der tote Chávez aber weckt bei vielen ein nostalgisches Gefühl. Er hatte eine im Rückblick ruinöse Politik angestoßen, aber sie fühlte sich für viele Menschen gut an. Er verschaffte den Armen, die kaum Hoffnung auf eine vollständige Integration in die Gesellschaft hatten, Respekt und Sichtbarkeit. Der Präsident nahm bei seinen Auftritten am Existenzminimum lebende Mütterchen in den Arm und tröstete sie, so etwas rührte die Menschen zu Tränen. Für Millionen Venezolaner bleibt Hugo Chávez der Comandante der Herzen.

Gegen Ende der 2000er Jahre gingen Venezuela die Öleinnahmen aus, da ließ sich das Durcheinander in Wirtschaft und Verwaltung nicht mehr übertünchen. Der Ölpreis sank, und die inkompetent betriebenen Förderanlagen gerieten an ihre Grenzen. Jahr für Jahr sank die Förderleistung, und 2018 pumpte das Land nicht einmal mehr halb so viel Erdöl an die Oberfläche wie noch vor zehn oder 20 Jahren. Treue Freunde des Maduro-Regimes, allen voran China und Russland, vergaben jahrelang großzügige Kredite und ließen sich dafür künftige Öllieferungen versprechen. Inzwischen werden sogar sie nervös.

Ein anderer Exportartikel aus dem chavistischen Venezuela ist nach wie vor erfolgreich: linke Ideologie. Auf dem Bonner Parteitag der Linken kletterten im Februar etwa zwei Dutzend Menschen auf die Bühne. Sie hielten Schilder hoch: „Hände weg von Venezuela – Vorwärts zum Sozialismus“, was sich unter anderem gegen Druck und Sanktionen vonseiten der USA richtete. Über die Aktion wurde in der Partei heftig gestritten, sie ist aber kein isoliertes Phänomen. Bei vielen linken Parteien und Bewegungen in aller Welt bekennen sich heute Leute solidarisch mit Maduro und seinem Regime – und seinem Versprechen eines vorbildhaften Latino-Sozialismus.

China und Russland gaben Kredite – und sind heute nervös

Vor anderthalb Jahrzehnten, auf dem Höhepunkt der Chávez-Herrschaft und der Rohölpreise, war das noch viel weiter verbreitet. Der deutsche Soziologe Heinz Dieterich, der in Mexiko lebt, hatte den Slogan vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ erfunden. Er hielt Vorträge über dieses „neue historische Projekt“ und beriet zeitweise sogar persönlich Hugo Chávez. In linken Salons interessierte man sich für die Ideen aus Venezuela. Man hoffte auf eine Alternative zur US-dominierten, neoliberal geprägten Marktwirtschaft und Globalisierung. Denn die geriet ja – Stichwort soziale Verwerfungen, entfesselter Konsumismus, ungebändigter Rohstoffhunger – ebenfalls an ihre Grenzen.

Von geopolitischer Bedeutung war, dass Chávez seit seinen frühen Amtsjahren einen Kreis ähnlich gesinnter Staatschefs anführte. Der Ökonom und Staatschef von Ecuador (2007–2017) Rafael Correa wurde zeitweise ein Bruder im Geiste, rief seinerseits einen neuartigen Sozialis-

mus aus und umschwärmte die linke Intelligenzija der westlichen Welt. In Bolivien vertrat der frühere Landarbeiter-Aktivist Evo Morales (2006 bis heute) ähnliche Ziele. In Argentinien bauten Néstor Kirchner (2003–2007) und seine Ehefrau und Nachfolgerin Cristina Fernández (2007–2015) eine wirtschaftspolitische Ordnung wider das Diktat der USA und der internationalen Finanzmärkte auf, bei denen das Land tief verschuldet war. In Nicaragua wurde Daniel Ortega, Haudegen aus Sandinisten-Tagen, 2007 zum zweiten Mal Staatschef.

Chávez träumte von einer Süd-Süd-Achse gegen die USA

Die Motive waren unterschiedlich: Ideologie spielte eine Rolle, der Zugang zu dem von Chávez bereitwillig verteilten Öl eine andere. Die Chávez-Sympathisanten schlossen miteinander Handelsabkommen. Sie hoben sogar eine gemeinsame Entwicklungsbank aus der Taufe und schufen eine Währungsalternative zum Dollar, den SUCRE, für ihre Geschäfte untereinander. Sie wollten gemeinsam mit größeren Mächten wie Brasilien, Russland, China und Indien eine Integration der Schwellenländer unabhängig von den USA vorantreiben. Sie träumten von einer Süd-Süd-Achse gegen den neoliberalen Norden.

Als ehrgeizigstes Vorhaben aus dieser Reihe entstand 2004 der Staatenbund ALBA, die „Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América“, an dem außer Venezuela auch das Kuba der Castros führend beteiligt war, obwohl man dort eher von Sozialisten des vorigen Jahrhunderts sprechen muss. ALBA strebte eine wirtschaftliche, politische und soziale Integration von Ländern Südamerikas und der Karibik an. Zehn Staaten (Antigua und Barbuda, Bolivien, Kuba, die Dominikanische Republik, Grenada, Nicaragua, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen sowie Venezuela) sind heute noch Mitglieder. Seit der Ölboom vorbei ist, läuft allerdings nicht mehr viel. Das jüngste ALBA-Treffen fand im Dezember 2018 in Havanna statt und hatte vorwiegend symbolischen Charakter.

Konservativere Zeiten

Neue Zeiten sind in Lateinamerika angebrochen: In vielen Ländern haben wirtschaftsliberale, konservative und sogar weit rechts stehende Kandidaten Wahlen gewonnen. In Argentinien regiert seit 2015 der Wirtschaftsmann Mauricio Macri, in Ecuador entpuppte sich der 2017 angetretene und von Correa auf den Posten beförderte Lenin Moreno als Konservativer im Amt, in Brasilien gewann 2018 der rechtsextreme Jair Bolsonaro, ein selbsterklärter Fan einer Militärdiktatur im Stil der 1970er Jahre.

Selbst in Venezuela siegte 2015 bei der Wahl des Abgeordnetenhauses die Opposition, die sich aus einem breiten Spektrum von links bis rechts zusammensetzt. Insgesamt steht sie aber für eine deutlich konservativere Politik. Viele ihrer führenden Köpfe stammen aus den alten Eliten. Und anders als die Machthaber in den meisten Nachbarländern – mit Ausnahme Nicaraguas –, wo die Linken den Machtverlust demokratisch akzeptierten, entschieden sich die Chavisten zum kompromisslosen Widerstand bis zum Verfassungsbruch.

Seit den verlorenen Parlamentswahlen von 2015 operierten die Chavisten mit institutionellen Tricks: Der Präsident ignorierte die Rechts-

wege, schloss beispielsweise Erdölverträge mit China am Parlament vorbei, rief Ermächtigungsgesetze aus, schuf eine neue Nationalversammlung, die mächtiger als die gewählte Volksvertretung ist. Das Wahlsystem untergruben die Chavisten so gründlich, dass die Opposition sich großteils entschied, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gar nicht mehr anzutreten, weshalb der unbeliebte Maduro automatisch gewann.

Inzwischen ist Venezuela in eine Diktatur abgerutscht, was sich am Niederknüppeln und -schießen von Demonstranten zeigt, an Schläger- und Killertrupps, die nachts durch Stadtviertel mit vielen oppositionellen Einwohnern ziehen. Man sieht es an Hunderten politischen Gefangenen, an der Folter auf den Polizeistationen und in den Gefängnissen. Chávez-Gegner sagen, dass dies eigentlich seit 1999 angelegt gewesen sei. Früh hatte der Comandante beispielsweise parallele Strukturen zu Militär und Polizei aufgebaut, bewaffnete „Kollektive", informelle Schutztruppen zur Verteidigung der Revolution, die sich keinen Regelungen unterwerfen müssen. Sie waren in den vergangenen Wochen, als neue Massenproteste gegen Maduro in den Straßen aufkamen, für Gewaltexzesse gegen Demonstranten verantwortlich.

Venezuelas „demokratische Revolution" war wohl nie als Demokratie nach bürgerlichen Vorstellungen gedacht. Gemeint war damit eher, dass Chávez und Maduro sich anfangs freien Wahlen stellten und diese auch gewannen, also den Volkswillen hinter sich sahen beim radikalen Umbau ihres Landes. Dialog und Kompromisse mit politisch Andersdenkenden lehnten sie und ihre Gefolgsleute weitmöglichst ab. Politische Konkurrenten überzogen sie mit Schimpftiraden, Verleumdungen und Fake News.

In diesen Tagen verteidigen sich Maduro und seine verbliebenen Anhänger mit einer Art Wagenburg-Mentalität. Die venezolanische Opposition versucht unter ihrem Anführer Juan Guaidó einen Umsturz, die USA unterstützen ihn maßgeblich dabei, und mehr als 50 Länder (auch Deutschland) haben sich für einen Rücktritt Maduros und Neuwahlen ausgesprochen. Ob dieser Umsturzversuch Erfolg hat, ist ungewiss. Für die Chavisten bestätigt sich gerade alles, woran sie immer geglaubt haben: Sie sind im Krieg gegen die alten Eliten und gegen die Imperialisten aus aller Welt! Das stärkt auch ihren Kampfeswillen.

Die Chavisten sehen sich im Krieg mit den Imperialisten

Maduro spielt damit in diesen Tagen meisterlich. Auf die vielen Stromausfälle seit März reagiert er mit einem Chávez-Klassiker: In Fernsehansprachen ruft er den Notstand aus und macht die USA verantwortlich. Cyberattacken und Sabotage an Kraftwerken seien schuld, nicht etwa Missmanagement und Verfall. Die Machtfrage in Venezuela wird sich auch daran messen, wie viele Venezolaner solche Erklärungen noch glauben. Falls es vor lauter Stromausfällen überhaupt Fernsehempfang gibt.

Thomas Fischermann ist Redakteur der *ZEIT*. Als Korrespondent berichtete er aus London, New York und Südamerika und lebt heute in Hamburg und Rio de Janeiro.

Europas Achillesferse

Italiens Regierung verunsichert seine Partner mit immer neuen Provokationen. Doch die Euroskepsis des Landes hat eine längere Tradition, als viele meinen

Von Andrea Affaticati

Nicht immer sind sich die beiden starken Männer in der italienischen Regierung einig. Orientiert sich Innenminister Matteo Salvini, Vorsitzender der rechtsnationalen Lega, außenpolitisch eher Richtung Russland, Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, so geht der Blick des Wirtschaftsministers und Vorsitzenden der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung Luigi Di Maio nach China. Doch eines ist für beide ausgemachte Sache: Mit der EU können sie nicht viel anfangen – zurückhaltend formuliert. Zwar verwahren sie sich gegen den Vorwurf, Italien aus der Eurozone und der EU führen zu wollen. Doch muss die EU aus ihrer Sicht ganz grundlegend reformiert werden, angefangen bei der Sparpolitik.

Salvinis erste Maßnahme als Innenminister war es, die italienischen Häfen für die Rettungsschiffe der Hilfsorganisationen zu schließen. Danach begann das Ringen mit Brüssel um das italienische Haushaltsgesetz. Die vorige Mitte-links-Regierung hatte für das Jahr 2019 noch ein Defizit von 0,8 Prozent vorgesehen, die neue Regierung setzte es auf 2,4 Prozent, um die Wahlversprechen – Bürgereinkommen und Rentenreform – halten zu können. Sowohl Salvini als auch Di Maio beharrten auf ihrer Parole „Italien zuerst“. Nach längerem Kräftemessen mit Brüssel willigte Rom schließlich ein, das Defizit von 2,4 auf 2,04 Prozent herabzusetzen.

Das Jahr 2019 bescherte Europa dann zwei heftige Konfrontationen zwischen Paris und Rom. Das erste Mal ging es um die Migranten. Salvini und Di Maio bezichtigten Paris der Scheinheiligkeit: Man predige Solidarität, nehme aber selbst keine Flüchtlinge auf. Di Maio ging noch einen Schritt weiter und beschuldigte Frankreich, die eigentliche Ursache der Migrationswelle zu sein, weil es Afrika durch eine fortgesetzte Kolonialpolitik weiter in die Armut treibe. Zum Eklat kam es dann wenige Wochen später, als Di Maio auf der Suche nach europäischen Verbünde-

ten auch dem Franzosen Christophe Chalençon einen Besuch abstattete, einem der radikalsten Wortführer der Gelbwesten. Paris rief darauf seinen Botschafter aus Rom zurück, und es war allein der Intervention des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella zu verdanken, dass sich die Wogen nach einigen Tagen wieder glätteten.

Italien weigerte sich, den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen und blockierte auf Druck der Fünf-Sterne-Bewegung ein gemeinsames Vorgehen der EU in der Venezuela-Krise. Rom plädierte zwar für Neuwahlen in dem südamerikanischen Land, wollte aber den venezolanischen Parlamentschef Juan Guaidó nicht als Interimspräsidenten anerkennen.

Das große Missverständnis

In seinem soeben erschienenen Buch „Ho imparato" (Ich habe gelernt) erinnert der ehemalige sozialdemokratische Premier Enrico Letta daran, dass noch 1989, bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent, 88 Prozent der Italiener ausgesprochene Pro-EU-Voten abgegeben hätten. Heute würden laut einer Eurobarometer-Umfrage nur mehr 44 Prozent für einen Verbleib des Landes in der Union stimmen. „Nicht einmal das Trauma, das der ehemalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi für Europa darstellte", fährt Letta im Buch fort, „kann mit dem jetzigen Tiefstand verglichen werden." Berlusconi sei immerhin Mitglied der EVP gewesen und habe sich, wenn auch widerwillig, den „europäischen Spielregeln" gefügt. „Was man von dieser Regierungskoalition nicht sagen kann."

In Wirklichkeit hatte das Auseinanderdriften von Rom und Brüssel schon Anfang der 1990er Jahre begonnen. Damals fegte der Korruptionsskandal „Tangentopoli", bei dem es um illegale Parteienfinanzierung und Machtmissbrauch ging, die alten Parteien allesamt weg und ebnete Silvio Berlusconi den Weg aufs politische Parkett. In seinem 2014 veröffentlichten Buch „Le ragioni della debolezza italiana" (Die Gründe für Italiens Schwäche) lässt der Politologe Emidio Diodato den Wandel mit dem 1992 von Italien unterschriebenen Maastricht-Vertrag einsetzen, infolgedessen nicht nur die Außenpolitik, sondern maßgeblich auch die Innenpolitik von „externen Einschränkungen" bedingt wurde.

Rom und Brüssel driften schon seit 1992 auseinander

Dies führte dazu, dass Berlusconis Mitte-rechts-Regierungen auf eine „nationale Rückverlagerung" der Kompetenzen zielten, während die Mitte-links-Regierungen unter dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi die „Internationalisierung" oder „Europäisierung" des Landes vorantrieben. Über Prodi schreibt Diodato: „Es gelang ihm jedoch nicht, das vornehmlich technokratische Projekt, bei dem die Einhaltung der europäischen Regeln Vorrang hatte, in ein politisches zu verwandeln." Anders gesagt: Die Italiener unterstützten sein Vorhaben, solange es das Wirtschaftswachstum förderte und keine Opfer verlangte.

„Genau genommen, beruht Italiens Beziehung zur EU seit jeher auf einem Missverständnis. Die Italiener haben Spinellis Idee eines föderalen Europa immer falsch verstanden und in der EU eine mehr oder weniger mythische Entität gesehen, die all das verrichten würde, wozu Italien

selber nicht fähig war", erklärt Riccardo Perissich, ehemaliger Generaldirektor der EU-Kommission und enger Mitarbeiter von Altiero Spinelli, einem der Vordenker der europäischen Integration.

Man war also für die EU, ohne sich wirklich zu fragen, was es eigentlich bedeutet, Mitglied der Union zu sein. Riccardo Perissich zitiert den verstorbenen Gianni Agnelli, wonach einerseits 80 Prozent der Italiener das Konzept der EU befürworteten, andererseits aber 80 Prozent dessen, was sie täten, diesem Konzept zuwiderliefe. Eingebettet in der atlantischen Allianz und später in der EU hätten sich die Italiener jahrzehntelang von jeglicher Verantwortung enthoben gefühlt, meint Perissich.

Man war für die EU, ohne sich zu fragen, was das bedeutet

Dessen ungeachtet waren die Politiker dieser Jahre ausgesprochen erfolgreich darin, den Status des Landes als Mittelmacht im Mittelmeerraum zu pflegen. Männer wie De Gasperi und später Emilio Colombo, Carlo Azeglio Ciampi, Giorgio Napolitano und Bettino Craxi waren durchaus in der Lage, mit mehreren Bällen gleichzeitig zu jonglieren. Einerseits ein Verbündeter Israels zu sein, aber andererseits ein offenes Ohr für die Araber zu haben; ein loyaler Alliierter der USA zu sein, ohne aber Russland und China aus dem Augen zu verlieren. Noch heute glauben einige Kommentatoren in Italien, es habe mit der damals erfolgten diplomatischen Vernetzung im arabischen Raum zu tun, dass Italien bis heute von islamistischen Terrorattentaten verschont geblieben ist.

Solange die EU Wachstum und Wohlstand garantierte und förderte, waren Italiens Bürger quasi a priori für die Mitgliedschaft. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist man heute a priori gegen sie – auch jetzt, ohne sich wirklich näher mit den Ursachen zu beschäftigen. Sah man früher in der EU den Rettungsring, muss die EU heute als Sündenbock für alles herhalten, was schiefläuft. Diese Haltung wird durch die Regierenden noch unterstützt. Als im vorigen August in Genua die Morandi-Brücke einstürzte und 43 Menschen ums Leben kamen, hatte Salvini die Dreistigkeit zu behaupten, schuld an diesem Unglück sei auch die EU mit ihrer Sparpolitik.

Die derzeitige Regierung verschont auch nicht die deutschen „Lehrmeister" mit Kritik und Attacken. Das sei allerdings nicht neu, betont Perissich: „Die deutsch-italienischen Beziehungen waren schon immer von einer gewissen Ambivalenz geprägt. Vielleicht erinnert sich noch jemand an den Satz des damaligen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti zur Wiedervereinigung: Ich liebe Deutschland so sehr, dass mir zwei lieber waren als eines."

Neue Partner

Läuft Italien mit seiner Haltung Gefahr, international an Gewicht zu verlieren, auch im Hinblick auf die neue Aufstellung der EU nach den Wahlen? Salvini und Di Maio wiederholen gebetsmühlenartig, nach dem 26. Mai werde es ein ganz anderes Europa geben, womit sie zum Teil recht haben. Doch auch wenn Sozialdemokraten und Europäische Volkspartei höchstwahrscheinlich nicht mehr die Mehrheit der Sitze haben und damit auf die Liberalen angewiesen sein werden: Zusammen werden sie den populis-

tischen und rechtsnationalen Fraktionen in Straßburg das Leben nicht leicht machen. Außerdem wird neben dem neuen EU-Parlamentsvorsitzenden – im Moment ist es der Italiener Antonio Tajani – im Herbst auch ein neuer EZB-Präsident gewählt, Mario Draghis Mandat läuft aus. Doch das scheint die jetzige Regierung nicht wirklich zu kümmern, schrieb Anfang März die Tageszeitung *Corriere della Sera*.

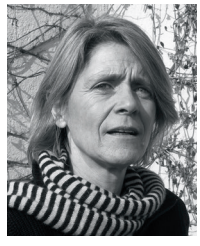
Man hat ja noch andere Partner. So hat Rom etwa gegenüber Moskau schon immer eine eher wohlwollende Politik verfolgt, auch wenn man sich letztlich den Russland-Sanktionen anschloss. Nie aber wurde eine prorussische Haltung so offensiv vertreten wie jetzt. So erklärte Innenminister Salvini im Interview mit der *Washington Post* zur Annexion der Ukraine, es gebe nun einmal „Gebiete, die schon immer russisch waren, in denen die russische Kultur und die russischen Traditionen zu Hause sind und deswegen auch zur Russischen Föderation gehören". Gleichzeitig aber muss Rom der Tatsache Rechnung tragen, dass die Beziehungen zwischen Moskau und Washington derzeit ziemlich angespannt sind – denn auf gute Beziehungen zu Amerika will auch Salvini auf keinen Fall verzichten.

Ein Balanceakt, der noch schwieriger zu werden droht, nachdem Ministerpräsident Conte Ende März mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping ein Memorandum of Understanding zur Neuen Seidenstraße, der „Belt and Road Initiative", unterschrieben hat, dem gigantischen Infrastrukturprojekt der chinesischen Regierung. Das Memorandum wurde in erster Linie vom Wirtschaftsministerium, an dessen Spitze der Fünf-Sterne-Chef Luigi Di Maio steht, vorangetrieben. Besonders harsch waren die Reaktionen aus Washington. Man werde in Zukunft keine sensiblen Daten mehr an Italien weiterleiten, hieß es seitens der Amerikaner. Und auch Brüssel fühlte sich vor den Kopf gestoßen.

In Italien warnen Ökonomen und Politologen, dass Peking mit der Neuen Seidenstraße bekanntlich auch politische Ziele verfolge und dass Italien zu einem trojanischen Pferd werden könnte. Die Regierung weist diese Vorwürfe zurück. Sie „stellt dieses Abkommen als reines Handelsabkommen dar, erkennt darin jedoch nicht das wirkliche Ziel der Belt and Road Initiative", erklärt Danilo Taino, Wirtschaftskommentator des *Corriere della Sera*.

Prodi fürchtet, Italien könnte Europa von innen heraus spalten

Als „Europas Achillesferse" beschrieb Italiens Ex-Premier Romano Prodi sein Land vor Kurzem im Gespräch mit der Wochenzeitung *L'Espresso*. Er sieht die Gefahr nicht so sehr darin, Italien könnte aus der EU und dem Euro austreten, sondern eher in seinem Potenzial, diese von innen heraus zu spalten. Wenn dem so sein sollte, wäre Italien aber nur Handlanger dieser „Teile und herrsche"-Strategie. Die Fäden würde Moskau ziehen – oder Peking.



Andrea Affaticati
arbeitet als freie Journalistin u.a. für *Il Foglio* in Mailand.

„Optionen gibt es immer“

Timothy Snyder über eine Politik der Ewigkeit, eine der Unvermeidbarkeit und warum wir in der Demokratie Spieler sind – nicht aber Schiedsrichter

Ein Interview mit Timothy Snyder

IP: *Herr Snyder, Sie blicken schon länger auf die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Russland, der EU und den USA. Erleben wir gerade das Ende des Westens, wie wir ihn kennen?*
Timothy Snyder: Das ist möglich, aber es liegt in unserer Hand. Wir haben uns zuletzt natürlich selbst einige Narrative aufgetischt, die uns schwächer und ignoranter gemacht haben. Zumindest haben wir es verpasst, die vergangenen 25 Jahre zu nutzen, um über die Geschichte des Westens nachzudenken. Und ohne Geschichte – das klingt banal, ist aber wahr – ohne Geschichte kann es keine Zukunft geben. Wenn der Westen also eine Zukunft haben soll, dann braucht er auch eine Vergangenheit, über die sich die Menschen, die im so genannten Westen leben, auf sinnvolle Art und Weise miteinander unterhalten können, um die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft einzuordnen.

IP: *Stattdessen haben wir der Geschichte den Rücken gekehrt?*
Snyder: Genau. Zum einen haben wir uns in einer Art ewigen Gegenwart eingerichtet. Und das hat andernorts, zum Beispiel in Russland, wiederum Tür und Tor für rechtspopulistische Politiker geöffnet, die haltlose Geschichten kultivieren, welche es für uns wiederum noch schwieriger machen, über die Zukunft nachzudenken. Zum anderen haben wir aber auch eine Reihe verheerender Fehler gemacht. Denn die EU ist ja noch immer die größte Wirtschaft der Welt, die wichtigste zusammenhängende Gemeinschaft demokratischer Staaten und darüber hinaus die einzige Institution, die bisher versucht hat, die meiner Meinung nach größten Probleme unseres Jahrhunderts anzugehen: die Monopolisierung, die Steueroasen, den Datenschutz und den Klimawandel. Die Dinge, um die es im 21. Jahrhundert wirklich geht, sind von der EU zwar noch nicht gelöst, aber zumindest angegangen worden.

IP: *Was empfehlen Sie?*
Snyder: Zuerst müssen wir über die Zukunft nachdenken – und damit wir das machen können, müssen wir uns mit der Vergangenheit beschäftigen. Wir müssen lernen, die echten Herausforderungen von den Dingen zu unterscheiden, die uns gegenwärtig nervös machen. Und wir müssen die Institutionen bestimmen, die am besten für diese Herausforderungen gewappnet sind. Wenn man das so sieht, dann steht Europa gar nicht so schlecht da.

PROF. DR. TIMOTHY DAVID SNYDER lehrt Geschichte an der Yale University. Seine Forschungsschwerpunkte sind osteuropäische Geschichte und der Holocaust. Zu seinen bekanntesten Büchern gehört „Der Weg in die Unfreiheit: Russland, Europa, Amerika“ (2018).

IP: *Die so genannte Politik der Ewigkeit ist eines Ihrer wichtigsten Konzepte – und in Ihren Büchern geht es unter anderem auch um die Gefahr, die der Aufstieg des Autoritarismus für westliche Demokratien bedeutet. Machen Sie sich große Sorgen?*
Snyder: Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, nicht alles anhand einer klaren Unterteilung in „Ja“ und „Nein“ zu bewerten. Wir sollten uns davor hüten, immer nur in Gegensätzen zu denken, also hier zum Beispiel zu sagen: Es gab einmal die Demokratie und jetzt wird es eben den Autoritarismus geben. Genauso finde ich, dass man nicht ständig über Dinge wie rote Linien und unumkehrbare Momente reden sollte, jenseits derer es keine Hoffnung mehr gibt. Es gibt immer Hoffnung. Vor diesem Hintergrund ist es sehr wichtig, dass wir uns nicht ständig als Beobachter sehen, so als ob wir Schiedsrichter wären und die Demokratie eine Art Fußballspiel. Wir sind nicht die Schiedsrichter, wir sind die Spieler. Das zu verstehen, ist fundamental. Wir dürfen nicht glauben, dass der Erfolg der Demokratie lediglich von objektiven Erwägungen abhängt. Der Moment, an dem wir das glauben, ist der Moment, an dem wir die Demokratie aufgeben. Denn die Demokratie ist abhängig vom Regierungswillen der Menschen.

IP: *Wenn aber niemand regieren will und alle glauben, dass es nur um objektive Faktoren geht, dann gibt es keine Demokratie mehr.*
Snyder: Wie wir selbst handeln, ist einer dieser Faktoren. Sie fragten ja auch nach der Politik der Ewigkeit. Mit dieser Idee will ich ausdrücken, dass Politik immer von einem Verständnis der Zeit abhängt; dass die moderne Politik der Rechtsstaatlichkeit, der Gesellschaftsverträge und der Demokratie von einem Zeitgefühl herrührt, das zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unterscheidet. Seit 1989 haben wir allerdings eher eine Politik der Unvermeidbarkeit erlebt. Wir sagten: Wir brauchen keine Geschichte, weil wir schon wissen, wie die Welt funktioniert. Wir wissen, dass der Kapitalismus die Demokratie bringt – oder so ähnlich. Wir müssen uns also nicht mit den

© dpa

Details beschäftigen. Wir brauchen nicht einmal ein Verständnis für die Zeitgeschichte, weil wir überzeugt sind, dass wir uns auf dem einzigen Pfad befinden.

IP: *Viele glaubten, dass es zu diesem Weg keine Alternativen gäbe.*
Snyder: Die Menschen, die diese Art des Denkens unterstützen, und auch ihre Gegner haben sich in dieser gefühlten Alternativlosigkeit eingerichtet. Genau das ist die Politik der Unvermeidbarkeit. Das Problem an der Politik der Unvermeidbarkeit ist allerdings, dass sie falsch ist. Es gibt immer Alternativen und wenn diese dann eintreten, sind sie meistens schlecht und wir sagen: „Oh Gott, jetzt gibt es doch Alternativen, aber alle sind schlecht." Das wiederum ist die Politik der Ewigkeit, die „Zukunftslosigkeit", in der wir uns heutzutage bewegen. Wir begegnen ihr zum Beispiel, wenn Donald Trump sagt: „Let's make America great again." Oder wenn europäische Populisten davon reden, eine Zeit zurückzubringen, in der alles gut war, weil es damals noch keine Einwanderer gab.

IP: *Die Politik der Ewigkeit ist also der erfolgreiche Versuch, Menschen davon abzuhalten, über die eigentlichen Probleme unserer Zeit nachzudenken?*
Snyder: Genau. Und sie nimmt Menschen den Glauben daran, dass es tatsächlich einen Handlungsspielraum gibt, um diesen Problemen zu begegnen. Dabei werden unsere eigentlichen Probleme durch Stellvertreterprobleme ersetzt, also durch vage Bedrohungen von außen, durch die Flüchtlingskrise oder durch andere Szenarien. Denken Sie nur an den Fall der Lisa F. in Deutschland, bei dem Russland den Deutschen weiszumachen versuchte, dass die eigentliche Gefahr unserer Zeit islamistische Vergewaltiger seien. Die Angst vor äußeren Bedrohungen, vor den anderen, vor Vergewaltigung und vor Gewalt ersetzt die eigentliche Politik. Darum geht es bei der Politik der Ewigkeit. Ich versuche in meiner Arbeit darzulegen, dass Zeit eine wichtige politische Komponente ist. Ich vergleiche die aktuellen autoritären Bewegungen allerdings nicht mit denen der Vergangenheit. Natürlich haben sie etwas mit dem Faschismus und den 1920er und 1930er Jahren zu tun, aber sie sind auch Kreaturen der Gegenwart und Kreaturen des Internets, welches die Politik der Ewigkeit ja dramatisch verstärkt, weil es die Vergangenheit und die Zukunft komplett ausblendet und auf gewisse Art und Weise alle in das Leben im ewigen Jetzt zwingt.

IP: *Unternehmen die EU und insbesondere Deutschland genug, um dem russischen Angriff auf westliche Demokratien und Werte etwas entgegenzusetzen?*
Snyder: Nein. In Deutschland gibt es dafür meiner Meinung nach eine Begründung, die in der Vergangenheit liegt und eine, die mit der Zukunft zu tun hat. Die erste Begründung ist, dass viele Deutsche – und insbesondere Teile der SPD – die bequeme Haltung einnehmen, dass Russland das Hauptopfer des Zweiten Weltkriegs war und die deutsche Russland-Politik deswegen milde und mitunter auch großzügig sein sollte. Dabei haben die Ukrainer und die Weißrussen, um gar nicht erst von den Juden zu reden und in Europa zu bleiben, viel mehr gelitten als die Russen. Für die war der Zweite Weltkrieg im Grunde ja auch ein Kolonialkrieg, in dem es um die Eroberung der Ukraine

ging. Dieser Teil der Geschichte ist aber vollends aus dem deutschen Gedächtnis gelöscht. Die russische Außenpolitik macht sich das seit Jahren zunutze und versucht den Deutschen einzureden, dass die Ukrainer die Bösen und die Russen die Guten sind.

IP: *Viele Deutsche blenden also Teile der Geschichte und Opfer des Zweiten Weltkriegs aus, weil es politisch bequemer ist?*
Snyder: Genau, und das bringt mich zur Zukunft. Deutschland schützt die Politik der Ewigkeit mittels der Nord Stream 2. Für den Bau dieser Gaspipeline gibt es kein gutes Argument. Sie spielt einzig und allein den russischen Gasbaronen in die Karten. Dabei würde man denken, dass die Rohstoffoligarchie in Russland insbesondere der politischen Linken in Deutschland Sorgen machen sollte, die sich ja um das Klima und auch um die wirtschaftliche Ungleichheit kümmert.

IP: *Eine Rohstoffoligarchie ist an sich die „Regierungsform“, die sich am schlechtesten mit dem Klima und der wirtschaftlichen Gerechtigkeit vereinbaren lässt.*
Snyder: Die Politik der Ewigkeit wird grundsätzlich nicht von Staaten produziert, sondern von Situationen. Nicht Russland ist der Grund allen Übels, und auch nicht die Tatsache, dass die Russen anders sind als alle anderen. Vielmehr ist Russland so gut darin, zukunftslose Politik zu produzieren, weil es eine Oligarchie ist, der es an sozialer Mobilität mangelt – und weil Russland eines der wenigen Länder ist, das meint, vom Klimawandel profitieren zu können und dessen Regime komplett von fossilen Energien abhängig ist. Russland hat ein Interesse daran, dass der Rest der Welt in der ewigen Gegenwart lebt. Denn die Zukunft, die uns blüht, wenn wir wie bisher weiterhin auf fossile Energien setzen, ist ja zweifelsohne eine katastrophale. Mit Nord Stream 2 unterstützt Deutschland also ein Russland, das die Politik der Ewigkeit propagiert. Das muss man bei allem Respekt vor Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Verständnis der Situation in der Ukraine, das meiner Meinung nach besser war als das vieler ihrer Kollegen, so hart sagen – und auch bei allem Respekt vor den wirklich sinnvollen Dingen, die man zurzeit zum Thema Russland und zur Ukraine von der deutschen Regierung hört. Das sind die großen Probleme, die Deutschland davon abhalten, sich wirklich positiv hervorzutun.

IP: *Das hat auch viel mit Gefühlen zu tun. In fast jedem politischen Bereich nimmt die Bedeutung von Gefühlen im Verhältnis zu Rationalität und Fakten zu. Verändert das die internationalen Beziehungen von Grund auf?*
Snyder: Das ist ein sehr interessanter Punkt. Ich glaube, die größte Veränderung ist, dass ausländische Regierungen mittlerweile Zugriff auf die Gefühlswelt ganzer Gesellschaften haben. Der traditionelle Unterschied zwischen Außen- und Innenpolitik lag ja ursprünglich darin, dass sich die Innenpolitik mitunter um Emotionen drehte, die in der Außenpolitik nichts zu suchen hatten. Dort versucht man, objektiv über das Interesse des eigenen Landes nachzudenken. Man denkt auf einer viel höheren Abstraktionsebene – und der Feind ebenfalls. Letzterer könnte es natürlich mit Propaganda versuchen oder ein Komplott anzetteln …

Bild nur in Printausgabe verfügbar

IP: *… oder heute eben über das Internet direkten Einfluss auf Zivilgesellschaften nehmen …*
Snyder: … ja, und das ist etwas, was man insbesondere in Russland sehr gut versteht und ausnutzt – was wiederum einer der Gründe dafür ist, dass Donald Trump heute Präsident ist. Trump ist von einer großen Emotionswelle ins Weiße Haus gespült worden. Ein Teil dieser Welle brandete in den USA selbst auf und wurde von der wirtschaftlichen Ungleichheit, der dramatischen Opioidkrise und dem Rassismus im Land befeuert. All das waren amerikanische Probleme. Neu war allerdings, dass die russische Außenpolitik diese Emotionen anzapfen und verstärken konnte. Moskau half dem Wahlverhalten der Menschen einfach etwas nach, indem man ihnen suggerierte, für welchen Kandidaten man unbedingt stimmen sollte und für welchen auf gar keinen Fall. In dieser Hinsicht ist Russland übrigens weder speziell noch anders als andere Staaten. Der Punkt ist, dass Russland auf der traditionellen Weltbühne vergleichsweise schwach daherkommt und deshalb heute umso mehr Interesse daran hat, sich in das Feld der subjektiven oder emotionalen Macht einzumischen. Hier verzeichnet der Kreml ja bereits einige Erfolge. Der Umschwung der deutschen Gesellschaftsmeinung zur Ukraine-Frage war so ein Erfolg, der Wahlsieg von Donald Trump auch – und der Brexit, insofern er wirklich stattfinden sollte, wäre ebenfalls einer. Ich glaube allerdings, dass die betroffenen Staaten mittlerweile wehrhafter geworden sind und auch die Zivilgesellschaften merken, dass die Einmischung von außen ein Problem darstellt.

IP: *Meine letzte Frage dreht sich um die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die beiden Staaten haben sich zuletzt immer weiter voneinander wegbewegt. Für Donald Trump ist Deutschland kein Partner mehr, sondern ein Gegenspieler, wenn*

nicht gar ein Feind. Haben Sie angesichts dieser traurigen Momentaufnahme eine Empfehlung für die deutsche Außenpolitik?
Snyder: Lassen Sie uns das aus einer etwas anderen Perspektive betrachten. Als die USA sich nach dem Zweiten Weltkrieg an Westdeutschland annäherten, war der Gedanke ja auch nicht, dass eine deutsche Führungsrolle etwas ganz Wundervolles wäre. Vielmehr ging man davon aus, dass alle Parteien ein Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen transatlantischen Allianz haben würden. So ähnlich sollten die Deutschen die USA auch gegenwärtig einordnen. Natürlich ist die aktuelle amerikanische Regierung trotzdem eine komplette Katastrophe – und niemand würde verhehlen, dass der Präsident Dinge über deutsche und auch andere europäische Politiker sagt, die schmerzhaft, beleidigend und damit kontraproduktiv sind.

IP: *Trotzdem sind weite Teile der USA auf verschiedenen Ebenen staatlich wie bürgerschaftlich nach wie vor proeuropäisch eingestellt. Sie stehen auch einer zukünftigen Wiederannäherung an Europa offen gegenüber. Darauf könnte aufgebaut werden, wenn man das möchte.*
Snyder: Vor diesem Hintergrund ist es tatsächlich von äußerster Wichtigkeit, dass die deutsche Außenpolitik ihre Kontakte pflegt und ihre Kommunikationskanäle offenhält. Die Beziehungen zur amerikanischen Zivilgesellschaft und auch zu den politischen Institutionen müssen aufrechterhalten und sogar noch verbessert werden, damit man in zwei Jahren – oder wie lange es auch immer dauern mag – bereit ist, wenn die Zeit für ein Revival der transatlantischen Beziehungen gekommen ist.

IP: *Donald Trump ist nicht Amerika.*
Snyder: Aber natürlich nicht! Die größte Gefahr für Europa ist es, von Trumps Wahlerfolg auf das Wesen Amerikas zu schließen. Die USA sind riesig – ein ganzes Universum, wenn man so will – und voller Meinungen und Möglichkeiten. Die Frage, die man sich in Deutschland also stellen sollte, ist, mit welchen amerikanischen Städten, Bundesstaaten oder Persönlichkeiten man gerade gut kooperieren könnte. Auf lange Sicht wird das wichtig werden – eben weil langfristig auch die transatlantische Partnerschaft wieder für alle Beteiligten an Bedeutung gewinnen wird.

Das Interview führte Martin Bialecki

Mehr Gelassenheit

Bei der Gaspipeline Nord Stream 2 braucht es Realitätssinn, keine Sanktionsdrohungen. Denn Europas Energiesicherheit hat sich deutlich erhöht

Von Friedbert Pflüger

Die in den vergangenen zwei Jahren kontrovers diskutierte Nord Stream 2-Pipeline ist auf der Zielgeraden. Heute gehört sie zur europäischen Realität. 800 von 2500 Kilometern sind gebaut, der EU-Trilog hat sie im Zusammenhang mit der Gas-Richtlinie am 12. Februar de facto durchgewunken. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, dass die letzte ausstehende Genehmigung aus Dänemark für eine der beantragten Routen kommt. Bedeutet das eine Schlappe für die Diversifikationsziele der europäischen Energieunion? Ist die zu beobachtende Aufregung über eine mögliche Erpressbarkeit der EU berechtigt? Bei einem genaueren Blick auf die Entwicklungen seit 2009: eindeutig Nein.

Nach der russisch-ukrainischen Gaskrise begriff die EU, dass die energiepolitische Abhängigkeit einiger Mitglieder gefährlich sein kann. Sie entdeckte – unter maßgeblicher Mitwirkung der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer – das Thema der Energiesicherheit und verabschiedete eine ehrgeizige Agenda zur Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas. Bei der Umsetzung diverser Maßnahmen wurde viel Geld der EU und ihrer Mitglieder eingesetzt. Die EU erhöhte Schritt für Schritt ihre Energiesicherheit, die Bürger zahlten eine Sicherheitsprämie.

Sechs Entwicklungen haben die Energiesicherheit in Europa so erhöht, das die legitime und notwendige Debatte über Nord Stream 2 mit mehr Gelassenheit geführt werden kann.

Flüssigerdgas (LNG) ist verfügbar

Das entscheidende Kriterium für Energiesicherheit ist nicht die Menge des von einem Land gelieferten Gases, sondern die Möglichkeit von Alternativen im Krisenfall. Vor zehn Jahren gab es solche Optionen kaum. Heute verfügt die EU über etwa 30 LNG-Importterminals, hauptsächlich entlang der Nord- und Südwestküste. Fast die Hälfte aller EU-Länder besitzt ein Terminal. Allein in den letzten zehn Jahren hat die EU rund

70 Milliarden Kubikmeter LNG-Importkapazität pro Jahr hinzugewonnen, so dass sich die Gesamtmenge auf rund 215 Milliarden Kubikmeter beläuft. 2018 waren das über 40 Prozent des jährlichen EU-Gasbedarfs. Nun werden zudem weitere Terminals gebaut und bestehende erweitert, 20 neue Anlagen mit mindestens 50 Milliarden Kubikmetern zusätzlicher Kapazität sind geplant.

Mitte Februar 2019 traf sich US-Vize-Energieminister Dan Brouillette mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier in Berlin. Er lobte die deutschen Aktivitäten und sprach mit den Chefs von vier deutschen LNG-Projekten. Ob und inwieweit diese Terminals wirtschaftlich sein werden, hängt wesentlich von der Entwicklung der Gaspreise ab. Aber allein die Existenz der Terminals ist ein Game Changer. Ex-US-Botschafter Richard Morningstar sagte im März treffend: „LNG muss preislich wettbewerbsfähig sein. In gewisser Weise spielt es aber gar keine Rolle, wie viel verkauft wird. Die Hauptsache ist aus Sicht der Energiesicherheit, dass LNG verfügbar ist, denn dann wird es die Preise niedrig halten. Es wird Russland davon abhalten, monopolistische Gaspreise durchzusetzen." Ein Beispiel ist die Inbetriebnahme der LNG-Importanlage in Klaipeda (Litauen) 2014, wonach 2015 Gazprom seine Preise um 20 Prozent senken musste. Die Investition hatte sich gelohnt, bevor eine einzige Lieferung LNG den baltischen Staat erreichte.

Mehr Speicher vorhanden

Die EU hat ihre Speicherkapazität seit 2011 um rund 75 Prozent erhöht, wodurch nun ein Fünftel des Jahresverbrauchs gelagert ist. Vier der acht Länder mit den weltweit größten Gasspeicherkapazitäten befinden sich in der EU. Es gibt ca. 200 operative Gasspeicher in 19 Mitgliedstaaten, mehr als 50 weitere sind geplant oder im Bau. Die geografische Verteilung der Speicherstätten hat den Vorteil, dass Speicher in unmittelbarer Nähe zur Nachfrage liegen. Damit gewährleisten die Mitgliedsländer und ihre Übertragungsnetzbetreiber flexible Ersatzlieferungen an Nachbarstaaten, falls es zu Unterbrechungen der Gaszufuhr in einer politischen Krise, bei Kälte oder Unfällen käme.

Die EU hat ihre Speicherkapazität stark hochgefahren

Umkehrfluss ist möglich

Im Gegensatz zu 2009 fließt Gas heute in der Regel nicht nur von Ost nach West, sondern in alle Richtungen. 2010 verabschiedete die EU eine umfassende Verordnung zur Gasversorgungssicherheit (und überarbeitete sie 2017), welche die ständige bidirektionale Leitungsmöglichkeit in allen grenzüberschreitenden Verbindungen zwischen Mitgliedstaaten vorschreibt (Interkonnektoren). So wird der physische Umkehrfluss (Reverse Flow) ermöglicht. Seither wurde ein großer Teil der wichtigsten EU-Gaspipelines mit Reverse-Flow-Kapazitäten ausgestattet. So zum Beispiel der Interkonnektor Lettland–Litauen, die Pipeline Ungarn–Slowenien, die Verbindung bei Lanžhot zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakei, bei Arad-Szeged zwischen Rumänien und Ungarn, bei Velké Zlievce zwischen Ungarn und der Slowakei und beim Rogatec-Interkonnektor zwischen Kroatien und Slowenien. Gleichzeitig wurde die Ukraine durch Reverse-Flow-

Kapazitäten bei Hermanowice zwischen Polen und der Ukraine und bei Bereg Darots zwischen Ungarn und der Ukraine gestärkt, so dass Kiew direkte Gaslieferungen von Gazprom deutlich reduzieren konnte. Die regionale Energiesicherheit verbessert sich auch durch Modernisierung, Bau und Planung weiterer Reverse-Flow-Projekte. Nicht nur der physische Ausbau der Infrastruktur hat den freien Gastransport und -handel in Europa gestärkt, sondern ganz wesentlich auch eine von der Kommission erlassene Regulierungsmaßnahme. Sie hob die territoriale Lieferbeschränkung auf, um den freien Handel unter Mitgliedstaaten zu ermöglichen.

Sorgen im Baltikum oder in Polen muss begegnet werden

EU-Projekte für mehr Wettbewerb

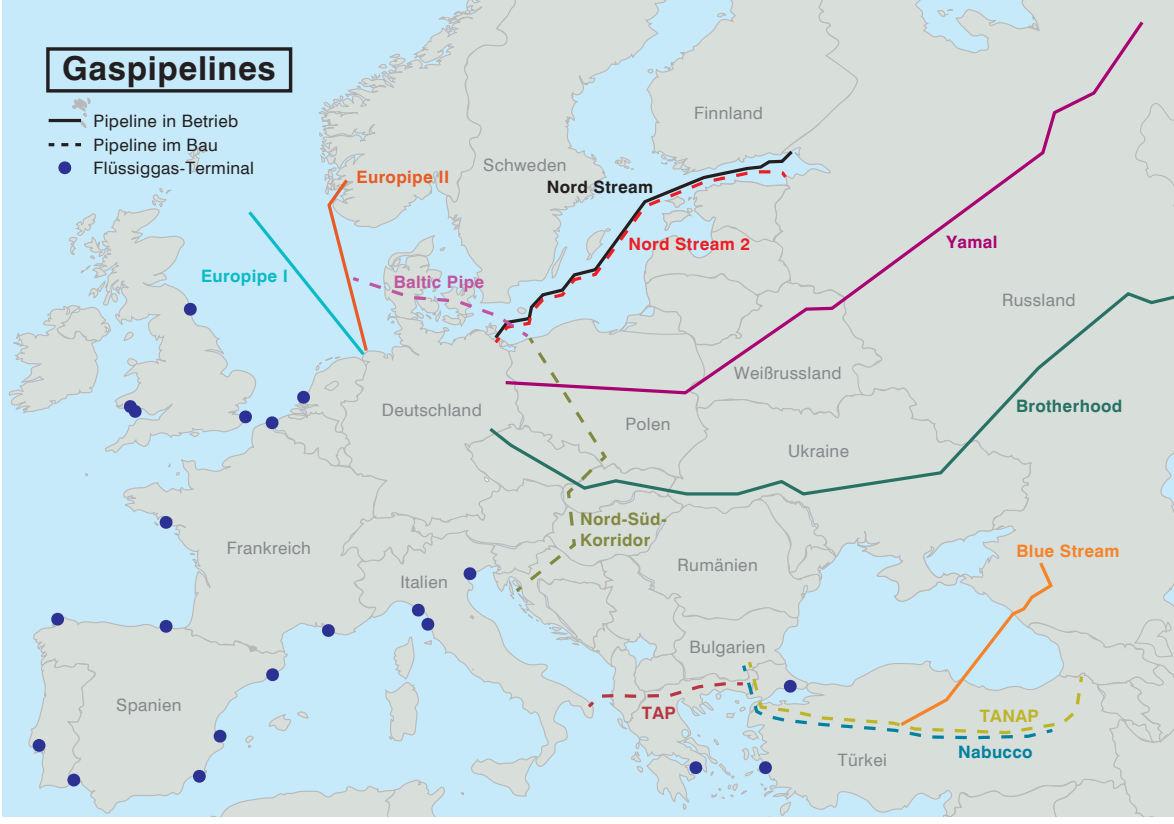
Weitere EU-finanzierte „Projects of Common Interest" für mehr Wettbewerb sind in Planung oder im Bau. 2014 verfassten das Atlantic Council der USA und die Central Europe Energy Partners Empfehlungen für den beschleunigten Bau vom Nord-Süd-Korridor, einer der Energiewege von der Ostsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer (der Autor dieses Artikels hat daran mitgewirkt). Damit sollten die Infrastrukturprojekte gestärkt werden, die nicht wirtschaftlich waren, aber für die Energiesicherheit unerlässlich erschienen.

Europäische Steuerzahler sollten sozusagen eine Sicherheitsprämie für Energieversorgung zahlen. Angesichts der mittel- und osteuropäischen Geschichte erschien dies gerechtfertigt, um Ängsten etwa in Polen oder im Baltikum zu begegnen. Allein 2017 bewilligten die Europäer im Rahmen des „Connecting Europe Facility"-Förderprogramms 873 Millionen Euro für 17 Energieprojekte. Zusätzlich werden bis 2027 fast neun Milliarden Euro für weitere Energieprojekte bereitgestellt. Darunter fallen die Interkonnektoren zwischen Estland und Finnland, Bulgarien und Griechenland sowie die neue „Baltic Pipe" zum Gastransport von Norwegen nach Polen. Die Infrastruktur ist in Europa so entwickelt, dass es kaum mehr Monopolsituationen gibt.

Verschiedene Wege und Quellen

Noch nie war die EU-Gasinfrastruktur besser positioniert, um neue Lieferanten aufzunehmen, zu denen schon Russland, Norwegen, Algerien, Libyen, Katar und die Vereinigten Staaten gehören, ab 2020 auch Aserbaidschan über die Trans-Adria-Pipeline (TAP). Die Pipeline wird zunächst jährlich zehn Milliarden Kubikmeter transportieren – mit der Option einer Verdopplung. Ein weiteres vielversprechendes Diversifikationsprojekt liegt im östlichen Mittelmeer.

Mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung im Dezember 2017 vereinbarten Israel, Zypern, Griechenland und Italien Ende 2018, die Gasreserven Israels mit den drei Ländern durch eine Pipeline zu verbinden. Trotz der erheblichen Konflikte in der Region unterstützte die EU das Projekt mit 100 Millionen Euro für eine Machbarkeitsstudie. Die Pipeline könnte 10 bis 20 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr transportieren, müsste dabei aber eine Strecke von 2100 Kilometern zurücklegen. Damit wäre sie die weltweit längste Unterwasser-Gaspipeline mit geschätzten Kosten von fast sieben Milliarden Dollar. Solche Projekte unterstreichen die Bemühungen der EU-Staaten, ihre Gas-



© GIE, LNG-Map, 2018; ENTSOG, Transmission Capacity Map – The European Natural Gas Network, 2017

importwege und -quellen so weit wie möglich zu diversifizieren, in der Annahme, dass jede Gaslieferung in die EU die Liquidität der Märkte stärkt. Der europäische Markt hat sich schon jetzt zu einem klassischen Käufermarkt gewandelt. Politische Erpressung durch einen externen Lieferanten – berechtigte Sorge vor einer Dekade – ist so kaum noch vorstellbar. Es ist zu viel Gas im Angebot und es gibt zu viele Versorgungsalternativen.

Erweiterte Gasdirektive der EU

Darüber hinaus verständigte sich die EU auf eine Neufassung der EU-Gasrichtlinie und kam damit einem Drängen vor allem Polens, der baltischen Staaten und der EU-Kommission nach. Nach jahrelangem Tauziehen und unzähligen Änderungsvorschlägen einigte sich der Trilog der EU im Februar auf Vorschlag Deutschlands und Frankreichs auf einen Kompromiss. Die Änderung bezieht sich auf den Abschnitt der Pipeline in den Hoheitsgewässern eines Mitgliedstaats, wo auch der erste Kopplungspunkt mit der Onshore-Gasinfrastruktur der EU ist. Diese Beschränkung war nach Auffassung der Bundesregierung die Voraussetzung für eine Zustimmung, da die (von der Kommission zunächst geplante) Ausdehnung der Gasrichtlinie auch auf exterritoriale Gewässer eine Verletzung des UN-Seerechts bedeutet hätte. Das Land, wo der Kopplungspunkt liegt, kann nach der Direktive beantragen, dass Ausnahmen von der Anwendung des EU-Rechts vorgenommen werden, etwa wenn es die Versorgungssicherheit gefährdet sieht oder sich das Investment der Pipeline durch die Anwendung von EU-Regeln nicht lohnt.

Die Sorgen der Gegner von Nord Stream 2 , dass deshalb Deutschland im Alleingang Ausnahmen zugunsten von Nord Stream 2 beschließen könnte, laufen jedoch ins Leere: Das letzte Wort hat nach dem Text der Richtlinie die Kommission.

Die Zeit läuft ab

Angesichts all dieser Entwicklungen kann die Diskussion über Nord Stream 2 gelassener geführt werden. Die USA, die EU-Kommission und die Länder Mittel- und Osteuropas haben auf dem Weg, die Energieunion mit Leben zu füllen, viel erreicht. Nach der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim haben die EU und die USA gemeinsame Sanktionen gegen Moskau beschlossen. Wenn nun die USA mit weiteren unilateralen Sanktionen drohen, würde diese Geschlossenheit aufs Spiel gesetzt werden. Die EU-Kommission, die in den vergangenen Jahren keinen Zweifel an ihrer Skepsis gegenüber Nord Stream 2 zuließ, hat sich mit aller Klarheit gegen solche Einmischungen ausgesprochen. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind offen für jeden Rat, aber sicher nicht für die Einmischung in ihre Entscheidungen durch die Drohung mit extraterritorialen Sanktionen aus Washington.

Der Streit um Pipeline und Gastransit muss beendet werden

Die trilateralen Gespräche zwischen der Ukraine, Russland und der EU-Kommission müssen wieder aufgenommen und konstruktiv zu Ende geführt werden. Im Juli 2018 hatte EU-Vizepräsident Maros Sefkovic den russischen Energieminister Alexander Novak, den ukrainischen Außenminister Pablo Klimkin und die Vertreter von Gazprom und Naftogaz in Berlin zu einer ersten Runde eines trilateralen Gesprächs über den langfristigen Gastransit durch die Ukraine empfangen. Die Hoffnungen waren groß, weil es im Oktober 2014 EU-Kommissar Günther Oettinger gelungen war, in genau diesem Format eine Gaskrise zwischen Kiew und Moskau mit einem Kompromiss zu beenden. Aber die Neuauflage der Gespräche gerieten vor dem Hintergrund der zugespitzten Krise zwischen beiden Ländern bald ins Stocken.

Nun gibt es keine Zeit mehr zu verlieren: Am 1. Januar 2020 läuft der Transitvertrag zwischen Russland und der Ukraine aus. Dass in diesem Jahr ein neues Europaparlament und eine neue Kommission gewählt werden und in der Ukraine nach den Präsidentschaftswahlen auch noch die Rada-Wahlen im Oktober stattfinden, vereinfacht die Lage nicht. Kommt es bis Ende des Jahres nicht zu einer Lösung, die aus Sicht Moskaus wohl zwingend auch grünes Licht für Nord Stream 2 beinhalten muss, ist ungewiss, ob Russland weiter Gas durch die Ukraine nach Westen liefert. Die politischen Auswirkungen einer dann eintretenden Gasversorgungskrise sind unabsehbar.

Es ist dringend erforderlich, dass die EU mit ihrer ganzen Autorität und ohne Störmanöver aus Washington die Streithähne zusammenbringt und einer umfassenden Lösung den Weg bereitet. Alle Seiten müssen den viel zu lange geführten Streit über Nord Stream 2 und den ukrainischen Gastransit endlich beenden.

Dr. Friedbert Pflüger leitet das European Centre for Energy and Resource Security am Kings College in London. Als Unternehmensberater begleitet er Gasprojekte, u.a. Nord Stream 2.

Lesen Sie zum Thema Nord Stream 2 auch das Interview mit Timothy Snyder, S. 100 ff.

Russland und der Westen

Wie sähe die richtige Politik gegenüber Moskau aus? Brauchen wir eine neue Ostpolitik? Kurz gesagt: Es kommt darauf an

Von Ralf Fücks und Nikolaus von Twickel

Seit den 1970er Jahren ist „Ostpolitik“ ein fester Bestandteil des politischen Vokabulars in Europa und Nordamerika. Der Begriff markiert eine der wenigen strategischen Initiativen deutscher Außenpolitik in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Er ist untrennbar mit der charismatischen Persönlichkeit Willy Brandts als Außenminister und Bundeskanzler verbunden.

Seit vergangenem Sommer ist der Begriff wieder da, weil Außenminister Heiko Maas (SPD) für eine neue europäische Ostpolitik wirbt. Die soll angesichts der „gefährlichen Sprachlosigkeit zwischen Washington und Moskau“ neue Wege aufzeigen, um mit Russland – im Interesse aller europäischen Staaten – zu kooperieren.

Doch rechtfertigt die Resonanz der damaligen Ostpolitik eine Wiederauflage? Ist eine neue Ostpolitik die richtige Antwort auf die Herausforderungen, die von Wladimir Putins Russland ausgehen? Darüber diskutierten Russland-Expertinnen und -Experten aus Politik, Wissenschaft und Journalismus intensiv und streckenweise auch kontrovers bei der Konferenz „Russland und der Westen – Brauchen wir eine neue Ostpolitik?“ des Zentrums Liberale Moderne.

Die kurze Antwort ist: Es kommt darauf an. Eine Wiederauflage der deutschen Ostpolitik der 1970er Jahre ist weder wünschenswert noch angebracht, so die einhellige Meinung der mehr als 80 Teilnehmer aus Europa, Russland und den USA. Zu sehr hat sich die Welt seither verändert – europäisch wie global. Wie jedoch eine neue Politik gegenüber Moskau aussehen soll und ob man ihr den Namen (neue) Ostpolitik geben soll, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Wandel durch Annäherung

Die Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt zielte darauf ab, die Spannungen in Europa abzubauen, die deutsche Teilung zu überwinden und eine Friedensordnung

für Europa zu erreichen. Sie mündete 1975 in die Schlussakte von Helsinki, deren „drei Körbe“ – Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte – heute als die drei Dimensionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterleben. Es ist wichtig, an diese normative Dimension der damaligen Ostpolitik zu erinnern, auch wenn von ihrem ursprünglichen Impetus eines „Wandels durch Annäherung“ im Laufe der Zeit immer weniger „Wandel“ und immer mehr „Annäherung“ blieb.

Die Brandt’sche Ostpolitik war kein deutscher Sonderweg

Die Unterschiede zwischen den 1970er Jahren und heute liegen auf der Hand. Deutschland ist vereinigt, die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten sind der NATO und der EU beigetreten. Eine deutsche Sonderrolle im Verhältnis zu Russland, wie sie sowohl von links als auch aus nationalkonservativen Kreisen immer wieder gefordert wird, wäre ein fatales Signal an Deutschlands Verbündete in Ost und West.

Auch die Brandt’sche Ostpolitik, darauf wiesen teilnehmende Historiker hin, war keineswegs ein deutscher Sonderweg. Sie basierte auf der festen Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, politisch wie militärisch. Dialogbereitschaft und militärische Abschreckung waren zwei Seiten einer Medaille. Es war gemeinsame Auffassung im Bündnis, dass man mit Moskau verhandeln musste, um eine europäische Friedenslösung zu erreichen. Eine Veränderung des Status quo in Europa schien nur mit, nicht gegen die UdSSR möglich. Wie schon zuvor in Ostdeutschland (1953) und in Ungarn (1956) hatte die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 gezeigt, dass die Sowjetunion bereit war, ihre Einflusszone in Osteuropa mit Gewalt zu verteidigen.

Hier drängt sich die Parallele zur Ukraine auf, wo es ja auch darum geht, ob sich das größte europäische Flächenland nach Russland oder nach Europa orientiert. Es kam die These auf, dass Putin eine Neuauflage der Ostpolitik gut findet, weil der russische Präsident die Idee von Einflusssphären mag. Eine Rückkehr zu einem in zwei Hälften geteilten Europa wäre ein historischer Rückfall hinter die Errungenschaften von 1989. „Eine neue Ostpolitik wäre unmoralisch“, sagte ein russischer Teilnehmer.

Mit welchem Russland haben wir es heute zu tun?

Zumal, und das war ein ständig wiederkehrendes Motiv der Konferenz, Putin eben nicht Breschnew und Russland nicht die Sowjetunion ist. Im Vergleich zu Putin war Breschnew einigermaßen berechenbar, stärker an Stabilität und weniger an persönlicher Bereicherung interessiert. Unter Putin dagegen habe sich eine weitgehend ideologiefreie Elite gebildet, die politische Entscheidungen mit Blick auf die Sicherung der eigenen Interessen treffe.

Zugleich wurde die These vertreten, dass Putin und der innere Zirkel der Macht eine außenpolitische Agenda verfolgen, die auf Rückgewinnung des Großmachtstatus Russlands und auf die größtmögliche Wiederherstellung des sowjetischen Imperiums zielt. Sowohl für den Machterhalt wie für die Großmachtambitionen des Putin-Systems spielt die Ukraine eine Schlüsselrolle.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Während die modernen Moskauer Machteliten also gerissener sind als ihre sowjetischen Vorvorgänger, so hat das von ihnen kontrollierte Land längst nicht mehr die Stärke von damals. Russland ist zwar eine nukleare Großmacht und hat mehr als eine Million Frauen und Männer unter Waffen, es kann aber den großen Industrienationen wirtschaftlich nicht das Wasser reichen. Sein Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2017 betrug 1,5 Milliarden Dollar, weniger als die Hälfte des deutschen (3,68 Milliarden) und ein Achtel des chinesischen BIP (12 Milliarden).

Nicht zuletzt brauchen Putin und seine Getreuen den Westen viel stärker als die damalige Sowjetunion. Ob als sicherer Finanzplatz für russisches Fluchtkapital, Abnehmer von Rohstoffen, Lieferant von Hochtechnologie und Maschinen oder als Spielplatz der russischen „jeunesse dorée" – das heutige Russland ist tief mit Europa verflochten. Heute leben Hunderttausende russischer Bürger permanent oder zeitweilig in Europa, und jährlich werden es mehr. Während Putin alles daran setzt, das demokratische Europa zu destabilisieren, ist er zugleich auf die ökonomische Verflechtung mit Europa angewiesen, um sein Regime an der Macht zu halten.

Mehr Selbstbewusstsein, bitte!

Daraus ließe sich eine selbstbewusste Politik der EU gegenüber Moskau ableiten. Davon ist allerdings wenig zu sehen. Gerade in Deutschland scheint die Überzeugung zu überwiegen, dass Russland am längeren Hebel sitzt. Die Stärke des Putin-Regimes wird tendenziell überschätzt. Entsprechend fiel es vielen Konferenzteilnehmern nicht leicht, Erfolge des Westens gegenüber Russland zu finden. Oft gewürdigt wurde die Tatsache, dass es Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen ist, die wegen der Krim-Annexion und des

Einfalls in der Ostukraine 2014 verhängten EU-Sanktionen aufrechtzuhalten. Aber: Seit 2016 ist der Effekt der Sanktionen weitgehend verpufft, die russische Wirtschaft wächst wieder, wenn auch moderat. Und mehrere Teilnehmer warnten, dass der EU-Konsens bröckelt, nicht zuletzt dank Putins Verbündeter in Europa, die sich in fast allen Ländern finden und in einigen Mitgliedstaaten wie Italien und Österreich sogar an der Regierung beteiligt sind.

„Putin ist kein Schachspieler, sondern Judoka“

2018 sei für Putin gar ein „annus mirabilis“ gewesen – also ein ausgesprochenes Glücksjahr. Nicht nur hat er die arrangierte Wahl zu seiner vierten Amtszeit gewonnen, auch eine Reihe von Parlamentswahlen in Europa ging ganz im Sinne des Kremlchefs aus. Sie brachten teils deutliche Zugewinne für die Rechtspopulisten der italienischen Lega, der ungarischen Fidesz oder der Schwedendemokraten.

Transatlantische Verwerfungen

Besonders pessimistisch fiel die Analyse der Rolle der USA aus. Zwar hat Washington seine Russland-Sanktionen zuletzt verschärft, diese wurden aber nicht mehr mit der Europäischen Union koordiniert. Die angedrohten Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 bergen das Potenzial neuer Konflikte zwischen Washington und Berlin.

Dieses Projekt wurde einhellig sehr kritisch gesehen: Es spaltet die Europäische Union, entzieht der Ukraine jährliche Milliardeneinnahmen und macht sie verteidigungspolitisch noch verwundbarer als heute. So gerechtfertigt die amerikanische Kritik in der Sache sein mag, so kontraproduktiv ist aber das unilaterale Vorgehen Washingtons – die Bundesregierung handelt hier allerdings nicht weniger unilateral.

Das Misstrauen in die Trump-Administration geht inzwischen so weit, dass sogar ein NATO-Austritt der USA für möglich gehalten wird. Für Europa wäre das ein strategisches Desaster, für Putin die Erfüllung des Traums vom Ende der transatlantischen Allianz.

An eine strategisch angelegte amerikanisch-europäische Zusammenarbeit gegenüber Russland mag gegenwärtig niemand glauben. Zwar hat Donald Trump in der Regierung und im Kongress viele Gegner, aus Washington solle man in Zukunft aber eher mehr als weniger Chaos erwarten, so die Meinung einer prominenten US-Teilnehmerin.

Angesichts dieser Situation ist es wahrscheinlich, dass der Kreml sein Augenmerk auf das zerstrittene Europa legt: „Putin ist kein Schachspieler, sondern Judoka. Er wird versuchen, seinen Gegner unter Einsatz aller Mittel aus dem Gleichgewicht zu bringen“, erklärte ein russischer Teilnehmer und fügte warnend hinzu: „Um im Judo zu gewinnen, muss man schnell sein und darf nicht auf die Attacke des Gegners warten.“

Förderung der Zivilgesellschaft

Trotz alledem gibt es auch Lichtblicke. In Russland deuten die jüngsten Wahl- und Umfrageergebnisse auf eine Schwächung des „Putin-Konsensus“. So haben bei den Gouverneurswahlen im Herbst 2018 in vier Regionen die Kandidaten des Kremls verloren. Meinungsforscher sagen, dass die kostspielige Außenpolitik

von den Bürgern immer mehr als Bürde gesehen wird. Bürgerproteste gegen soziale oder ökologische Missstände werden als Zeichen einer aktiven Zivilgesellschaft gedeutet.

In der jüngeren Generation bahnt sich ein Wertewandel an – trotz aller Propaganda vom „eigenen Weg Russlands“ versteht sich die Mehrheit der jungen Leute (zumindest in den größeren Städten) als Europäer und sucht Anschluss an einen modernen Lebensstil. Der anstehende Generationenwechsel in Politik und Wirtschaft eröffnet neue Chancen für eine Annäherung zwischen Russland und dem Westen. Deshalb sollte alles getan werden, um die Herausbildung einer demokratischen Zivilgesellschaft in Russland zu unterstützen.

Europäische Russland-Politik

Ein wirksamer Hebel könnte die Finanzierung eines russischsprachigen Fernsehprogramms durch die EU sein, das eine Alternative zur Kreml-Propaganda bietet. Dennoch: Ein baldiges Ende des „Systems Putin“ wollte auf dieser Konferenz niemand vorhersagen.

Ein Grund mehr, um für eine gemeinsame europäische Politik zu werben. Denn eigentlich sind die Chancen der Europäischen Union, einen starken Gegenpol zu Moskau zu bilden, nicht schlecht. Mehr als 500 Millionen Bürger (nach einem Austritt Großbritanniens wären es noch 446 Millionen), die in Freiheit und einer immer noch prosperierenden Wirtschaftsordnung leben, sind eine Kraft, die man nicht unterschätzen sollte. Wenn, ja, wenn sie außenpolitisch mit einer Stimme sprechen, wie ein erfahrener deutscher Außenpolitiker bemerkte.

Der Generationenwechsel eröffnet neue Chancen

Wohl eine gute Aufgabe für die Bundesregierung und die deutsche Außenpolitik, wie ein polnischer Teilnehmer fand: Deutschlands Mission dürfe heute nicht sein, eine Sonderbeziehung mit Russland zu unterhalten, sondern die EU zusammenzuhalten und ihr zu ermöglichen, ein „global player“ zu werden.

Ralf Fücks ist Mitgründer des Zentrums Liberale Moderne. Zuvor war er lange Jahre Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Nikolaus von Twickel arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Der smarte Osten

Neue Technologien verändern die arabische Welt. Eine gewaltige Herausforderung für traditionelle Systeme – und eine Chance für den Westen

Von Ayad Al-Ani

In London erschien Anfang der 1990er Jahre weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ein bemerkenswertes Buch mit dem damals zeitgemäßen programmatischen Titel „Die Zukunft der arabischen Nation". Darin entwickelte eine Gruppe arabischer Wirtschaftswissenschaftler Szenarien zu der ökonomischen Entwicklung der Region. Im Vordergrund ihrer Betrachtungen standen – analog zur Diskussion über den europäischen Wirtschaftsraum – vor allem die Integration einzelner Nationalökonomien. Ein Szenario war auch das Scheitern dieser Integration. Die Autoren gingen von negativen Wachstumsraten für fast alle Ökonomien in der arabischen Welt aus. Mehr noch: Sie prognostizierten die Desintegration einzelner Nationen aufgrund dieser Schwäche und nannten Syrien, Irak, Libanon und Libyen.

Knapp 30 Jahre später muss man feststellen, dass sich nur die Golf-Region diesem Szenario weitgehend entziehen konnte, die meisten arabischen Länder aber exakt diese Entwicklung genommen haben – und das Ausmaß an politischer Destabilisierung geht sogar noch über diese Prognosen hinaus. Eine Integration der Ökonomien hat nirgendwo stattgefunden. Obwohl Länder wie der Irak, Libyen und der Libanon als Nationalstaaten weiterexistieren, sind sie de facto geteilte Staaten: Institutionen sind zwar vorhanden, schmiegen sich aber gleichsam in die dünne und zerbrechliche Schale von Nationen, die nach Konfessionen und Stammeskriterien getrennt sind.

Technologien und die Änderungen globaler Wertschöpfungsketten werden die bedrängten arabischen Ökonomien nun weiter verändern. Das bedeutet neue Chancen, es werden aber auch Arbeitsplätze verlorengehen. Globale Plattformen, die Güter und Dienstleistungen vermarkten, werden in die Region vordringen und die Wirtschaften unter Druck setzen. Europa und die arabische Welt sollten enger zusammenarbeiten.

Schnitt: Die Konferenz des World Economic Forums für die MENA-Region im jordanischen Akaba im Mai 2017 war mehr als bemerkenswert. Neben dem glamourösen Auftritt des spanischen Monarchen und des jordanischen Königspaars, das den Thronfolger zum Konferenzleiter ernannte, trat eine Reihe jordanischer Start-ups auf. Sie passten habituell so gar nicht zu den Hoheiten und politischen Repräsentanten und waren offensichtlich etwas eingeschüchtert.

Das gemeinsame Auftreten traditioneller Akteure und Start-ups sandte dennoch eine zweifache Botschaft aus: Man deutete an, dass die Digitalisierung Probleme der arabischen Welt lösen könnte. Und: Das traditionelle System würde sich auch in dieser Situation behaupten wollen und den Anschluss oder die Hilfe moderner und neuer Organisationsformen und Akteure suchen.

Thron und Telefon

Ganz neu ist das nicht. So bemerkte schon Karl Kraus Anfang des 20. Jahrhunderts, dass der technologische Fortschritt in Europa zu einer „Symbiose zwischen Thron und Telefon" geführt hatte und dies durchaus erfolgreich im Sinne der Herrschenden.

Nun strahlt die Digitalisierung gerade für die Länder der arabischen Welt eine ähnliche Faszination aus: Kann man hier nicht endlich brachliegende Ressourcen nutzen? Kann man nicht vielleicht sogar die Trennung der arabischen Ökonomien beziehungsweise die Grenzen der von den Kolonialmächten geschaffenen Nationalstaaten überwinden und ein digital vereinigtes oder zumindest verbundenes Arabien schaffen, das auf vielfältige Weise mit anderen globalen Ökonomien interagiert?

Hoffnung auch an desolaten Orten

Arabische Start-ups haben Bemerkenswertes geschaffen. In fast allen Ländern organisieren sich Akteure, die Beiträge zur Wirtschaft, Gesundheit, Kultur oder Landwirtschaft leisten. Mit neuen Technologien und neuen Organisationsformen lösen sie Probleme ihrer Gemeinschaften, stiften Mut und Hoffnung. Ein vom Auswärtigen Amt gefördertes Projekt zum Thema „Digital Arabia" brachte in wenigen Tagen etliche Ideen zutage, die fast alle Bereiche der Gesellschaft abdecken.

Eine lebhafte digitale Community brennt vor Ideen

Die Vorschläge reichten von Abfallrecycling und Smart Cities über die Bekämpfung gefälschter Nachrichten, von digitaler Landwirtschaft bis zu historischen virtuellen Archiven. Eine erste Analyse der arabischen Akteure in fünf Ländern der Region eröffnet den Blick auf eine sehr diverse und lebhafte digitale Community.

Selbst in völlig desolaten Gegenden wie dem kriegsgebeutelten Gaza-Streifen und der ebenfalls isolierten Westbank bemerkte die Weltbank erstaunt das Auftauchen innovativer arabischer Plattformen, etwa im Bereich von Mobilität und Bildung. Hubs wie Gaza Sky Geeks stützen diesen Trend. Sie bieten technologische Arbeitsplätze an, kümmern sich um Finanzierung, Ausbildung und Vermarktung. Plattformen wie die Arbeitsvermittlung Wuzzuf in Ägypten versuchen jene Bereiche abzudecken, die die öffentliche Hand vernachlässigt. Im technologisch affinen Dubai gingen zuletzt sogar regionale Platt-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

formen als Konkurrenz internationaler Megaunternehmen an den Start, etwa die Mobilitätsplattform Careem und die Handelsplattform Souq. Ist die Symbiose traditioneller Ökonomien und Gesellschaften mit der digitalen Sphäre also machbar?

Die Stunde der Einzelkämpfer

Jenseits berechtigter Erwartungen sind einige Besonderheiten dieser Entwicklung festzustellen: Viele Akteure sind nach wie vor recht isoliert. Sie versuchen, ihre Ideen in ihren Communities auf sich gestellt voranzubringen. Diese Isolierung mag erstaunlich erscheinen, ist aber mit ihrer geringen staatlichen und kommerziellen Unterstützung und auch mit dem Selbstschutz vor widrigen externen Einflüssen zu erklären. Dazu passt, dass die Diskussion innerhalb der arabischen Welt über die digitale Transformation kaum über das Stadium eines Start-ups hinauszugehen scheint. Schlimmer noch: Es herrscht die Vorstellung vor, diese Veränderungen würden traditionelles Wirtschaften kaum berühren, traditionelle Strukturen und neue Unternehmen könnten also quasi parallel existieren. Die im Westen vor einiger Zeit begonnene Diskussion über die gravierenden Auswirkungen der Digitalisierung auf traditionelle Arbeitsplätze durch Technologien wie Künstliche Intelligenz, Roboter und Plattformen beginnt nur zaghaft in die Region vorzudringen.

Neue Technologien aber werden die bestehenden Industrien und Wirtschaftssysteme in der arabischen Welt massiv verändern. Der Bedarf an Arbeitskräften wird so nicht nur prinzipiell geringer, mehr noch: Auch westliche Unternehmen setzen neue Technologien ein und werden so weniger Zulieferungen aus der arabischen Welt benötigen. Selbst der moderne IT-Sektor in der arabischen Welt kommt unter Druck: Arbeit, die jetzt in Callcentern Nordafrikas für euro-

päische Märkte geleistet wird, wird in absehbarer Zeit durch Chatbots abgewickelt werden. Die „Dematerialisierung“ von Gütern (Software im elektrischen Auto wird wichtiger als der vergleichbar „einfache“ Antrieb) wird auch zu einem geringeren Bedarf an arabischen Zulieferungen etwa in der Autozulieferindustrie führen. Eine Analyse der Internationalen Arbeitsorganisation kam zu dem Schluss, dass allein durch Roboter in den Entwicklungsländern im Zeitraum 2004 bis 2012 insgesamt 14 Prozent der Arbeitsplätze in den relevanten Industrien vernichtet wurden.

Szenarien der Transformation

Ausgehend vom heutigen technologischen Wandel lassen sich einige Szenarien unterschiedlicher Ausprägung ableiten. Da ist die vollständige digitale Transformation, in der wichtige Industrien automatisiert werden und die Bevölkerung anderen Jobs in Politik, Erziehung oder Kultur nachgeht. Sie wird über Grundeinkommen unterstützt, das sich aus den Abgaben der Roboter-Fabrik speist.

Ein zweites Szenario ist in den Golf-Staaten schon Realität, mit einem Unterschied: Noch sind es asiatische Gastarbeiter, die jenen Mehrwert für eine aus Renteneinnahmen versorgte Gesellschaft schaffen, der in Zukunft von Robotern erwirtschaftet werden soll. Dazwischen liegt, drittens, das Szenario der partiellen Digitalisierung: Da die Digitalisierung zumeist in einigen urbanen Zentren und Hubs erfolgreich sein wird, drohen umliegende Regionen zurückzubleiben. Im besten Fall übernehmen in diesem Szenario auf niedrige Einkommensgruppen spezialisierte Plattformen aus China oder dem Westen die Infrastrukturen rund um Wasser, Strom, Mobilität oder künstliche Nahrung. Sie liefern Basisdienstleistungen, um Migration zu unterbinden und den Druck auf die Hubs zu mildern.

Ein weiteres Szenario ist frappierend. So lud der irakische Autor Hassan Blasim weltweit Landsleute ein, Kurzgeschichten über eine Welt einzusenden, die 100 Jahre nach der amerikanischen Invasion spielen sollte. Fast alle zeigen überraschenderweise eine Vision, in der die Iraker ihrem kulturellen und religiösen Leben nachgehen und anscheinend unsichtbar von chinesischen Unternehmen und Plattformen gesteuert werden. Science Fiction? Nun: China hat seine Beziehungen zu vier arabischen Ländern Nordafrikas zu strategischen Partnerschaften heraufgestuft. Und: In der Zeit zwischen 1999 und 2017 wurde das Handelsvolumen Pekings mit den nordafrikanischen Ländern um den Faktor 17 erhöht.

Auch in die arabische Welt hat China seinen Fuß gesetzt

Was zu tun ist

Ganz abgesehen von China: Notwendig wäre eine Diskussion jenseits der üblichen Start-up-Rhetorik. Digitale Impulse müssen für die Transformation der bestehenden Industrie (Textil, Landwirtschaft, Autozulieferer, Bildung und Verwaltung) genutzt werden. Aus Autozulieferern etwa könnten eigene Technologieentwickler gemacht werden, die selbstfahrende Autos, aber auch Dienstleistungen für regionale Mobilitätsplattformen erstellen. Zum anderen muss auch die Diskussion über regionale arabische Plattformen endlich begonnen werden. Erst kürzlich hat etwa Amazon

verkündet – nachdem es die regionale arabische Handelsplattform Souq aufgekauft hatte – nun auch direkt in den arabischen Markt einzutreten. Werden traditionelle und neue arabische Unternehmen also in derartige globale Plattformen als Lieferanten integriert? Oder gelingt es, eigene Plattformen aufzubauen, die Daten in ihren Ländern belassen und sie für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen nutzen können?

Europa sollte Arabien stärker in seine Strategien integrieren

Neue digitale Kerne müssen auf andere Industrien ausstrahlen und auch dort eine Transformation ermöglichen. Diese Projekte müssen regionalen Charakter haben. Wenn sich etwa Frankreich und Deutschland bei Agenden zur kostspieligen und komplexen Künstlichen Intelligenz stärker koordinieren wollen, kann nicht erwartet werden, dass eine nationale digitale Strategie für Tunesien oder Jordanien an deren Grenzen stehen bleibt, wenn sie erfolgreich sein will.

Eine Chance auch für den Westen

Indes – viele arabische Länder sind schon mit ihrer gegenwärtigen Situation überfordert und ringen mit einer politischen Transformation. Sind sie in der Lage, eine komplexe Neuausrichtung ihrer Ökonomien und Gesellschaften alleine in den Griff zu bekommen? Dies ist eine Situation, welche die arabische Welt und den Westen enger zusammenbringen könnte. Beide Regionen sind gleichermaßen betroffen, beide Seiten betreten in vielerlei Hinsicht Terra incognita. Die geografische Nähe und die heute schon enge Verzahnung der Märkte verknüpfen die arabische Digitalisierung eng mit der europäischen. Europa befindet sich durch den Brexit, amerikanische Handelsrestriktionen, den Krim-Konflikt und den Antagonismus zwischen China und den USA in einer schwierigen Position. Es sollte den arabischen Wirtschaftsraum stärker in seine Strategien integrieren.

Durchaus denkbar wäre ein „digitales Andalusien“. Dort könnten sich europäische und arabische Unternehmen in ihrer Suche nach Lösungen auf Augenhöhe begegnen und gemeinsame Plattformen aufbauen, mit regionalen Produkten und Services bestücken und die Daten regelbasiert verwenden. Dies hätte den Vorteil, einerseits brachliegende arabische Kreativressourcen zu nutzen, andererseits aber auch den Migrationsdruck zu reduzieren. Gleichzeitig würde das europäische Digitalisierungsmodell gegenüber China und den USA gestärkt und global attraktiver.

Die arabische Tech Diaspora, die gerade in Berlin ihre ersten Unternehmen aufbaut, könnte hierbei eine Brückenfunktion übernehmen. Unternehmen wie Gaza Sky Geeks und Careem haben auch in Deutschland Verbindungsbüros und Hubs aufgebaut. Das Digital Arabia Network versucht, die einzelnen Akteure zu vernetzen. Kooperationspartner wären also durchaus vorhanden.

Prof. Dr. Dr. Ayad Al-Ani ist assoziiertes Mitglied des Einstein Center Digital Future (ECDF), dem Zentrum für Digitalisierungsforschung in Berlin.

Wider die Faschismuskeule

Wer dem Rechtspopulismus beikommen möchte, ist gut beraten, sich allzu platte Pauschalisierungen zu verkneifen. Eine Abwägung.

Von Carlo Moos

Als Donald Trump für viele überraschend zum 45. US-Präsidenten gewählt wurde, ging ein vernehmbares Raunen durch die Weltpresse. Nicht zum ersten Mal, aber nachhaltiger als bei anderen Gelegenheiten, wurde eine kontroverse Diskussion darüber angestoßen, ob es sich bei Trump um einen Faschisten handle. Die Debatte scheint mittlerweile abgeflaut, weil dieser Präsident alles Mögliche und zumeist Negatives ist, aber schwerlich als Faschist gelten kann. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die teils geschichtlicher und methodischer, aber vor allem (tages-)politischer Art sind. Zu unterscheiden ist so oder so zwischen Faschismus als historisch verortetem oder generischem Wissenschaftskonzept und Faschismus als politischem Kampfbegriff.

Die Epoche des Faschismus

Geschichtlich gesehen war der „Faschismus" eine Bewegung, die von Italien ihren Ausgang nahm und jenes Zeitalter prägte, das Ernst Nolte (bevor er in andere Gefilde abdriftete) 1963 als Epoche des Faschismus charakterisierte. Damit gehört der Faschismus in allen seinen mehr oder weniger vergleichbaren Spielarten zunächst eindeutig in die Zwischenkriegszeit und vornehmlich ins Umfeld von Weltkriegsopfern – zu welchen sich paradoxerweise auch die Siegermacht Italien zählte. Mussolinis Bewegung lieferte das Modell, das in verschiedenen Variationen kopiert oder nachgebildet wurde und zu unguter Letzt im Nationalsozialismus mit seinem Rassen- und Raumprogramm und dem Massenmord an den europäischen Juden gipfelte.

Angesichts der Beispiellosigkeit gerade der nationalsozialistischen Verbrechen schien es eine Zeitlang schlicht undenkbar, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg neue Faschismen geben könnte. Und das, obgleich gerade in Italien Spät- und Postfaschisten wie Giorgio Almirante am Werk waren, während anderswo neue Massenmorde begangen wurden – die Genozide der Roten

Khmer in Kambodscha oder der Hutu an den Tutsi in Ruanda oder mitten in Europa in Srebrenica. Es ist allerdings nicht nur wegen des Einmaligkeitsparadigmas der NS-Morde fraglich, ob sich die genannten Taten als faschistisch qualifizieren lassen, weil sie etwa im Fall der Roten Khmer auf einer gänzlich anderen ideologischen Basis abliefen.

Leninismus, Bolschewismus, Stalinismus und der Ostblock-Kommunismus galten oder sahen sich als die weltanschaulichen Gegner des Faschismus schlechthin (was in der DDR in Umpolung ihrer Erblast bis zum Ende gepredigt wurde). Und so lassen sich die asiatischen Ableger von Mao über Ho Chi Minh bis hin zu Pol Pot ebenfalls in die antifaschistische Phalanx einreihen, auch wenn sie in punkto Brutalität den NS-Faschisten teilweise nahekamen. Hinzu kommt, dass die Beurteilungsmuster angesichts anderer Gewaltphänomene wie dem griechischen Obristenregime oder den südamerikanischen Militärdiktaturen recht früh ins Rutschen gerieten. Und dann waren da noch die autoritären Systeme, die in der Vorkriegszeit wurzelten und sich über den Zweiten Weltkrieg retten konnten, indem sie sich von ihm fernhielten – sei es das Regime António de Oliveira Salazars in Portugal oder das Francisco Francos in Spanien.

Ho Chi Minh und Pol Pot lassen sich als Antifaschisten führen

Die bleiernen Jahre

Bei derart fluiden Aggregatszuständen konnte – und dies ist nach der scheinbar schlecht fortsetzbaren historischen die methodische Dimension des Problems – die angesichts der katastrophalen Ergebnisse des Faschismus durchaus nachvollziehbare bange Frage nach einer möglichen Wiederholbarkeit aufkommen. In ihrer Folge brandeten zeitweilig heftige Diskussionen um einen allgemeineren Faschismusbegriff auf, der sich nicht auf die Zwischenkriegszeit beschränkte. Diese Debatten wurden brandaktuell, wenn es etwa um die Protagonisten der „bleiernen Jahre“ in den Roten Brigaden oder in der RAF und ihre ebenso militanten Gegner von rechts mit ihrer in Italien betriebenen „Strategie der Spannung“ ging.

Als Beispiele solcher Faschismusinterpretationen möchte ich zwei Autoren nennen, die sich mit einleuchtenden Erwägungen für einen allgemeinen Faschismusbegriff stark gemacht haben: Roger Griffin und Robert O. Paxton.

Der Brite Griffin verfolgte – unter anderem mit dem 2006 von ihm lancierten Diskussionsband „Fascism Past and Present, West and East“ – zwei Ziele. Zum einen wollte er die Frage nach der heuristischen Brauchbarkeit einer allgemeinen Definition von „Faschismus“ durch Herleitung einer solchen aus einem „definitorischen Minimum“ beantworten, das er im Mythos der nationalen Wiedergeburt verortete. Zum anderen ging es ihm um die Ausweitung dieses Konzepts zu einem allgemeineren, das über die europäische Zwischenkriegszeit hinaus die neuen Rechtsextremismen weltweit erfassen sollte. Dabei war Griffin durchaus klar, dass jede historische Singularität – wie schon der Begriff es sagt – einmalig ist und jedes allgemeine Konzept ein Konstrukt.

Seinen Überlegungen legte er die eingängigen biologistischen Metaphern von „Schleimpilz“ (slime-mould) und „Wurzelstock“ (rhizome) zur Charakterisierung von Vor- und Nachkriegsfaschismen zugrunde: Schleimpilze brodeln

Bild nur in Printausgabe verfügbar

in einem (protofaschistischen) Sumpf und können sich aus ihm heraus zu „richtigen“ Faschismen entwickeln, während Wurzelstöcke in geeignetem Terrain jederzeit ausschlagen können. Wenn Griffin die Einmaligkeit des Nationalsozialismus keineswegs bestreitet, so hält er doch zu Recht daran fest, dass jeder Vergleich Erkenntnisgewinn bringen und man insofern durchaus von Nachkriegsfaschismen sprechen kann.

Fünf Aktionsphasen des Faschismus

Gegenüber Griffins Ansatz, der vornehmlich faschistische Programme und Ideologien in den Blick nimmt, operiert der US-Amerikaner Paxton mit Aktionen, Taten und Strategien der Faschismen. Sein viel rezipiertes Buch „The Anatomy of Fascism“ (2004) legt der Analyse fünf Aktionsphasen zugrunde.

Zunächst einmal sind da die (1) kulturellen und intellektuellen Anfänge sowie mobilisierbare Emotionen und Leidenschaften: der Faschismus vor dem Faschismus. Darauf folgt (2) die Einwurzelung der erfolgreichen faschistischen Bewegungen in die politischen Systeme nach dem Ersten Weltkrieg, vom Squadrismus in der Po-Ebene der frühen 1920er Jahre bis hin zu den Pfeilkreuzlern in Ungarn und der Legion Erzengel Michael in Rumänien.

Die Machtergreifung (3) gelang nur den wichtigsten der Faschismen, jenen mit den rücksichtslosesten Chefs und einer Führungsschicht (bei Mussolini war das der König), die in der Hoffnung auf Normalisierung zur Teilung der Macht bereit waren. In der Phase der Machtausübung (4) wurde mit möglichst „totaler“ Kontrolle durch Einparteien-Diktaturen unter charismatischen Führern (dem „Duce“ und dem „Führer“) und einer Mischung aus Zwang und Konsenssuche regiert. Die letzte Stufe (5) extremer Radikalisierung mit dem Massenmord an den Juden blieb Nazi-Deutschland vorbehalten.

Nach dem Durchlauf durch diese Phasen erweitert Paxton das Spektrum und fragt – mit Blick auf Giorgio Almirante, Gianfranco Fini, Alessandra Mussolini, aber auch auf Umberto Bossi und Silvio Berlusconi und, außerhalb Italiens, auf Jean-Marie Le Pen, Jörg Haider und andere –, ob Faschismus wieder möglich sei. In Westeuropa schien es ihm keine Entfaltungsmöglichkeit für einen „klassischen" Faschismus zu geben; anders im postsowjetischen Osten und insbesondere auf dem Balkan, wo man sich in Richtung größtmöglicher Annäherung an die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus bewegt habe.

Etwas verschwommener erscheint bei Paxton der außereuropäische Faschismus in Südafrika, Lateinamerika, Japan und den USA. Hier zeigt sich die Aversion des urbanen Ostküstenintellektuellen gegen die christlichen Fundamentalismen: gegen einen religiösen Faschismus, der aus Paxtons Sicht komplementär zu den islamistischen Integralismen und den extremen Formen jüdischer Orthodoxie ist. Insofern erweist sich Faschismus bei Paxton weder als klassische Tyrannis noch als Militärdiktatur oder als autoritäres Regime wie bei Dollfuss, Salazar, Franco oder Pétain, sondern als „obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft" durch „Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit", wobei „Ziele der inneren Säuberung und äußeren Expansion" mittels Gewalt verfolgt werden.

Der Faschismus setzt auf „Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit"

Vom waschechten Faschisten zum Rechtspopulismus

Wie weit ist angesichts solcher Faschismuskonzepte der Faschismusvorwurf im aktuellen Politbetrieb einsetzbar? Wie gegenüber Vater und Tochter Jean-Marie und Marine Le Pen oder deren Nichte Marion Maréchal-Le Pen in Frankreich? Wie bei den Italienern Gianfranco Fini, Giorgia Meloni, Alessandra Mussolini oder Silvio Berlusconi und seinem lautstarken Nachfolger Matteo Salvini? Und was ist mit dem Ungarn Viktor Orbán, dem österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan und anderen?

Giorgio Almirante war ein waschechter Salò-Faschist. Sein Movimento Sociale Italiano (MSI) ist eindeutig als neofaschistisch einzustufen, wurde aber in der italienischen Nachkriegspolitik völlig ausgegrenzt, während der Almirante-Jünger Fini mit seiner Alleanza Nazionale zum Postfaschisten mutierte, sich in der Folge wegbewegte und 2009 eine kurzzeitige Fusion mit Berlusconis Forza Italia einging, worauf er in der politischen Versenkung verschwand.

Am ehesten ließe sich noch Giorgia Meloni mit ihren Fratelli d'Italia als Fortsetzerin der ursprünglich postfaschistischen Alleanza Nazionale verstehen. Die ebenfalls zur Berlusconianerin gewordene Alessandra Mussolini hat früher viel gesprochen, während sie jetzt nur noch ihren Großvater verteidigt. Wie Almirante ließe sich Jean-Marie Le Pen mit seiner Apologie von Vichy-Frankreich und monströsen Äußerungen zu den Gaskammern sowie rassistischen und antisemitischen Entgleisungen als Neofaschist und zweifellos als Rechtsextremist charakterisieren, er wurde allerdings 2011 von seiner Tochter entmachtet. Bei den anderen Genannten wird's schwieriger.

Strache, ursprünglicher „Ziehsohn“ des aus einer bekennenden Nazi-Familie stammenden Jörg Haider, zeigte einst deutliche Nähe zu Burschenschaften und knüpfte Kontakte zu Rechtsextremisten und Neonazis, dürfte aber eher als Rechtspopulist zu qualifizieren sein, kaum als Faschist, trotz markant fremden- und islamfeindlicher Züge seiner Partei.

Dass Italiens Innenminister Matteo Salvini eine regelrechte Kulturrevolution anstrebe, erklärt Paola Nugnes, eine von der Linie ihrer Bewegung abweichende Senatorin der Cinque Stelle. Zusammen mit zwei Kolleginnen der Fünf Sterne hatte sie für die Aufhebung von Matteo Salvinis Immunität in dem Prozess gestimmt, der wegen Freiheitsberaubung im Fall des Flüchtlingsschiffs „Diciotti“ gegen ihn angestrebt wurde. Dieser Revolution gehe es, erzählte Nugnes dem *Corriere della Sera* (20. März), um eine „Kultur der Rechten, die auf Zurückweisung basiert, die das ablehnt, was anders ist“. Zwar definiere sich Salvini nicht als Faschist oder Nazist, positioniere sich aber eindeutig „gegen Anti-Faschisten und Anti-Nazis“ und damit „gegen das, was 1968 ausgemacht hat“.

Putin erscheint als der „faschistischste“ der Genannten

Das ist keine plumpe Faschismuskeule, sondern die nachvollziehbare Qualifizierung eines demagogisch auftretenden Rechtspopulisten als Anti-Aufklärer. Neben ihm erscheint Wladimir Putin zweifellos gefährlicher und – wenn schon – als der „faschistischste“ in der hier aufgezählten Reihe. Recep Tayyip Erdogan dürfte gleich auf ihn folgen. Putin hat auf der Krim und im Donbass einen Nachbarstaat invadiert, wie zuvor Georgien, und den Krieg in Syrien weiter befeuert.

Ein solches Demonstrieren eigener Stärke mit und in bewaffneten Konflikten und (Bürger-)Kriegen dürfte sich durchaus als konstitutiv für „Faschismus“ verstehen, auch wenn die Kriegsdimension für eine solche Qualifizierung allein nicht ausreicht und einer vertiefteren Betrachtung bedürfte. Nicht unähnlich Erdogans Dauerkrieg gegen die Kurden.

Am ehesten ist Putin als spätimperialistischer (Sowjet-)Revisionist anzusehen und gehört als eine Art großer Bruder an die Seite von Viktor Orbán, der die dramatischen Lehren von 1956 vergessen zu haben scheint. Orbáns Revisionismus greift weiter zurück, auf das postimperiale Vertragswerk von Trianon 1920. Zudem fehlen bei ihm die kriegerischen Taten – er will sich gegen außen geradezu einigeln und pflegt ein verquer-revisionistisches Geschichtsbild, wie es sich im Bemühen um die Aufwertung von Admiral Horthy zeigt. Andere grenzt er aus, zuweilen sogar – wie im Fall von George Soros – zum eigenen Nachteil. Im Kontext einer gegenaufklärerischen Neuen Rechten ließe sich Orbán als in der Vergangenheit verwurzelter Ethnopopulist bezeichnen.

„Nationale Wiedergeburt“ als definitorisches Minimum

Der Faschismus-Vorwurf setzt mehr voraus als einzelne Kriterien, die dafür ins Spiel gebracht werden können. Wenn für Griffin der Mythos von der nationalen Wiedergeburt zum definitorischen Minimum gehört, ließe sich im Fall Trump zumindest dieses Muster in der Tat als faschistisch qualifizieren. Aber vom Modellfaschisten Mussolini unterscheidet ihn doch, dass er ohne

Squadre fasciste, das heißt ohne Schlägertrupps und ihre Gewaltorgien, ans Ruder kam. Er profitierte schlicht von einem Wahlsystem, das nur noch am Rand einem demokratischen Mehrheitsbildungsprozess entspricht – wie anders hätte es sein können, dass Hillary Clinton fast drei Millionen Wählerstimmen mehr erhielt und doch verlor.

Im Auftreten ähnelt Trump Mussolini durchaus. Er setzt sich in Pose, er hat ein sexistisches Frauenbild und macht Andersdenkende lächerlich, was freilich noch stärker an Berlusconi als an Mussolini gemahnt – ebenfalls ein aufgeblasener Selbstdarsteller, aber immerhin einer, der über ein Minimum an Selbstironie verfügt, die Trump völlig abgeht. „Faschistisch" ist Trump besonders da, wo er andere ausgrenzt. Allerdings sind es in seinem Fall nicht die Juden (wie dies in Italien nach den Rassedekreten von 1938 der Fall war), sondern die Muslime und – als weißer Suprematist, der er ist – alle Nichtweißen. Aber damit steht er bei weitem nicht allein, sondern in bestmöglicher Gesellschaft mit den Le Pens, Salvini und anderen.

„Faschistisch" ist Trump besonders da, wo er ausgrenzt

Zwar hat Trumps verbale Gewalt (noch?) nichts mit den kriegerischen Verwicklungen eines Putin zu tun, aber auch Hitler begann als Gewaltredner, den viele nicht ernst nahmen. Das Polarisierenwollen und das Abqualifizieren von Gegnern als Staatsfeinde oder Vaterlandsverräter würde in Paxtons Ablaufmodell zur ersten Stufe des Faschismus gehören. Die zweite wäre deren gewaltsame Ausgrenzung, so wie Mussolini die Parteizentrale der Sozialisten in Brand stecken ließ und zu Mord anstiftete. Spätestens hier dürfte die Anwendbarkeit eines generischen Faschismusbegriffs bei Trump aufhören.

Die Keule stecken lassen

Mit einem inflationär eingesetzten Faschismusvorwurf und einer bei jeder Gelegenheit geschleuderten Faschismuskeule wird man den meisten genannten und vielen anderen politischen Protagonisten nicht beikommen. Man riskiert vielmehr, ihre gegen die Eliten mobilisierbaren demagogischen Kräfte zu verstärken. Gerade die Rechtspopulisten sind ziemlich gut darin, Gebildetere und Kulturbewusste in eine Ecke der überheblichen Besserwisserei abzudrängen.

Daher empfiehlt es sich, den als politischen Kampfbegriff mittlerweile weitgehend überholten Faschismusvorwurf (er hat sich in den 1970ern und 1980ern dank inflationärer Verwendung gleichsam selber zu Tode geritten) sparsam und lediglich dort einzusetzen, wo brachiale Gewalt wie beim frühen Mussolini mobilisiert wird. Alle anderen qualifiziert man besser als Rechtspopulisten, Ethnopopulisten, Rechtsnationalisten oder Rechtsextremisten.

Damit lassen sich frustrierende und einen schalen Nachgeschmack hinterlassende Gerichtsverfahren vermeiden, wie das etwa beim von links wiederholt gegen die Präsidentin des Front National (jetzt Rassemblement National) gerichteten Faschismusvorwurf der Fall war. Bezeichnenderweise hat es ihren Gegnern nichts gebracht, dass sie Marine Le Pen gemäß Gerichtsentscheid von 2014 unter Verweis auf eine Auseinandersetzung unter politischen Gegnern tatsächlich als Faschistin titulieren durften. Le Pens Ein-

stufung als nationalistische, antieuropäische Rechtspopulistin ist ohnehin angemessener. Wer dennoch am Faschismusvorwurf als politischem Kampfbegriff festhalten will, riskiert, komplexere Bewegungen zu vereinfachen und letztlich zu verharmlosen. Wenn der *Corriere della Sera* kürzlich die Formulierung eines italienischen Elternpaars in einer Überschrift aufgriff, wonach ihr 33-jähriger Sohn, der als Freiwilliger in Syrien mit den Kurden gegen den IS gekämpft hatte, als „Partisan" im Kampf gegen den „Faschismus" gefallen sei (19. März), so wirkt das fast wie die Verballhornung eines schwer fassbaren hochkomplexen Phänomens.

Faschismusvorwürfe können zur Verharmlosung führen

Subtiler argumentierte der französische *Le Monde* in einem Porträt des kurdischstämmigen französischen Historikers Hamit Bozarslan (12. März). Erdogans Türkei ist aus Bozarslans Sicht kein totalitärer Staat, weil es ihm nicht gelinge, „die ganze Bevölkerung zu mobilisieren". Den Islamischen Staat und den Nationalsozialismus betrachtet er als „unterschiedliche Phänomene, die aber über Gemeinsamkeiten verfügen, darunter die Fähigkeit, gleichzeitig aufzubauen und zu zerstören, sich als Ordnung und Unordnung zu präsentieren".

Konkrete Vergleiche statt Pauschalisierungen

Auf diese sachliche Weise lässt sich durchaus argumentieren. Erneut zeigt sich, dass ein inhaltlich gerechtfertigter Vergleich zur Schärfung einer Charakterisierung und zur prägnanteren Unterscheidung schwieriger Phänomene beitragen kann und damit einen heuristischen Wert erhält, den man sich mit Tout-court-Qualifizierungen als Faschismus oder Nationalsozialismus weitgehend verbaut. Nachvollziehbar formuliert werden kann der Faschismusvorwurf nur, wenn Kriterien wie die von Griffin oder Paxton oder anderer einsetzbar und erfüllt sind.

So kann es unter Umständen sinnvoll sein, eine politische Bewegung oder Partei in Griffins „Sumpf" aufblubbern zu sehen oder sie – wenn sie sich etabliert hat – Paxtons zweiter Stufe zuzurechnen. Das wäre bei Putin oder Erdogan gegeben und könnte, sofern sie je ans Ruder gelangt, auch auf Marine Le Pen zutreffen, die aber kaum eine derart starke parlamentarische Vertretung hätte, dass sie allein regieren könnte.

Doch was wäre mit einer solchen Qualifizierung gewonnen? Jeder Pauschalisierung sind konkrete Vergleiche vorzuziehen. So lässt sich etwa problemlos feststellen, dass Trumps Wortschatz, seine selbstbespiegelnden Auftritte sowie seine Rassismen und Sexismen mit jenen Mussolinis vergleichbar sind. Aber daraus zu folgern, er sei ein Faschist, greift zu kurz. Und es dürfte für kultiviertere Faschisten, die es ja auch gegeben hat – etwa Mussolinis Hofphilosoph Giovanni Gentile – posthum fast schon beleidigend sein.

Prof. Dr. Carlo Moos ist emeritierter Professor für Neuere Allgemeine und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich.

Brief aus … Tunis

Schönheitswettbewerbe

In der Hauptstadt machen die neuen Bürgermeister von sich reden

Sarah Mersch | Mit dem Kärcher auf der Straße, unterwegs mit dem Fahrrad oder beim Kinobesuch mit Grundschülern: Alles landet sofort bei Facebook. Denn das, so scheinen Tunesiens Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu glauben, wird am Ende über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Alle – landesweit 350 – sind erst seit den Kommunalwahlen vom Mai 2018 im Amt, und derzeit überbieten sie sich gegenseitig mit Online-Aktionismus.

Ihre Zuständigkeiten sind allerdings überschaubar. Der desolate Zustand von Straßenbeleuchtung, der Müllabfuhr und Sportplätzen gehört zu den Standardthemen des Wahlkampfs 2018. Die Devise der meisten Kandidaten war oft die gleiche: aufräumen, die Gemeinden wieder lebenswert machen, dem mehr oder weniger großen Durcheinander Einhalt gebieten, das sich mit dem Ende des Polizeistaats von Ben Ali ausgebreitet hatte.

In der Millionenstadt Tunis lassen sich die verschiedenen Führungsstile der neugewählten Volksvertreter besonders gut beobachten. Die Hauptstadt ist in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker gewachsen. Infolge des Zuzugs wurde sie nach und nach in immer mehr Verwaltungseinheiten unterteilt. So leben die rund 2,7 Millionen Einwohner der Hauptstadt inzwischen in vier großen Gouvernements mit insgesamt 38 Gemeinden, die jeweils eigene Bürgermeister haben: Alt und Jung, Männer und Frauen, Islamisten, Konservative, Liberale und Linke, mehr oder weniger Unabhängige – alle sind vertreten und wollen eigene Akzente setzen.

Besonders im Blick der Tunesier, aber auch der internationalen Medien: Souad Abderrahim, die Bürgermeisterin von Tunis-Stadt, der größten Gemeinde mit rund 640 000 Einwohnern. Die ehemalige Abgeordnete der tunesischen Verfassungsversammlung ist nicht nur die erste Frau auf dem Posten, sie ist auch noch Mitglied der islamisch-konservativen Ennahdha-Partei; Kopftuch trägt sie allerdings nicht – eine Kombination, die ausreicht, damit weltweit über die „Cheikha“ von Tunis berichtet wird.

Als die Mittfünfzigerin im Sommer 2018 vom neuen Stadtrat gewählt wurde, waren alle Scheinwerfer auf sie gerichtet. Und Abderrahim ging

© Henning Kettel

erstmal saubermachen: Nach einer Woche im Amt stellte die Stadtverwaltung Fotos ihrer neuen Chefin ins Netz, auf denen sie in schicker Bluse und Ballerinas Wände weißte, die Hauptstraße mit dem Hochdruckreiniger säuberte und verstopfte Gullys freilegte. Wenig später folgten ein autofreier Sonntagvormittag in der Innenstadt und die Vorschrift, dass alle Ladenschilder arabisch sein müssten, auch wenn die Übersetzung ausländischer Namen zu oft eher lustigen oder manchmal auch sehr schlüpfrigen arabischen Ausdrücken führte.

Applaus und Spott

Während einige Abderrahim applaudierten, machten sich viele über ihren Aktionismus lustig. Doch der Ton war gesetzt. Seitdem stehen kommunale Themen nicht nur bei Facebook hoch im Kurs, sie werden auch viel häufiger öffentlich diskutiert als in der Vergangenheit.

Schließlich haben Bürgerinnen und Bürger erstmals in der Geschichte Tunesiens frei gewählte Ansprechpartner in den Stadträten sitzen, die den Wählern Rechenschaft schuldig sind. In den verschiedenen Kommunen der Hauptstadt tut sich tatsächlich einiges, was über Straßenreinigung hinausgeht. Oft sind es die Vertreter der unabhängigen Listen, die die Themen vorantreiben: die Tollwutimpfung und Sterilisierung der Hunderte freilaufenden Katzen und Hunde, regelmäßige Bürgersprechstunden, kostenlose Kinobesuche für die Schüler der staatlichen Grundschulen, die Schaffung eines Netzes von Fahrradwegen.

Die Bürgerbeteiligung ist außerdem seit vergangenem Jahr gesetzlich verankert, genauso wie eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen, die den Gemeinden mehr Spielraum für eigene Entscheidungen bieten und langfristig zu einer stärkeren Dezentralisierung des Landes führen sollen.

Bei der Umsetzung hakt es noch an allen Ecken und Enden. Für viele kommunale Projekte fehlen gesetzliche Rahmenbedingungen und Erfahrungswerte. Aber zumindest beim Daueraufregerthema Sauberkeit scheint sich etwas getan zu haben: Straßen und Parks werden nun regelmäßiger gereinigt, und auch der Müll müffelt nicht mehr tagelang in der brütenden Sonne vor sich hin.

Beim Aufregerthema Sauberkeit tut sich endlich einiges

Und noch etwas hat sich geändert: Die Bewohner von Tunis überlegen jetzt besonders genau, in welchem der Gemeindesäle sie heiraten. Denn Bürgermeister und Stadträte übernehmen auch die Funktion der Standesbeamten, und Hochzeitspaare können nun auswählen, von wem sie am liebsten getraut würden. Als der neue islamistische Bürgermeister einer der kleinen Gemeinden von Tunis ankündigte, auch trotz geänderter Rechtsprechung keine binationalen Paare zu trauen, wenn der Bräutigam nicht zum Islam konvertiert sei, bot der Amtskollege eines anderen Vororts betroffenen Paaren kurzerhand an, die Eheschließung zu übernehmen – zum halben Preis.

Sarah Mersch
berichtet seit 2010 als freie Journalistin u.a. für die ARD, die *Neue Zürcher Zeitung*, den epd und die Deutsche Welle aus Tunesien.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

Der Stumme tritt ab

Algeriens Medien sehen die Protestbewegung vor einer ungewissen Zukunft

Luca Miehe | Algerien erlebt seit Mitte Februar 2019 eine landesweite Mobilisierungswelle gegen die machthabende Elite um den bisherigen Dauerpräsidenten Abdelaziz Bouteflika – und staunt über sich selbst. Der Verzicht Bouteflikas auf eine fünfte Amtszeit am 11. März und sein dann doch plötzlicher Rücktritt am 2. April haben die Proteste eher noch verstärkt. Zielscheibe sind nun alle (alten) politischen Eliten und das System selbst geworden. Während der Ausgang noch völlig offen ist, diskutiert Algeriens unabhängige und staatsnahe Presse ungewohnt offen über Mittel und Motive dieses Protests.

Bereits zum Jahreswechsel gab die private französischsprachige Tageszeitung *El Watan* (28. Dezember 2018) einen Ausblick unter dem Titel „Was uns 2019 erwartet" und wagte die Voraussage: „Eine Präsidentschaftswahl oder vielleicht auch nicht!"

Zu Jahresbeginn war noch offen, ob Bouteflika, der seit 20 Jahren im Amt und seit 2013 aufgrund der Folgen eines Schlaganfalls der Öffentlichkeit entrückt ist, für eine fünfte Amtszeit kandidieren würde. Bis zum frühen Februar bestimmten daher Spekulationen die öffentliche Debatte. Die Online-Nachrichtenagentur Tout sur L'Algérie (TSA) schrieb von einer „seltsamen Haltung der Parteien der Präsidentschaftsallianz. Kein Wort mehr von FLN, RND, TAJ und MPA, seit ihre jeweiligen Parteiführer vor fünf Tagen bekannt gaben, dass sie Abdelaziz Bouteflika als ihren Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl vorgesehen haben." Das führte die Agentur zu der Frage, ob dies „nur eine weitere Unschlüssigkeit an der Spitze" sei (7. Februar).

Bereits 2018 wurde die Lähmung des politischen Systems wiederholt deutlich. Die Blockade des Parlaments von September bis Oktober 2018 und die Auseinandersetzung um die Neubesetzung des Senats im Dezember zeugten von inneren Kämpfen um die Ausrichtung der Präsidentenpartei Front de libération nationale (FLN). Das Schachern um die wichtigen Staatsorgane – der Senatspräsident ist zugleich die Nummer zwei im Staat – beschädigte das ohnehin geringe Vertrauen der Bevölkerung in die politische Elite wohl weiter.

Nach der offiziellen Bekanntgabe Bouteflikas, für eine weitere Amtszeit kandidieren zu wollen, schrieb *El Khabar*, eine der meistgelesenen, arabischsprachigen Tageszeitungen: „Bouteflika bricht die Spannung“ (11. Februar). Flankiert wurde die Schlagzeile von einem Bild des unverkennbar schwerkranken Präsidenten.

Eine Bewegung findet sich selbst

Bei ersten lokalen Protesten in Kherrata, das in der Provinz Béjaïa im Osten des Landes liegt, wurde schnell ein Ende der „mörderischen Macht“ beziehungsweise von „Le Pouvoir“ gefordert, ein gängiger Begriff für die Machtclique um Präsident Bouteflika. Ein Protestmarsch in Khenchela gegen die Blockade des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Rachid Nekkaz, in dessen Verlauf es zur Demontage eines Bouteflika-Plakats kam, schlug große Wellen in den sozialen Medien.

Die regimenahen Medien schwiegen dazu. Stattdessen veröffentlichte die regierungseigene, arabischsprachige Zeitung *El Massa* noch einen Tag vor der ersten Großdemonstration in Algier eine lobpreisende Biografie mit dem Titel „Bouteflika: Mensch, Vision und Herangehensweise im Dienste des Friedens“; auf dem Coverbild hält der „Friedensbotschafter“ eine weiße Taube in der Hand (21. Februar). Schon einen Tag später befand sich die Hauptstadt im Lichte der ersten Großdemonstration laut Online-Plattform *Observ'Algérie* im „Belagerungszustand“ (22. Februar). Regierungszeitungen wie *El Massa* blendeten die Massendemonstrationen jedoch weiterhin aus und berichteten stattdessen über eine Tourismusmesse (23. Februar).

Die Journalistin Ghania Mouffok bilanzierte in einem Blog für Kultur und Politik, NEDJMA, die freitäglichen Märsche stimmten mit ihren „*silmya*“-Rufen (arabisch für „friedlich“) „das neue Freitagsgebet“ an. Bei den ersten beiden Massendemonstrationen, in Algier seit 2001 gesetzlich verboten, sei keinesfalls eine Mauer der Angst gefallen. Gebrochen sei ein „Pakt des Schweigens“.

Die Demonstrationen sind „neu, historisch, unvergleichbar“

Die Demonstrationen seien „neu und historisch, unvergleichlich mit allen anderen, und wenn es keine Revolution ist, ist es in der Tat eine kollektive und massive Befreiung von einer unsichtbaren Last“, so Mouffok weiter (28. Februar). Die Soziologin Fatma Oussedik fragte in *El Watan*: „Drei Millionen Menschen auf den Straßen der Städte des Landes: Wer sind wir?“ Ihre Antwort: „In erster Linie eine städtische Bevölkerung, die die Mehrheit der algerischen Bevölkerung ausmacht.“ Altersgruppen- und geschlechterübergreifend seien die Proteste gewesen, und „bemerkenswert ist die starke Präsenz der meist schweigenden Mittelschicht“ (7. März).

Die am 3. März verkündeten Konzessionen Bouteflikas – eine verkürzte fünfte Amtszeit und eine Übergangsphase – stießen schnell auf Ablehnung. Am 11. März folgten die Ankündigung eines Verzichts auf ein weiteres Mandat, die Etablierung einer „Nationalen Konferenz“ und die Verschiebung der angesetzten Wahlen: anstelle eines fünften bedeutete dies praktisch eine Verlängerung des vierten Mandats.

Mit dem offiziellen Verzicht Bouteflikas auf eine fünfte Amtszeit ging

eine – unvollständige – Regierungsumbildung einher. Der neue Premierminister Noureddine Bedoui hatte laut der unabhängigen Online-Plattform Maghreb Emergent „große Schwierigkeiten, ein Regierungsteam zu bilden, das nicht in der Kontinuität der Bouteflika-Ära steht“ (22. März).

Gleichzeitig eröffnet der neu bestimmte Stellvertreter Bedouis, Ramtane Lamamra, eine bereits schwelende Debatte über die Rolle externer Akteure. Kritik an seinen Auslandsreisen und seiner Werbung für den Übergangsplan Bouteflikas in Moskau, Rom und Berlin dominierte den öffentlichen Diskurs. „Lamamra will die politische Krise internationalisieren“, konstatierte die Nachrichtenagentur TSA. Demonstranten werfen ihm vor, selbst „die Hand des Fremden in Algerien“ zu sein (22. März).

Die Demonstranten befürchten Einmischung von außen

El Khabar schrieb dazu: „Es ist kein Geheimnis, dass die Unterstützung der großen Hauptstädte für den Fahrplan zur Macht, der vom Volk abgelehnt wird, nicht kostenlos ist, sondern dass diesen Ländern im Gegenzug für ihr Schweigen Zugeständnisse und Vorteile angeboten werden müssen“ (19. März). Die staatliche Nachrichtenagentur APS versuchte offenbar, die Wogen zu glätten: „Niemand bat Russland um Hilfe. Algier und Moskau wollen in ihrer Zusammenarbeit gute Beziehungen pflegen“ (21. März).

Die Frage über Mittel und Wege zur Überbrückung der Zerwürfnisse bestimmte seitdem auch die Tagespresse: Tauwetter in der bis dahin starren Medienlandschaft. Selbst die regierungseigene Zeitung *El Massa* titelte nach dem fünften Freitag der Großdemonstrationen: „Millionen [Menschen] zur Förderung nationaler Einheit und Beschleunigung des Wandels“ (23. März).

Sammelbecken für Ideen

Algeriens Medien verwandelten sich seitdem zum Sammelbecken von Ideen für die Zukunft des Landes. Allen voran in den sozialen Netzwerken, aber auch auf den Titelseiten und in den Kommentarspalten sämtlicher Zeitungen werden täglich neue Vorschläge und Entwicklungen reflektiert. Während die Präsidialelite weiter für die Nationale Konferenz und eine Übergangsphase wirbt, kam vonseiten der alten Opposition beispielsweise der Vorschlag eines neu zu gründenden kollegialen „Präsidialorgans“ auf. Diese Idee habe, so *El Khabar*, „keine verfassungsrechtliche Grundlage“. Da Algerien aktuell „in einem Stadium außerhalb der verfassungsrechtlichen Legitimität“ lebe, sei dies jedoch denkbar (25. März).

Zum alles überragenden Thema wurde derweil die Rolle des Militärs. Die weitgehend unabhängige Tageszeitung *Quotidien d’Oran* gab auf die Frage „Was wird die Armee tun?“ folgende Antwort: „Die Opposition beschuldigt den Bouteflika-Clan, die Verfassung mit Füßen zu treten, und die Opposition ist nicht besser. Sie fördert die Verletzung der Gesetze der Republik und fordert das Militär auf, (wieder) im politischen Terrain zu investieren“ (25. März).

Ohne Zweifel stehe die Armee unter Druck, berichtete *El Khabar*. Dass sich Armeechef Gaïd Salah am 26. März dafür aussprach, Artikel 102 der Verfassung zur Bestimmung der Amtsunfähigkeit des Präsidenten anzuwenden und damit den Ab-

gang Bouteflikas beschleunigte, galt der Zeitung als deutliches Zeichen. Dieser Paukenschlag löste eine hitzige Debatte aus, doch laut der Online-Plattform *Observ'Algérie* blieben die Reaktionen der Opposition verhalten bis skeptisch. So lehnten Führer aus dem islamistischen Spektrum wie Abdallah Djaballah oder Abderrazak Makri ein Eingreifen der Armee ebenso ab wie die Oppositionellen Mustapha Bouchachi und Rachid Nekkaz. Dies würde „die Fortsetzung des Systems" erlauben, so Nekkaz (26. März).

Am sechsten Freitag seit Beginn der Proteste dominierte laut *El Watan* die Kritik am Militär die Massenbewegung (2. April). In einem anonymen Leitartikel auf der Titelseite von *El Moudjahid* wurden „Angriffe auf die Glaubwürdigkeit" der Armee dennoch als „rote Linie" bezeichnet (1. April). Auf die unmittelbar folgende Rückzugsankündigung des Präsidenten reagierten die unabhängige Presse und die Protestbewegung skeptisch. „Bouteflikas Rücktritt könnte sich in eine Verschwörung gegen das Volk verwandeln", zitierte TSA die Oppositionspartei MSP (2. April). *El Watan* zufolge sei es „nicht sicher, ob die Straße mit den Konzessionen des Regimes zufrieden ist" (2. April).

Euphorie und Spaltungsängste

Schon vorher oszillierte die Stimmung zwischen Euphorie und Spaltungsängsten. Erinnerungen an die koloniale Vergangenheit und die Grauen der „Schwarzen Dekade", des Bürgerkriegs von 1992 bis 1999, befeuerten viele Ängste vor äußerer Einmischung. Und doch setzte die bislang führungslose, friedliche und fragmentierte Protestbewegung den Aushandlungsprozesses über ihre eigene Zukunft fort.

Von der zeitintensiven Debatte wird sie selbst vermutlich nicht profitieren. *El Khabar* konstatierte bereits, die Herrschenden hätten auf den „Zeitfaktor gesetzt, um die Bewegung zu schwächen" (23. März). Ob sich nun der von der Tageszeitung *L'Éxpression* beschriebene „Dritte Weg" zwischen den Plänen der Elite und der Opposition anbahnen wird, ist fraglich. „Kein Volk der Welt kann akzeptieren, dass ein Präsident, der nicht spricht, an seiner Stelle gewählt wird", bilanzierte Ghania Mouffok auf dem NEDJMA-Blog.

Erlaubt die Armee „die Fortsetzung des Systems"?

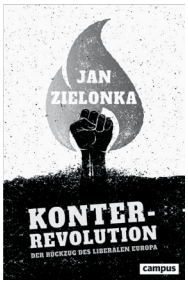
Die Demonstranten fordern deshalb schon länger „einen neuen politischen Vertrag zwischen der Regierung und den Regierten. Ein Vertrag, der noch geschrieben und unterzeichnet werden muss. Der Weg wird hart und lang sein", so NEDJMA. *El Khabar* brachte einen Monat später am 28. März die Situation auf den Punkt: „Die kommenden Wochen werden für die Volksbewegung entscheidend sein." Was TSA am 3. April als ein „Ende ohne Ruhm" für Bouteflika bezeichnet, ist sogleich der Beginn einer ungewissen Zukunft für Algerien und seine Protestbewegung.

Luca Miehe
ist Forschungsassistent in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Sein und Schein

Unentschlossen, uneinig, unfähig, seine weitreichenden Pläne umzusetzen: Neue Bücher über ein Europa der Krisen, Verluste und Spaltungen

Von Thomas Speckmann



Jan Zielonka: **Konterrevolution. Der Rückzug des liberalen Europa. Aus dem Englischen von Ulrike Bischoff.** Frankfurt am Main: Campus Verlag 2019, 206 Seiten, 19,95 €

Die Welt im Jahr 2019, wie sie zu sein scheint: Da ist zum einen China, unaufhaltsam auf dem Weg an die Weltspitze, wirtschaftlich, politisch, militärisch – stark geführt, mit weitreichenden Plänen, die entschlossen umgesetzt werden. Da ist zum anderen Russland, geopolitisch wieder erwacht durch die harte Hand Wladimir Putins, nicht nur fähig, sondern auch willens, erneut militärisch zu handeln, ob gegen die Ukraine oder in Syrien. Und dann sind da die Vereinigten Staaten, in der politisch offensiven und im Ton aggressiven Präsidentschaft Donald Trumps für viele im Westen kaum wiederzuerkennen: Konfrontation statt Kooperation – nicht nur gegenüber Gegnern, sondern auch Verbündeten.

Und Europa? Zwar auch mit weitreichenden Plänen, die aber meist nicht ausreichend entschlossen umgesetzt werden, geopolitisch kein geeint auftretender Player; zu unterschiedlich sind die nationalen Interessen innerhalb der Europäischen Union. Daher ist es auch bislang weder fähig noch willens, militärisch als Europa zu handeln. Umso stärker ist es auf Kooperation statt Konfrontation ausgerichtet, auch gegenüber Rivalen, die das allerdings in wachsendem Maße als Zeichen von Schwäche werten.

Ist dies alles eine Frage der politischen Führung? Wäre ein anderes Europa erfolgreicher – wirtschaftlich, politisch, militärisch? So mancher extremer Bewegung in Europa mag dies so erscheinen; zu verlockend sind die vermeintlichen Erfolge, die „starke Führer“ in aller Welt haben.

Umso erhellender ist die Lektüre des Buches von Jan Zielonka. Der Professor für Europäische Politik und Ralf Dahrendorf Fellow an der Universität Oxford sieht in Europa eine illiberale Konterrevolution in Gang gekommen – eine Gegenbewegung zur liberalen Revolution von 1989, getragen von rechten Bewegungen, die in immer mehr europäischen Ländern im Aufwind sind. Zielonka kennt sich aus mit den EU-Konjunkturen – das

tatsächliche oder das lediglich wahrgenommene Auf und Ab.

Vor gut 20 Jahren versuchte er in einem Buch zu erklären, warum Europa zur viel geforderten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht fähig sei. Zehn Jahre später schienen ihm die Dinge anders zu liegen. Nach der östlichen Erweiterungsrunde 2004 mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern als neuen Mitgliedern beschrieb er die nun deutlich ausgedehnte EU als „Imperium". Heute, wiederum gut ein Jahrzehnt später, liegt für Zielonka die Europäische Union in Scherben. Schuld daran sind in seinen Augen die politischen Eliten, die marktradikalen Ideen nachgelaufen seien und die liberale Demokratie verraten hätten. Entsprechend werde die Liste der Krisen immer länger.

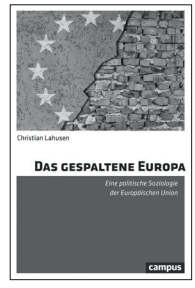
Das liberale Projekt neu erfinden?

Ob diese zugespitzte und einseitige Schuldzuweisung die Vielschichtigkeit der Probleme Europas erfassen kann, scheint Zielonka allerdings selbst zu bezweifeln. Denn nicht nur die politischen Führungskräfte wirken auf ihn inkompetent und unehrlich. Auch die Unternehmer hinterlassen einen hektischen und verzweifelten Eindruck. Eine einfache Lösung kann auch er nicht erkennen. Er fordert, dass Europa und sein liberales Projekt neu erfunden und geschaffen werden müssen.

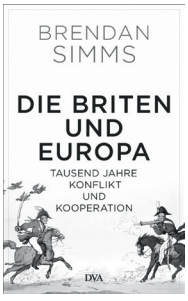
Die Ausgangslage dafür ist in der Tat alles andere als günstig. In ihrer Beschreibung dringt Zielonka zum Kern der europäischen Malaise vor: Europa sei es nicht gelungen, sich auf die enormen geopolitischen, wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen einzustellen, die in den vergangenen drei Jahrzehnten über den Kontinent hinweggefegt sind. Europäische Demokratie-, Kapitalismus- und Integrationsmodelle stünden nicht im Einklang mit den neuen komplexen Netzwerken von Städten, Bankern, Terroristen oder Migranten. Parallel lasse die Eskalation von Emotionen, Mythen und gewöhnlichen Lügen wenig Raum für Vernunft, Beratungen und Einigung. Daher stehe den Europäern ein weiteres „Tal der Tränen" bevor.

Auch Zielonka wähnt den Liberalismus im Niedergang begriffen, am Ende sieht er ihn allerdings nicht. Im Gegenteil: Zwar hätten die neoliberalen Abwege viel Schaden angerichtet, aber es bestehe kein Grund, liberale Grundüberzeugungen aufzugeben: Rationalität, Freiheit, Individualität, kontrollierte Macht und Fortschritt – zumal den illiberalen Konterrevolutionären, die bislang viele Gewinne damit erzielt hätten, die Schwächen der EU, der liberalen Demokratie und des freien Marktes auszuschlachten, ein plausibles Programm für eine Erneuerung fehle. Ihr Rufen nach „starker Führung" könne dies nicht ersetzen.

Worum es vielmehr geht, wird bei Christian Lahusen deutlich. Der Professor für Soziologie an der Universität Siegen fragt nach den Konfliktlinien, die das politische Denken der Bürger über ihre Europäische Union prägen. Nach seiner Untersuchung geht es der Bevölkerung Europas gar nicht so sehr um das richtige Verhältnis zwischen der EU und dem eigenen Nationalstaat, um eine Verlagerung oder Rückverlagerung von Kompetenzen auf die EU oder die Mitgliedstaaten, um ein Mehr an Europa oder ein Mehr an Nationalstaatlichkeit.



Christian Lahusen: **Das gespaltene Europa. Eine politische Soziologie der Europäischen Union.** Frankfurt am Main: Campus Verlag 2019, 318 Seiten, 39,95 €



Brendan Simms: **Die Briten und Europa. Tausend Jahre Konflikt und Kooperation. Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt.** München: Deutsche Verlags-Anstalt 2019, 397 Seiten, 28,00 €

Romy Straßenburg: **Adieu liberté. Wie mein Frankreich verschwand.** Berlin: Ullstein Verlag 2019, 238 Seiten, 18,00 €

Lahusen arbeitet heraus, dass die europäische Bevölkerung die Vorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse innerhalb Europas verinnerlicht hat und entsprechende Anforderungen an die EU und die Mitgliedstaaten zugleich richtet. Weiche die Realität von diesem normativen Standard ab, führe dies zur Kritik an der EU und an der eigenen Regierung, denn beide würden dafür mitverantwortlich gemacht. Insofern sitzen Lahusen zufolge EU und Mitgliedstaaten in einem Boot: Sie werden als politische Akteure verstanden, die im Feld der europäischen Politik für die gesellschaftlichen Realitäten verantwortlich sind und einen entsprechenden Handlungsauftrag zu erfüllen haben.

Die andere Seite des Ärmelkanals

Welche Folgen es haben kann, wenn der eigenen Regierung wie der EU Versagen bescheinigt wird, lässt sich seit dem Brexit-Referendum 2016 in Großbritannien beobachten. Hierzu hat Brendan Simms ein neues „Opus Magnum“ vorgelegt, das Maßstäbe setzen dürfte für die zukünftige Betrachtung der Beziehungsgeschichte zwischen Britannien und Kontinentaleuropa. Der Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Cambridge schildert, wie sich die Briten seit Jahrhunderten mit Lust in die Geschicke der europäischen Nachbarstaaten einmischen – und wiederum von den Ereignissen dort beeinflusst werden.

Da ihn diese wechselvolle Geschichte gelehrt hat, dass man die eine Seite des Ärmelkanals nicht ohne die andere denken kann, plädiert Simms für eine enge Partnerschaft auch über einen Austritt der Briten aus der EU hinaus. Für ihn ist die Geschichte Großbritanniens eben nicht die Geschichte einer Insel; sie ist vornehmlich eine kontinentale Geschichte.

Über englische Besitzungen auf dem Kontinent, dynastische Verbindungen oder militärische Präsenz haben britische Herrscher und Regierungen immer wieder versucht, Einfluss auf die Nachbarn zu nehmen. Zugleich wirkten sich die Geschehnisse auf dem „Kontinent“ auf die Politik und Verfasstheit der britischen Inseln aus. Simms erinnert daran, dass in bislang jedem Jahrhundert britische Truppen über das europäische Festland marschiert sind – sei es aus Machtstreben oder um die Freiheit des eigenen Parlaments oder die Europas zu verteidigen.

Um Verteidigung geht es auch bei Romy Straßenburg. Bei der Journalistin, ehemaligen Chefredakteurin der deutschen *Charlie-Hebdo*-Ausgabe und Dozentin an einer Pariser Journalistenschule steht der gesellschaftliche Wandel Frankreichs im Mittelpunkt. Sie berichtet aus einem Land, das zentral für die Zukunft Europas ist und das sich in den vergangenen Jahren stark verändert hat. Sie tut dies aus der Perspektive des unmittelbaren Erlebens, berichtet von gesellschaftlichen Missständen und persönlichen Eindrücken, von Liebe und Politik, Freundschaft und Terror.

Auch beschreibt sie die Arbeit in der Redaktion eines Online-Magazins, dessen Team aus Polen, Engländern, Griechen, Spaniern, Italienern und Deutschen von etwas träumte, das es europäischen Journalismus nannte. Dass Europa gerade ihnen, „den Gestrandeten“, so viel bedeutete, führt Straßenburg darauf zurück, dass es ihnen das Gefühl von Heimat gegeben habe.

Wenige Seiten später erzählt sie von den Massenprotesten gegen die „Ehe für alle“. Ihre französischen Freunde waren „ohne Ausnahme“ für die gleichgeschlechtliche Ehe. Dabei wurde ihr einmal mehr klar, dass ihr persönliches Umfeld nicht repräsentativ für Frankreich insgesamt war. Als Teil der urbanen Mittelschicht, Mittdreißigerin und Erasmus-Europäerin übersehe man dies allzu leicht. Damit stößt Straßenburg ins Innere der Krise Europas vor – der zwischen den Schichten und Milieus innerhalb der europäischen Bevölkerungen. „Abgehängt“ trifft dabei auf „oben“ wie „unten“ zu.

Europas utopisches Potenzial

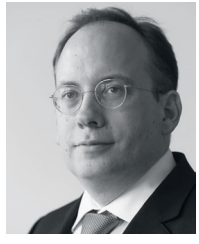
Wie kann man diese Milieus wieder zusammenführen oder zumindest einander annähern? Diese Frage treibt Lorenzo Marsili und Niccolò Milanese um. In ihrem Manifest „Wir heimatlosen Weltbürger“ schildern die Gründer der Organisation European Alternatives ein Europa, das sich nach zehn Jahren der Krise durch vielfältige Brüche und Konflikte selbst zerreißt. Zugleich habe die Dekade jedoch auch gezeigt, was soziale Bewegungen erreichen können, wenn sie über den nationalen Tellerrand hinaus zusammenarbeiteten.

Milanese und Marsili stellen Aktivisten vor, in deren Handeln Alternativen zum Status quo aufscheinen sollen. Sie schildern, wie Neoliberalismus und Globalisierung die Menschen in ihren Augen zu ohnmächtigen Bürgern machen, in denen das Gefühl wachse, nirgendwo mehr zu Hause zu sein, und die sich daher verstärkt nationalistischen Positionen zuwendeten. Ihr Gegenrezept: eine transnationale Partei, die diese Widersprüche auflösen und das utopische Potenzial Europas einlösen soll.

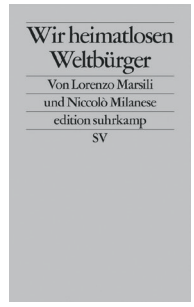
Ob dies nicht selbst eine Utopie ist, diese Frage stellt sich nach der Lektüre von Reinhold Vetters Geschichte des europäischen Ostens nach 1989. Der ehemalige ARD- und *Handelsblatt*-Korrespondent in Polen und Ungarn ruft den Preis des Wandels für die Gesellschaften östlich des einstigen „Eisernen Vorhangs“ in Erinnerung: den Verlust von Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und politischen Gewissheiten.

Wäre ein „dritter Weg“ beim Aufbau des neuen Wirtschaftssystems möglich gewesen, eine Mischform aus Sozialismus und Kapitalismus? Historische Erfahrungen sprechen laut Vetter eher dagegen. Aber eine Art „rheinischer Kapitalismus“, eine stärker sozial ausgeprägte Marktwirtschaft, wären seiner Einschätzung nach machbar gewesen. Allerdings ist ihm bewusst, dass dies unter den Bedingungen der Globalisierung kein leichtes Unterfangen gewesen wäre.

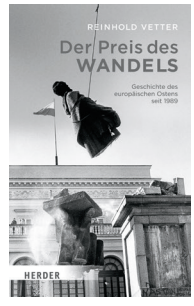
In der Folge ist vom „Überbordenden“, vom im Wortsinne Grenzenlosen und Grenzen Überwindenden – das nicht zuletzt im Traum von einem vereinten Europa seinen Ausdruck fand – nicht viel geblieben, wie Vetter nüchtern feststellt. Und so ist auch die gesamteuropäische Welt des Jahres 2019 eine andere geworden, als sie vor 30 Jahren zu werden schien.



Dr. Thomas Speckmann ist Historiker, Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam.



Lorenzo Marsili und Niccolò Milanese: **Wir heimatlosen Weltbürger. Aus dem Englischen von Yasemin Dinçer.** Berlin: Suhrkamp Verlag 2019, 281 Seiten, 18,00 €

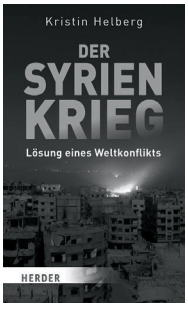


Reinhold Vetter: **Der Preis des Wandels. Geschichte des europäischen Ostens seit 1989.** Freiburg im Breisgau: Herder Verlag 2019, 339 Seiten, 24,00 €

Stereotype und Monokraten

Vier Neuerscheinungen beleuchten Geschichte und Gegenwart der Missverständnisse zwischen Westen und islamischer Welt

Von Jan Kuhlmann



Kristin Helberg: **Der Syrien-Krieg. Lösung eines Weltkonflikts.** Freiburg/Breisgau: Herder 2018, 256 Seiten, 22,00 €

Vielleicht erlebt der Syrien-Konflikt 2019 ein entscheidendes Jahr. Die Anhänger von Machthaber Baschar al-Assad kontrollieren wieder die größten Teile des Landes, die Lage der bewaffneten Opposition ist desolat. Der Aufstand ist im neunten Jahr des Konflikts praktisch tot.

Für die Journalistin und Syrien-Expertin Kristin Helberg trägt der Westen einen erheblichen Teil der Schuld an dieser Entwicklung, weil er nur seine eigenen Interessen im Blick hatte. Weil ihm der „zivile Widerstand in Syrien egal war, er die Kriegsverbrechen des Regimes geschehen ließ und damit die Radikalisierung der Menschen vorantrieb“, wie Helberg in ihrem Buch „Der Syrien-Krieg“ argumentiert.

Aus dem Band, einer bitteren Anklageschrift gegen die Nahost-Politik der USA und ihrer Verbündeten, liest sich Ernüchterung heraus. Den Aufstieg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) etwa führt Helberg nicht allein auf den US-Interventionalismus der Bush-Ära zurück, sondern auch auf die „krampfhafte Nichteinmischung“ seines Nachfolgers Barack Obama. Überhaupt sei der Syrien-Krieg „das Ergebnis eines Totalversagens der internationalen Gemeinschaft“.

Unvermeidbarer Widerstand

Zunächst erinnert Helberg daran, dass der Protest gegen Assad im März 2011 friedlich begonnen habe. Der bewaffnete Widerstand sei eine „unvermeidbare, natürliche und menschliche Reaktion auf die Brutalität des Regimes“ gewesen – was bei Debatten über den Bürgerkrieg häufig vergessen wird.

Eine Chance aber habe der Aufstand angesichts der militärischen Überlegenheit des Regimes und dessen Skrupellosigkeit nicht gehabt. Vor allem sei es die Unterstützung aus Russland und dem Iran gewesen, die der Widerstandsbewegung das Genick gebrochen habe – und das „ohne ausreichende militärische Hilfe oder eine militärische Intervention von außen“, urteilt Helberg ernüchtert. Das

europäische Prinzip der militärischen Nichteinmischung ist für sie verlogen, schließlich gelte es nicht für Syrien generell, sondern nur für Assad.

Den Machthaber in Damaskus hält Helberg schlichtweg für „böse“, wofür sie eine Reihe von nachvollziehbaren Argumenten anführt: die hinreichend belegte Massenvernichtung von Zivilisten durch seinen Staatsapparat; das skrupellose Aus-dem-Weg-Räumen von politischen Gegnern oder die „automatisierte gesamtgesellschaftliche Überwachungsmaschine“. Das Regime habe dabei sämtliche staatliche Institutionen vereinnahmt; Assads Syrien sei „im Privatbesitz eines Clans“.

So ist Helbergs Buch auch eine Mahnung für all diejenigen, die eine Annäherung an das Regime in Betracht ziehen, nachdem Assad als Sieger aus dem Konflikt hervorzugehen scheint. Von ausländischen Geldern für einen Wiederaufbau des zerstörten Landes dürfte vor allem die loyale Unternehmerschaft profitieren, neben den Geheimdiensten das Rückgrat des Regimes. Assad habe zwar den Krieg gewonnen, nicht aber den Frieden – und einen solchen könne es mit ihm auch nicht geben, warnt Helberg.

Neuer Dreißigjähriger Krieg?

Die Natur des Assad-Regimes wird auch beim Vergleich des Syrien-Konflikts mit dem Dreißigjährigen Krieg oft vergessen. Diese Analogie erfreut sich „seit einiger Zeit großer Beliebtheit“, wie der Journalist Daniel Gerlach in „Der Nahe Osten geht nicht unter“ leicht spöttisch schreibt.

Doch nicht alles, was sich ähnelt, ist auch tatsächlich dasselbe. Denn der Vergleich geht, wie Gerlach zu Recht bemängelt, „mit einer Annahme einher, die man gründlich hinterfragen sollte – nämlich der, dass der syrische vor allem ein Stellvertreterkrieg sei, ein proxy war, in dem lokale Akteure als verlängerte Arme, als ‚nützliche Idioten‘ von Weltmächten agieren. Das Land, die Regierung, die Bevölkerung Syriens haben in dieser Gleichung weder Macht noch Verantwortung.“ Damit aber könne sich das syrische Regime aus der Verantwortung stehlen, schreibt Gerlach, woraus er schlussfolgert: „An der Beschaffenheit und Lage des syrischen Regimes scheitert dann auch jeder direkte Vergleich mit den Zuständen des Dreißigjährigen Krieges und mit dessen Beilegung.“

In seinem Buch will Gerlach einen anderen Blick auf die Region werfen, die in Deutschland vor allem als „Pulverfass“ und „Krisenherd“ wahrgenommen wird. So lenkt er den Blick auf Entwicklungen und Personen in der arabischen Welt, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft machten. Und anders als viele andere hält Gerlach den Arabischen Frühling für noch längst nicht am Ende.

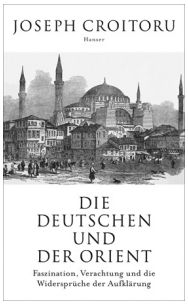
Die jüngsten Massenproteste gegen den altersschwachen algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika belegen diese These, denn sie zeigen, welches Unruhepotenzial bei den Aufständen 2011 geweckt wurde und jederzeit seine Kraft entfalten kann. Und doch: Viele der Hoffnungsschimmer, die Gerlach beschreibt, sind arg schwach – und laufen Gefahr, von den dunklen Kräften in der Region verschluckt zu werden.

Gerlach, vor allem aber Helberg nehmen in ihren Büchern Gegenpositionen zum Publizisten Michael Lüders ein, der dem Westen nicht zu wenig, sondern zu viel Einmischung in Syrien vorwirft, die Gräueltaten des

Daniel Gerlach: **Der Nahe Osten geht nicht unter. Die arabische Welt vor ihrer historischen Chance.** Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2018, 312 Seiten, 18,00 €

Regimes dabei jedoch nur beiläufig erwähnt. So sind die Autoren Teil einer Debatte über Syrien, die Deutschland stark polarisiert. Viele Faktoren spielen in die Diskussion hinein: die Flüchtlingswelle und der damit verbundene Aufstieg der AfD; alte Fronten zwischen linken Russland-Freunden und den Gegnern Moskaus; aber auch die komplexe Beziehung, die Europa mit den Nachbarn verbindet.

Langlebige Stereotype



Joseph Croitoru: **Die Deutschen und der Orient. Faszination, Verachtung und die Widersprüche der Aufklärung.** München: Hanser 2018, 416 Seiten, 28,00 €

Wie belastet das Verhältnis Deutschlands zur islamischen Welt und speziell zur Türkei seit Langem ist, zeigt ein Blick zurück. „Die Deutschen und der Orient" heißt das Buch des *FAZ*-Autors Joseph Croitoru, in dem er den Leser mitnimmt in die Zeit der Aufklärung. Akribisch zeichnet Croitoru die deutschen Debatten über den Islam und das Osmanische Reich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach. Die Parallelen in der Debatte zwischen damals und heute sind geradezu erschreckend. Manche Stereotypen und Vorurteile haben sich über die Jahrhunderte gehalten.

Den Ton gab damals, zumindest in Preußen, Friedrich II. vor. Er umwarb das Osmanische Reich als Bündnispartner, was sich durch eine „muslimfreundliche Medienpolitik" auch in der Presse widerspiegelte. Doch auch beim preußischen König zeigte sich, wie ambivalent das Verhältnis stets war. Als Religions- und Kleruskritiker sah er den Islam generell mit Skepsis und diffamierte dessen Stifter Mohammed als falschen Propheten, eine zu jener Zeit weit verbreitete Ansicht. Auch ansonsten kursierten unzählige Stereotype von der Habgier und Wollust des „Orientalen". Friedrich II. stöhnte über einen wochenlang in Berlin weilenden Staatsgast aus Konstantinopel: „Er frisst mir die Ohren vom Kopf!"

Trotzdem trat Friedrich immer wieder als Anwalt der Osmanen auf, und in seinem Gefolge bemühte sich auch Gotthold Ephraim Lessing darum, traditionelle Orientbilder aufzubrechen. Obwohl auch der Dichter nicht frei von Ambivalenzen war, beschrieb er in seiner Schrift „Rettung des Hier. Cardanus" einen fiktiven Muslim als „Kind der Aufklärung" und „Vertreter einer Religion der Vernunft". Später räumte der Mathematiker Carsten Niebuhr mit seinem Bericht über seine Expedition auf die Arabische Halbinsel mit dem gängigen Klischee von den Arabern als religiösen Fanatikern auf.

Und dennoch fanden die islamkritischen, ja gar -feindlichen Stimmen damals starke Resonanz, vor allem außerhalb Preußens. So entzündete sich in den 1770er Jahren an zwei Koranübersetzungen ins Deutsche ein heftiger Gelehrtenstreit, in dem der evangelische Pastor und Orientalist David Friedich Megerlin einen besonders scharfen Ton anstimmte, eine konservative Gegenreaktion. In der Populärliteratur fanden sich türkenfeindliche Klischees in den Geschichten des Lügenbarons Münchhausen wieder.

Und noch eine Parallele zur Gegenwart: Wie sich heute Rechtspopulisten von der „politischen Korrektheit" diffamiert fühlen, sahen sich die damaligen Türkenfeinde von der aufklärerischen Presse übergangen. So kommt Croitoru zu einem ernüchternden Fazit: „Dass unser Verhältnis zur islamischen Welt noch immer so von jenem Konfrontationsdenken, das wir längst überwunden

glaubten, mitbestimmt ist, müsste zu denken geben."

Kein islamisches Mittelalter

Daran hat auch die westliche Geschichtswissenschaft ihren Anteil, die die Welt vor allem aus einer eurozentristischen Perspektive betrachtet und andere Regionen diesem Blickwinkel unterwirft. Als Beispiel par excellence dient dafür der Begriff des Mittelalters, der bis heute gerne als Metapher für einen vermeintlichen Rückfall islamischer Länder in finstere Zeiten bemüht wird.

Thomas Bauer, Professor für Islamwissenschaften und Arabistik an der Universität Münster, dekonstruiert diesen Periodenbegriff nun so elegant und überzeugend, dass es eine wahre Freude ist. Schon der Titel des Buches ist eindeutig: „Warum es kein islamisches Mittelalter gab".

Bauer führt dafür zahlreiche Gründe an: Dem Begriff mangele es an Präzision, er verleite zu Fehlschlüssen. So suggeriere er als Gegenbild zur „Konstruktion einer aufgeklärten und säkularisierten Moderne" eine „religiöse Aufladung" des Mittelalters. Allerdings hätten sich ganze Lebensbereiche islamischer Gesellschaften zu dieser Zeit „als vollständig oder weitgehend weltlich" gezeigt, so Bauer. Als Beleg führt er etwa die „großartigste Weindichtung aller Zeiten" an, die arabische und persische Dichter geschaffen hätten.

Bauer nimmt hier den Begriff der „Ambiguitätstoleranz" wieder auf, den er in einem seiner früheren Bücher so überzeugend wie erhellend dargelegt hatte. Vormoderne islamische Gesellschaften zeichneten sich demnach durch eine große Fähigkeit aus, Mehr- und Vieldeutigkeiten hinzunehmen. Die Eindeutigkeit, die dem Islam heute oft zugeschrieben und abverlangt wird, erweist sich als ausgesprochen moderne Erscheinung.

Letztlich werden islamische Gesellschaften mit dem eurozentristischen Begriff „Mittelalter" herabgesetzt und exotisiert. Für Bauer „erweist sich die Vermittelalterlichung der übrigen Welt als imperialistische Strategie, eine westliche Deutungshoheit über die globale Moderne aufrechtzuerhalten".

Vor allem aber fehlt Bauer eine sachliche Grundlage für den Begriff „islamisches Mittelalter". Er sieht in dem Auftreten Mohammeds und des Islams im frühen 7. Jahrhundert keine Epochengrenze, da es in der Region weder politisch noch gesellschaftlich trotz der muslimischen Eroberungsfeldzüge einschneidende Veränderungen gegeben habe.

Für Bauer sind die frühen Jahre des Islams eher eine „formative Periode" und eine beschleunigte Transformation der Spätantike, ehe „eine konsolidierte islamische Kultur" entsteht. Die Epochengrenze setzt er in Anlehnung an den britischen Historiker Garth Fowden nach dem ersten Jahrtausend an. Bei all dem sorgt für Bauer der Begriff „islamisches Mittelalter" nur für die „größtmögliche Vernebelung", weshalb man endgültig auf ihn verzichten sollte. Das allerdings dürfte ein frommer Wunsch bleiben.

Thomas Bauer: **Warum es kein islamisches Mittelalter gab. Das Erbe der Antike und der Orient** München: C. H. Beck 2018, 175 Seiten, 22,95 €

Jan Kuhlmann
ist Regionalbüroleiter der dpa für die Arabische Welt und Israel mit Sitz in Istanbul.

Die neue Ost-West-Kluft

Der Wahlsieg von Zuzana Čaputová hat unterstrichen: Geht es um weibliche Staatsoberhäupter, hängt Osteuropa Westeuropa locker ab. Ein neuer Trend

In den westlichen Medien wurde der Erfolg der Rechtsanwältin Zuzana Čaputová bei den Präsidentschaftswahlen in der Slowakei Ende März in erster Linie als Sieg des Liberalismus gefeiert: endlich ein Signal gegen den populistischen Trend! Dabei übersahen die Kommentatoren, dass mit Čaputová nicht nur einem „neuen Gesicht" ein gewaltiger Sieg gelang, sondern auch einer Frau.

Sie ist kein Einzelfall. Wenn es um weibliche Staatsoberhäupter geht, ist Osteuropa Westeuropa meilenweit voraus. Vergessen Sie Skandinavien! Die wahren Trendsetter sind die baltischen Staaten. Zwei von ihnen können derzeit eine „Mrs. President" vorweisen: Dalia Grybuskaite in Litauen und Kerste Kaljulaid in Estland. Und der dritte Baltikumstaat, Lettland, hatte bis vor ein paar Jahren ebenfalls eine Staatspräsidentin. Außerdem ist da noch die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović.

Wie sieht Westeuropa in diesem Spiegel aus, den ihm Osteuropa vorhält? Nicht so gut. Ich bin nicht sicher, ob man die Königin von Dänemark und die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (God save the Queen!) mitzählen sollte, aber sie sind die einzigen, die einem in den Sinn kommen.

Zufall oder Trend? Letzteres, wenn man den slowakischen Fall genauer betrachtet. Ein Jahr nach dem Mord an dem investigativen Journalisten Ján Kuciak – eine Tat, die Čaputová dazu bewegte, in die Politik zu gehen – hatten die Slowaken vom Klientelismus der herrschenden Smer-Partei genug, vertrauten auf eine 45 Jahre alte, geschiedene zweifache Mutter mit gradlinigem Führungsstil und gaben den Gegenkandidaten (allesamt Männer) einen Korb. Der ehemalige Chefstratege von Smer, Marek Madarič, schrieb dazu treffend: „Das gegenwärtige Panoptikum slowakischer Politik, das männertypenpsychologisch vom Narzissten über den Macho bis zum Psychopathen reicht, hat dafür gesorgt, dass die Leute etwas anderes wollten."

Čaputová wurde gewählt, um dem korrupten Machismo entgegenzutreten. Selbst mit ihren begrenzten Befugnissen kann sie Anstand und Rechtsstaatlichkeit verkörpern und zeigen, dass diese den Bürgern mehr Vorteile bringen als populistische Demagogie und Kumpel-Kapitalismus. Und wer weiß, wo der Trend halt macht. „Sie ist eine unglaubliche Quelle der Inspiration", vertraute mir eine ungarische Aktivistin an, ebenfalls eine kämpferische junge Frau. Derzeit scheint Bratislava auf einem anderen Planeten zu liegen als Budapest, aber man sollte nicht vergessen: Mit dem Auto sind es nur zwei Stunden.

Milan Nič ist kommissarischer Leiter des Robert-Bosch-Zentrums der DGAP.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Arend Oetker
Dr. Daniela Schwarzer

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Louise Ohlig,
Lucie Weismüller

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 46
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP
Dr. Arend Oetker, *Präsident*
Dr. Volker Stanzel, *Vizepräsident*
Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*
Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*
Dr. Michael J. Inacker
Hagen Graf Lambsdorff
Dr. Daniela Schwarzer, *Direktorin*
Dr. Thorsten Klaßen, *COO*
Martin Bialecki, *Chefredakteur IP und BPJ*
Johann Voss, *Sprecher der Jungen DGAP*

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei
mediaprint solutions GmbH
Eggertstraße 28 | 33100 Paderborn

Pressevertrieb
DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
sechs Mal jährlich (davon drei Mal mit
IP Wirtschaft als Beilage)

Bezugspreise

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Wirtschaft	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Service

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen Sie uns unter:

IP Abonnentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?
Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:

DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung / Evelyn Rehm
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 40
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16
rehm@dgap.org

© Cover: REUTERS/Alessandro Bianchi